Nr. 186 ♦ 44. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 95

Bezugspreis.
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der Illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" und „Blick in die Bücherwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Donnerstag, den 21. April 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Gegen die Zwölfstundenschande.

Urabstimmung im mitteldeutschen Kohlenbergbau.

Heute beginnen im Reichsarbeitsministerium Schlichtungsverhandlungen zur Regelung der Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Die Arbeitszeitverhandlungen der Parteien sind an einer geradezu unglaublichen Hartnäckigkeit der Arbeitgeber gescheitert. Die Führer der Arbeitgeber haben jedes Entgegenkommen so gut wie abgelehnt, trotzdem außerordentlich günstige Betriebsergebnisse in der Braunkohlenindustrie vorliegen. Gnädig wollen die Arbeitgeber höchstens den in den Tagebau- und in den Abraumbetrieben beschäftigten Arbeitern die elfstündige Arbeitszeit in verklausulierter Form gewähren. Recht interessant ist das Bekenntnis einer schönen Seele, das dem deutschnationalen Abgeordneten Leopold entschlüpft ist; danach bedeutet Schichtzeit Arbeitszeit, d. h. auch die Pausen sind mit Arbeitsleistungen auszufüllen. Damit haben die Arbeitgeber eine jahrelang geübte Praxis ungewollt zugestanden. Im übrigen soll es beim Zwölfstundentag bleiben. Abgeordneter Leopold bezeichnete die Forderungen der Bergarbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit als eine, auf Jahre hinaus undurchführbare Theorie, deretwegen man sich nicht die ganze Industrie zerschlagen lassen könne. Bei einer solchen Einstellung der Arbeitgeber braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Verhandlungen gescheitert sind und der Reichsarbeitsminister nunmehr die Parteien zu Schlichtungsverhandlungen nach Berlin geladen hat.

Ausflüchte der Arbeitgeber.

Wird das Reichsarbeitsministerium bei den Verhandlungen den Bergarbeitern des mitteldeutschen Braunkohlengebietes Gerechtigkeit widerfahren lassen und der Zwölfstundenschande ein Ende machen? Wird es den Ruf der Bergarbeiterschaft nach Verkürzung der Arbeitszeit, der sich in der soeben stattgefundenen Urabstimmung der Bergarbeiter über die Arbeitszeit so überaus eindrucksvoll geäußert hat, überhören? Der Arbeitgeberverband für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat in den letzten Wochen der Oeffentlichkeit und dem Reichsarbeitsministerium gegenüber fortwährend behauptet, die Forderungen der Bergarbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit sei keine Forderung der Arbeiter, sondern nur eine Forderung der Gewerkschaftsführer. Die Gewerkschaften haben daher eine Urabstimmung in Form einer Sammlung von Unterschriften vorgenommen. Die Arbeiter haben also ihren Willen nicht unter dem Schutz einer geheimen Abstimmung, sondern mit voller Namensunterschrift offen und mutig bekundet. Das Ergebnis der Urabstimmung ist außerordentlich überraschend.

Die Antwort der Arbeiter.

Wie das vorläufige Ergebnis bereits zeigt, haben sich bisher von 78 000 beschäftigten Arbeitern über 60 000 durch Namensunterschrift gegen die zwangsweise eingeführte zwölfstündige Arbeitszeit und für die Wiedereinführung der tariflichen achtstündigen Arbeitszeit ausgesprochen. Die Resultate wichtiger Reviere stehen noch aus, so daß das Endergebnis die für den Achtstundentag abgegebene Stimmenzahl noch wesentlich erhöhen wird. Da etwa 10 Proz. der Belegschaften als krank zu betrachten sind und sich an der Abstimmung nicht beteiligen konnten, ergibt sich, daß sich durchschnittlich 90 bis 95 Proz. der Braunkohlenbergarbeiter für die Beseitigung des Zwölfstundentages ausgesprochen haben. Das Resultat ist um so beachtenswerter, als gerade in den Revieren, wo die gelben Werksvereine noch festen Boden haben, fast durchweg bis zu 100 Proz. Unterschriften geleistet wurden. Gibt es eine bessere Kennzeichnung der Hohlheit der von den Arbeitgebern mit so großen Kosten aufgepäppelten Werksvereine?

Die Arbeitgeber des mitteldeutschen Braunkohlengebiets haben durch die Urabstimmung eine vernichtende Schlappe erlitten. Die einmütige Kundgebung der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter muß für das Reichsarbeitsministerium eine ernste Warnung sein. Das Reichsarbeitsministerium soll schlichten. Will es schlichten und den Frieden stiften, dann muß der Wille der mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter respektiert werden. Wird dieser Wille nicht respektiert, dann wird der latente Kriegszustand im mitteldeutschen Braunkohlengebiet verewigt und die Folge muß sein, daß eines Tages die Empörung gegen die Zwölfstundenschande zu einer Explosion führt.

Neue Truppentransporte nach China.

Feng marschiert gegen Tschiangkaischek. — Blutiger Bürgerkrieg.

London, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Wie die letzten aus China eintreffenden Meldungen besagen, hat das Vorgehen Tschiangkaischeks gegen sämtliche des Kommunismus verdächtige Elemente in Schanghai in den letzten Tagen an Intensität sehr zugenommen. Die Anzahl der hingerichteten „Agitatoren" beträgt nach Meldungen der amtlichen britischen Agentur über hundert. Die letzten Opfer sind der Präsident und sechs Führer des Seeleutevorbandes, die am Dienstag im Hofe des militärischen Hauptquartiers heimlich hingerichtet worden sind. Tschiangkaischeks Untergebene sind nach dieser Meldung entschlossen, „keinerlei Barmherzigkeit gegenüber den Kommunisten aufkommen zu lassen".

Die militärische Lage ist weiter unklar. Der als Nachfolger Tschiangkaischeks zum Oberbefehlshaber ernannte „christliche" General Feng hat den Vormarsch auf Nanking angeordnet. Seine Truppenverbände unterstehen dem Kommando seines Unterführers, des Generals Tschang Sen Tsching.

Auf Grund eines kurz nach Mitternacht ergangenen Befehls sind am Mittwoch weitere starke englische Truppenkontingente, bestehend aus einem Infanteriebataillon, zwei Artilleriebatterien, einer Fliegerstaffel und 51 Truppentransportautos, in Southampton als Verstärkung für das Expeditionskorps in Schanghai eingeschifft worden. In militärischen Kreisen ist man der Auffassung, daß diese neuen Verstärkungen nicht auf Verwendung in Schanghai selbst, sondern auf geplante Operationen im offenen Felde hindeuten. Die Lazarettausrüstung, welche den Truppentransport begleitet, besteht u. a. aus 200 Betten und kann für eine Aufnahme von 600 Verwundeten erweitert werden.

Einigung in Lyon.

Resolution Faure angenommen.

Paris, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Resolutionskommission des sozialistischen Parteitages in Lyon tagte vom Dienstag abend bis Mittwoch morgen um 7 Uhr, ohne zu einer einheitlichen Entschließung zu gelangen. Nur Renaudel zog die von ihm eingebrachte Entschließung zurück, während die Delegierten Paul Faure, Compère-Morel, Bracke und Zyromski auf ihren Entschließungen beharrten. Der Kongreß wird infolgedessen selbst zu einer Entscheidung berufen sein.

Im Laufe der Mittwoch-Morgensitzung referierte Grumbach unter gespannter Aufmerksamkeit der Zuhörer über den Fall Maurin. Dieser Delegierte, der auch die Resolution über ein Zusammengehen der Partei mit den Kommunisten billigt, hat in seinem Blatte „Etincelle" zahlreiche Mitglieder der Partei, besonders Blum und Paul Boncour sowie mehrere ausländische führende Sozialisten, heftig angegriffen und verleumdet; so hatte er Breitscheid heftig angeklagt und, wie Grumbach feststellte, den „kaiserlichen Sozialisten" genannt, weil er die Zusammenhänge der deutschen Reichswehr mit den Sowjets aufgedeckt haben sollte. Grumbach schlug vor, Maurin die Fähigkeit, sozialistischer Parteidelegierter zu sein, auf die Dauer von zwei Jahren zu entziehen. Maurin verteidigte sich in einer längeren Rede, die zu zahlreichen Zwischenrufen Veranlassung gab, da der Redner zum Teil die Angriffe gegen Blum und Paul Boncour, die nicht anwesend waren, wiederholte.

Der Kongreß wird im Laufe der Schlußsitzung, die bis tief in die Nacht zum Donnerstag hinein dauern dürfte, auch über diesen Fall eine Entscheidung treffen.

In später Abendstunde wurde dann doch noch eine Einigung erzielt:

Bei der Abstimmung über die politische Haltung der Partei wurde mit 2352 der abgegebenen Stimmen die Tagesordnung Paul Faure angenommen, die, wie der Autor dieser Tagesordnung in der Begrüßung erklärte, eine Einheitsfront mit den Kommunisten mit dem gleichen Recht ablehnt, wie eine solche mit den bürgerlichen Parteien, denn die Sozialisten dürften keine Bindungen mit anderen Parteien eingehen. Eine von der linksstehenden Opposition eingebrachte Tagesordnung Bracke-Zyromski erhielt 747 der abgegebenen Stimmen und die von der extremen Linken, der Richtung Maurin, vorgeschlagene 185. Sieben stimmberechtigte Delegierte haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt, 80 waren abwesend.

Koalitionssorgen des Zentrums.

In Preußen bleibt alles beim alten.

Auf Hindenburgs Drängen — diese Tatsache darf nicht vergessen werden — hat sich das Zentrum bereitgefunden, mit den Deutschnationalen eine neue Koalition im Reiche zu versuchen. Vor Hindenburgs Eingreifen hatte Marx nach verschiedenen Möglichkeiten gesucht, eine Regierung zu bilden, die seiner Tradition als republikanischer Kandidat bei der Reichspräsidentenwahl mehr entsprechen würde, als die des „Besitzbürgerblocks", wie Dr. Wirth die jetzige Mehrheit getauft hat. Das Zentrum hat sogar den Volksparteiler Curtius kalt ablaufen lassen, als er in Hindenburgs Auftrag ein Kabinett zu bilden unternahm. Es wollte selbst die Führung behalten. Wie das geschah, ist noch in aller Erinnerung. Marx ist der Kanzler in einem Kabinett, in dem zahlenmäßig die Deutschnationalen vorherrschend sind und die ebenso konservativen bayerischen Volksparteiler den Ausschlag geben.

Seit einigen Monaten ist das Bürgerblockkabinett am Ruder. Es hat sogar den Etat für 1927 verabschieden können. Dr. Köhler aus Baden hat seinen guten republikanischen Ruf in die Masse geworfen, um diesen Etat fertigzubringen. Die Streichung der Kinderspeisungen, die Ablehnung einer ausreichenden Kriegsteilnehmerfürsorge, Streichung wichtiger Kultur- und sozialpolitischer Leistungen — das alles unter dem Druck der Deutschnationalen. Die strebten nicht zur „Futterkrippe", um hungernden Kindern und darbenden Vaterlandsverteidigern zu geben, was ihnen zukommt, sondern nur, um ihre altbekannte Vetterleswirtschaft pflegen zu können.

Auf solchen Etat der Unmoral und der Gefühlskälte hat gerade das Zentrum wenig Anlaß, stolz zu sein. Denn auch in seinen Arbeiterkreisen wird der Widerspruch empfunden, der zwischen den für die Reichswehr bewilligten Hunderten von Millionen, zwischen den Generalspensionen und dem Bettelgroschen klafft, die das Reich für die Verkrüppelten, die Witwen und Waisen des Weltkriegs auszuwerfen geruht.

Das Zentrum hält es deshalb für nützlich, schon heute den deutschnationalen Koalitionsgefährten das volle Maß an Verantwortung zuzuweisen. In einem Leitaufsatz der „Germania", der „Zentrumsgedanken zur neuen Koalition" überschrieben ist, wird daran erinnert, daß seit dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung sich in den grundlegenden Fragen der Innen- und Außenpolitik nichts geändert habe. Die deutschnationalen Propheten, die ein hörbares Herumwerfen der Politik ankündigten, seien Lügen gestraft:

> Aber das andere große Gesetz, das die neue Koalition verabschiedet hat, der Etat für 1927/28, trägt zweifellos die Spuren der neuen Mehrheit. Und da die Politik nicht nur von den Parteien und vom Parlament, sondern auch zu einem guten Teil von der Bureaukratie gemacht wird, so gehört auch die Personalpolitik hierher, und hier haben es die Deutschnationalen zweifellos verstanden, mit einem recht kräftigen Griffel ihre Handschrift zurückzulassen.

Das ist höflich umschrieben dasselbe, was sonst im Volke so ausgedrückt wird: Die neuen Herren haben nichts Eiligeres zu tun gehabt, als ihre Vettern in die wichtigsten Posten zu bringen, obgleich durch die Verabschiedung der bisherigen Amtsinhaber der Pensionsetat wieder erheblich belastet wird!

Es scheint, als wenn die „Zentrumsgedanken" der „Germania" schon erhebliche Zentrumssorgen um die Wirkung der Bürgerblockpolitik zum Ausdruck bringen sollen. Denn das Zentrum ist noch immer eine Partei, die trotz Stegerwald nicht reine Bürgerblockpolitik treiben kann, ohne an die Grundlagen seiner Existenz zu rütteln. Es ist eine politische Partei, deren Angehörige im wesentlichen durch weltanschauliche Tradition zusammengehalten werden. Aber diese Tradition kann auf die Dauer nicht die großen sozialen Gegensätze übertünchen, die in seinen Reihen sich je länger, je mehr auftun. Die christlichen Arbeiter, einst von kirchlicher Seite als Prellbock gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in Sonderorganisationen zusammengefaßt, haben es im Laufe der Jahre verlernt, in jedem Sozialdemokraten einen „schwarzen Mann" zu sehen. Aber sie haben es nicht verlernt, in dem Kassenschrank der Schwerindustrie das Gegenteil eines sozial fühlenden menschlichen Herzens zu erblicken. Die Stimme der Zentrumsarbeiter läßt sich heute nicht mehr unterdrücken. Kriegs- und Nachkriegserlebnisse haben das Ihrige dazu beigetragen, diese schon vorhandene Entwicklung eifrig zu fördern.

Das Zentrum kann es sich nicht leisten, eine rein arbeiterfeindliche Politik zu treiben wie seine augenblicklichen Reichskoalitionsgenossen, die Deutschnationalen altpreußischer Prägung und die Volkspartei von Gnaden der Schwerindustrie. Seine Wähler würden das auf die Dauer nicht ertragen, so eifrig auch manche Wortführer aus dem Industriellenlager es dazu reizen mögen. Das Zentrum muß deshalb um seines

Bestandes und seiner Bedeutung willen Rücksichten auch auf die christlichen Arbeiter nehmen, die sich noch zu ihm bekennen, denen die Gemeinsamkeit mit Grundbesitz und Schwerindustrie aber je länger je mehr als eine Fessel erscheint.

Vorsichtig abwägend suchen deshalb die „Zentrumsgedanken" der „Germania" den deutschnationalen Reichsgenossen begreiflich zu machen, daß es auch für sie ein Ende ihrer Wünsche gibt. Das Zentrum müsse seine eigenartige Stellung behalten, sowohl mit rechts wie mit links operieren zu können:

Die Deutschnationalen freilich möchten uns ein für allemal dem geschilderten Dilemma entziehen, indem sie uns auf die Koalition der sogenannten bürgerlichen Parteien bedingungslos festlegen. Daher auch das Bemühen, uns aus der „Umklammerung" durch die Sozialdemokratie in Preußen zu befreien. Sie zerbrechen sich schon ihren Kopf darüber, wie wir wohl die Wahlkämpfe des kommenden Jahres, die ja gleichzeitig in Preußen und im Reiche auszufechten sind, bestehen können, wenn wir hier mit den Sozialdemokraten, dort mit den Deutschnationalen in Koalition gestanden haben. Dazu ist zunächst zu sagen: wenn wir schon die große politische Leistung fertigbringen, gleichzeitig mit zwei so verschiedenen Koalitionen zu regieren, dann werden wir wohl auch imstande sein, die wahltaktischen Folgerungen daraus zu ziehen. Voraussetzung ist immer, daß wir uns nicht in Widersprüche mit uns selbst verwickeln. Ein Bedürfnis, die wahltaktische Situation in dem Sinne, wie es die Deutschnationalen gerne sähen, zu „vereinfachen", besteht jedenfalls, soviel wir sehen, bei uns nicht. **Im Gegenteil glauben wir, daß die erdrückende Mehrheit unserer Anhänger einen Bruch der Koalition in Preußen nicht wünscht, daß sie darin vielmehr eine Art Garantie für das Verbleiben des politischen Schwergewichts in der Mitte sieht,** was sowohl im Interesse der Gesamtheit wie auch unserer eigenen Partei liegt. Ein gutes Mittel, um eine homogene Zentrumspolitik im Reich und in Preußen trotz der Verschiedenheit der Koalitionen zu gewährleisten, erblicken wir in der engen Fühlung und Zusammenarbeit zwischen den beiden Zentrumsfraktionen, die ja beschlossene Sache ist.

Vom Standpunkt des lavierenden Führers aus gesehen mag dieser Ausweg als der einzig mögliche erscheinen. Aber es ist doch nur ein Notbehelf, der sich angesichts des deutschnationalen Machtstrebens aufzwingt. Die Erfahrungen der sozial gesinnten Zentrumsteile — und es gibt ihrer noch immer sehr viele — mit dem robusten „Herrn-im-Hause"-System, das Volkspartei und Deutschnationale darstellen, sind sicher von der Art, daß nach einer „Garantie" Umschau gehalten werden muß. Daß diese Garantie nur in Preußen und seiner Weimarer Koalition gefunden wird, ist ein Zeichen von der schweren Belastung, die die Bürgerblockpolitik für weite Schichten der Zentrumswähler mit sich bringt.

Die Sozialdemokratie kann die Sorgen verstehen, die dem Zentrum aus seiner Koalition mit den geschworenen Arbeiterfeinden erwachsen. Sie kann vor allem das Mißtrauen begreifen, mit dem die Arbeiterwähler des Zentrums die Entwicklung ihrer Partei im Reichstage beobachten. Und sie wird nichts tun, um diesen Zwiespalt vertuschen zu helfen, in den die Zentrumsleitung ihre Partei zu führen für nötig erachtete.

Umorientierung!

Deutschnationaler Vorstoß gegen Stresemann.

Im Zusammenhang mit seinem Bestreben, eine möglichst rasche Räumung der noch besetzten Gebiete zu erreichen, hatte Reichsaußenminister Dr. Stresemann in einem Osterartikel an die Vernunft der französischen Staatsmänner appelliert. Er fand dabei die Unterstützung der „Germania".

Die „Deutsche Tageszeitung" wendet sich in einem grundsätzlichen Artikel, der nicht ohne Einverständnis mit den leitenden Kreisen der deutschnationalen Partei geschrieben zu sein scheint, gegen diesen Vorstoß:

Auch wir sind der Ansicht, daß ein deutsch-französischer Ausgleich, der auf einer gesunden und tragfähigen Grundlage, d. h. also auf wahrer Gleichberechtigung beider Teile, ruht, gerade auch für Frankreich zugleich die beste und weitsichtigste Politik wäre. **Im Gegensatz zu den hier angeführten Stimmen** (gemeint sind die Artikel Stresemanns und der „Germania". Anm. der Red.) haben wir aber aus den Erfahrungen der Nachkriegsjahre und vor allem auch aus den Ereignissen nach Locarno, die unsere Voraussagen fast in jeder Einzelheit bestätigt haben, **die Ueberzeugung gewonnen, daß von Frankreich eine Politik ehrlichen Ausgleiches für absehbare Zeit nicht erwartet werden kann.**

Frankreich treibe gegenüber den besiegten Staaten eine Niederhaltungspolitik. Es habe gezeigt, daß es selbst nicht an einen Dauerfrieden und nicht an die Wirkung der Locarno-Politik glaubt. Deshalb:

Wenn unsere bisherigen Taten nicht genügt haben, so werden Vernunftgründe und Worte es erst recht nicht schaffen. Die Gegenseite kann nur dadurch zur Besinnung gebracht werden, daß sie die Ueberzeugung gewinnt, daß Deutschland sich nicht bei dem Wortbruch seiner Vertragsgegner beruhigen wird, und **daß äußerstenfalls auch mit einer Umorientierung der gesamten deutschen Politik gerechnet werden muß.** Gerade bei der gegenwärtigen gespannten Weltlage kann das weder für England noch für Frankreich gleichgültig sein. Schwache Anläufe zum Wiederselbständigwerden der deutschen Politik sind ja schon gelegentlich unternommen worden. Man hat sie aber bisher nicht ernst genommen. **Es ist deshalb unbedingt nötig, daß auch der deutsche Außenminister und ihm nahestehende Kreise der öffentlichen Meinung Deutschlands mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, daß wir nicht ewig mit uns spielen lassen werden.**

Der Artikel schließt mit einer Kriegsdrohung:

Krieg und Frieden hängen schließlich nicht nur von den Friedenswünschen der Völker ab. Auch die schönsten Friedensbeteuerungen genügen nicht. Nur der dient auf lange Sicht wirklich dem Frieden, der Verhältnisse schafft, die für die Völker auch tatsächlich tragbar sind. Die Mächte ernten heute in China die Früchte einer Politik, die sich weigerte, rechtzeitig berechtigte nationale Forderungen eines großen Volkes zu erfüllen. Nur dadurch ist China auch russischen Verlockungen zugänglich geworden. **Will man im Herzen Europas einen noch schwereren, noch verhängnisvolleren Fehler begehen?**

So lächerlich dieser Hinweis auf China ist, so grotesk sich die Drohung mit der Bolschewisierung Deutschlands ausnimmt, an den Deutschnationalen hat es nicht gelegen, wenn die Folge des Ruhreinfalls nicht chinesische Zustände waren. Ihre Außenpolitik ist stets den Einflüsterungen politischer Vabanquespieler zugänglich gewesen. Und das macht die Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung", in denen durch die Betonung ihrer Grundsätzlichkeit der Stempel einer besonderen Bedeutung auferlegt wird, gemeingefährlich.

Außenminister Dr. Stresemann bemüht sich, die Räumung der Rheinlande auf friedlichem Wege durchzusetzen. Er unternimmt einen Schritt, um die ins Stocken geratene Bewegung neu zu beleben, und findet dabei die Unterstützung aller vernünftigen Politiker, mögen sie sonst in noch so scharfem Gegensatz zu der Regierung stehen. Stresemann hofft im Sommer dieses Jahres so weit zu sein, um die offiziellen Räumungsverhandlungen wieder aufnehmen zu können. Und da kommt nun die stärkste Regierungspartei und haut mit der Faust auf den Tisch: Ist nicht! Vernunftpolitik ist nicht. Verständigungspolitik ist nicht. Umorientierung der gesamten deutschen Politik, zeigt die gepanzerte Faust und Schluß!

Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird wissen, an wen er sich zu wenden hat, wenn ihm wieder einmal das Konzept verdorben wird.

Außenpolitik? — Interessentenpolitik!

Dänenhetze im Blatt des Grafen Westarp.

Die „Kreuzzeitung" stellt die Behauptung auf, Dänemark stehe im Zeichen der Einheitsfront gegen das Deutschtum.

1. Beweis: Auf der letzten Tagung der dänischen Grenzverbände ist die Bildung eines „nationalen Generalstabes" gegen das Deutschtum beantragt worden. Nebenbei wird bemerkt, daß dieser Antrag mit Pauken und Trompeten abgelehnt worden ist.

2. Beweis: „Politiken" hat behauptet, das deutsch-schleswigsche Kreditinstitut Vogelgesang habe Bankrott gemacht und sei vom Herrn von Doorn finanziert worden. Das Institut ist aber weder pleite noch vom Herrn von Doorn finanziert.

3. Beweis: In Dänemark läuft ein angeblich deutschfeindlicher Film „Großvolk" (man denke an „Volk unterm Kreuz"), ein franzosenfreundlicher Kitschfilm und Chaplins bekannte Kriegsparodie. Nebenbei wird bemerkt, daß die dänische Filmzensur die Kriegsparodie beschlagnahmt und alle Stellen, die in Deutschland Anstoß erregen könnten, herausgeschnitten hat.

4. Beweis: König Christian hat zwar Hindenburg einen Besuch abgestattet, aber er hat dann in Nizza mit französischen Alpenjägern fraternisiert, die seinerzeit in Schleswig-Holstein gelegen haben.

Man traut seinen Augen nicht recht bei dieser kühnen Beweisführung. Aber man versteht alles, wenn man sich der Mühe unterzieht, das Skriptum bis zu Ende durchzustudieren. Denn da kommt der Schreckensschrei: Dänemark betreibt Revision der deutschen Lebensmittelzölle und das muß verhindert werden, koste es, was es wolle.

Der Sinn des Ganzen: Dänemark ist deutschfeindlich, es hat deutschfeindlich zu sein, weil es ein Konkurrent der deutschnationalen Großagrarier ist, und mag darüber der außenpolitische Porzellanladen zertöppert werden.

Deutschnationale Außenpolitik, deutschnationale Interessentenpolitik!

Mieter über die Wohnungswirtschaft.

Die preußischen Mieter verlangen Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft.

In Hannover traten die Vertreter der preußischen Mietervereine im Reichsbund Deutscher Mieter e. V. zu einer Tagung zusammen, die sich fast ausschließlich mit der Wohnungs- und Mietenpolitik beschäftigte. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Die ungeheure wirtschaftliche Not, die in der gewaltigen Arbeitslosenzahl ihren Ausdruck finde, sowie der allgemeine wirtschaftliche Niedergang erforderten, daß die Planwirtschaft im Wohnungswesen im vollen Umfange aufrechterhalten bleibe. Der Reichstag und die Einzellandtage sowie die Reichsregierung und die Regierungen der Länder werden erneut ersucht, von dem weiteren Abbau der Mieterschutzgesetzgebung, der weiteren Erhöhung der Mieten und der weiteren Erhöhung der Hauszinssteuer Abstand zu nehmen. Die Gemeinden sollen aus der Zwangslage befreit werden, eine fortwährende Erhöhung der Grundvermögensteuer vorzunehmen.

Die Freigabe der Gewerberäume zeige mit erschreckender Deutlichkeit, welche großen wirtschaftlichen Schäden durch eine überstürzte Lockerung der Mieterschutzgesetzgebung, die nur dem Besitzer Vorteil bringe, hervorrufe. Die Rechtslage werde durch das bisherige Durcheinander in Verordnungen und Verfügungen immer undurchsichtiger für Hausbesitzer und Mieter. Der Verbandstag fordert deshalb erneut die Aufhebung der Verfügung des preußischen Volkswohlfahrtsministers vom 11. November 1926. Er fordert weiter im Interesse der Erhaltung des inneren Friedens des deutschen Volkes auf das dringendste die Aufrechterhaltung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes, die bekanntlich am 30. Juni 1927 ablaufen."

Friseur und Monarchie.

Von Peter Scher.

I.

In München scheint die Wahrnehmung dynastischer Belange in die waffengeübten Hände der Friseure gelegt zu sein. Als ich mich heute morgen rasieren ließ, eröffnete mir der Bader, indem er mit urwüchsiger Kraft das Messer in meine bestoppelte Backe hieb, daß es so nicht weiter gehen könne.

Niemals!

Es werde auch so nicht weiter gehen, sondern anders:

„In zwoa Jahr' spätestens ham mir die Wehrpflicht wieder!" jauchzte er, ungestüm an meinem Kinn sägend.

„Wieso spätestens in zwei Jahren?"

„Hall so — der Alfons hat's mir gestern gesagt!"

Der Alfons ist ein königlicher Prinz.

„So — der Alfons? Verkehren Sie in so feinen Kreisen?"

„O mei," sagte der Barbier und stieß mit Kraft kristallene Stifte in die frisch gehöhlten Wunden, „o mei, der Alfons! Zu'n Alfons ko'st reden, wia da's ums Mäu is — da seit si nix!"

Und er berichtete, daß der Alfons im Veteranenverein nicht nur jedem eine Denkmünze verliehen, sondern auch allen, die es hören wollten, die beruhigende Zusicherung gegeben habe, spätestens in zwei Jahren wär's wieder so weit.

„Für was haben Sie denn die Denkmünze gekriegt?"

„Für woos?"

Er grübelte eine Zeitlang und sah abwesenden Blicks auf mein wundenbedecktes Gesicht. Dann sagte er: „Dafür, daß mir im Veteranenverein san!"

Ich kenne den Friseur seit längerer Zeit; er ist ein gewaltiger Schimpfer, und wenn die Erinnerung an die große Zeit ihn übermannt, gebraucht er Wendungen, die erst kürzlich den Regierungsrat Moosrainer veranlaßt haben, sein Rasierabonnement (inklusive Kopfwaschen) aufzugeben . . . . . aber daß der Alfons ihm persönlich versichert hat, spätestens in zwei Jahren — das ist denn doch . .

Hurra!

Darüber kommt kein Mann weg.

Ich sehe mich betrübt im Spiegel. Wenn Alfons doch geschwiegen hätte!

Aber an uns Unbeteiligten geht's ja immer aus!

Mein blutiges Gesicht klagt Alfons an.

II.

Ein anderer Münchener Friseur ließ eines Tages, als er mir den Kopf wusch, einen so heftigen Seufzer nach der Monarchie fahren, daß ich mich teilnehmend nach dem Stand seiner Weltanschauung erkundigte.

Es stellte sich heraus, daß er ein Mann von altem Schrot und Korn war.

„Im Kaiserreich," sagte er, indem er mit leidenschaftlich zuckenden Fingern meine Kopfhaut massierte, „im Kaiserreich war halt doch ein anderes Leben."

Ich gestand, diese Wendung schon einmal gehört zu haben, und er fuhr erfreut fort:

„Der Kaiserbart — wissen S', der vom Haby — dees war a sauberne Arbeit! Mit an Kaiserbart host zum Friseur gehn müaß'n, obs d'as woll'n hast oder net — ja, ja, der Kaiserbart!"

Er verfiel in ein wehmütiges Sinnieren und auch mich durchschauerte es, denn das Shampoon, des schwärmenden Meisters Hand entrinnend, floß mir zum Halse hinein und über den Rücken.

„Seg'n S'," sagte er aufschreckend, „damals wiar i dem Kaiser den Schnurrbart brennt hab . . . . ."

„Was?" sagte ich, „Sie haben dem Kaiser . . . .?"

„Mit eigener Hand," erwiderte er, „das war anno acht zu Hannover . . . ."

Er berichtete den Hergang des Ereignisses und setzte wehmütig hinzu: „Die zwoa Brenneisen hob ich mir aufg'hoben . . . Woll'n S' as sehng?"

Ich wollte mir das denn doch nicht entgehen lassen und ließ mich nach beendeter Prozedur in die gute Stube führen.

Und so wahr mir Gott helfe — da lagen unter einem Glassturz, wie man sie über Uhren oder Limburger Käse stülpt, die beiden Brennscheren, mit denen der Meister anno acht den Kaiser Wilhelm II. den Schnurrbart emporgebändigt hatte.

Ein Zettel mit dem Datum lag dabei.

Monarchisten oder Museen, die es interessiert, können von mir jederzeit die Adresse des Barbiers erfahren.

Als wir nach einer stillen Andacht vor den Reliquien hinausgingen, mußten wir an der Abteilung für Bubikopfbehandlung vorbei. Der Meister verbeugte sich im Weitergehen sehr tief vor einer Kundin, aber dann flüsterte er mir ins Ohr: „A Schand is, daß d' als solider Mann mit solchene Neuerungen Geld verdiena muaßt!"

„Das ist die neue Zeit!" bemerkte ich originell, aber der Meister schüttelte den Kopf und gestand aus tiefster Seele: „Für an Kaiserbart gebat i dees ganze Bubigschwerl . . . a guat's Arbeiten war dees, mein liaba Herr, a guat's Arbeiten . . . aba dees is vorbei . . . dees kimmt nimma!"

Es geht schon los! Die Prüfungsausschüsse, in deren Hände die Durchführung des Gesetzes zur „Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schund" gelegt werden soll, sind noch nicht einmal gebildet, und schon ist die erste Denunzierung zu verzeichnen. Das Organ des Jungdeutschen Ordens, „Der Jungdeutsche", bringt in seiner Nr. 73 vom Sonntag, dem 27. März, eine Besprechung des im Arbeiterjugend-Verlag, Berlin, erschienenen Sprechchorwerks „Seid gewehrt!" von Bruno Schönlank. In dieser Besprechung heißt es:

„Es ist erschütternd, zu beobachten, wie in diesem zur Aufführung als Chorspiel bestimmten Gedicht politisches Gift tropfenweise den Herzen deutscher Kinder eingeträufelt wird. Es ist eine Verseuchung der jungen Generation, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Hier hätte das Jugendschutzgesetz einmal Gelegenheit zu einem festen Zugriff! Denn gerade die gelungene Kunstform einiger dieser Verse macht die in ihnen zum Ausdruck gelangende Demagogie immer gefährlicher."

Der Jungdeutsche Orden an der Spitze der Mucker und Reaktionäre! Nachdem er so tatkräftig vorangegangen ist, werden seine Geistesverwandten nicht lange mehr ruhen, und die Oeffentlichkeit wird wohl in nächster Zeit erleben, wie ein großer Wettbewerb im Denunzieren besonders politisch mißliebiger Schriften beginnt. Aber den ersten Platz kann man dem Jungdeutschen Orden nicht mehr streitig machen.

Das Lebenswerk des Physiologen Pawlow. Das langerwartete Lebenswerk des weltbekannten russischen Physiologen Pawlow, „Vorlesungen über die Funktionen der Hemisphären des Großhirns", ist soeben in Leningrad erschienen. Dieses Buch ist die Frucht einer 25jährigen Forscherarbeit Pawlows und seines großen Schülerkreises. Es wird hier in einer systematischen Zusammenstellung eines umfangreichen Experimentiermaterials versucht, unter Ausschaltung des Begriffs der „psychischen Erscheinungen", den Beweis zu erbringen, daß die bedingten Reflexe und die ausgleichenden Wechselbeziehungen des höheren Nervensystems auf einer exakten mechanischen Grundlage fußen. Die Sowjetkritik erblickt in diesem Werke Pawlows eine physiologische Begründung und Bestätigung der marxistischen These, wonach das Sein das Bewußtsein bestimme und begrüßt es als Markstein in der Entwicklung der materialistischen Weltanschauung, als theoretisch konsequente Widerlegung des idealistischen Subjektivismus. Das Buch enthält die Lehre von den Typen der Nervensysteme (den Charakteren), von den physiologischen Grundlagen der Pädagogik, neue Heilverfahren für funktionelle Neurosen, Hysterie und Neurasthenie und eine Reihe höchst interessanter experimenteller Daten über Schlaf, Traum und Hypnose. Pawlow faßt die Quintessenz und die praktische Auswirkung seiner Forschungsergebnisse in folgenden Schlußsatz zusammen: „Wir haben nun das unbestreitbare Recht, zu sagen, daß die Erforschung dieses äußerst komplizierten Gegenstandes den richtigen Weg betreten hat und daß ihr ein zwar nicht baldiger, doch jedenfalls voller Erfolg bevorsteht."

Wiedereröffnung der Kathedrale in Reims. Die vollständig renovierte Kathedrale in Reims wird am Himmelfahrtstage für den Gottesdienst wieder geöffnet werden.

5000 Ehescheidungen in einem Monat. Amtlichen Angaben zufolge wurden in Leningrad in den letzten drei Monaten 4934 Ehen geschieden. In den zentral gelegenen Registrierabteilungen sind die geschiedenen Ehen zu 25 Proz. von einer Dauer von 1½ Wochen bis 1½ Monaten gewesen.

Ein alter Weinstock. In Novara (Italien) wurde dieser Tage ein Weinstock festgestellt, der wohl der älteste der Welt sein dürfte. Dieser Weinstock, der auf dem Gebiet der Gemeinde Pombia steht, trägt seit dem Jahr 1673 Reben. Am Fuß mißt der Rebstock fünfundvierzig Zentimeter im Umfang. Der Jahresertrag, den dieser Stock liefert, schwankt zwischen 200 und 500 Kilogramm Trauben.

Flugzeuge zum Säen. Das Landwirtschaftsministerium von Manitoba (Kanada) benutzt Flugzeuge, um moorige Gebiete des nordamerikanischen Kontinents mit Reis besäen zu lassen. Man will den bisherigen Ausfuhrartikeln an Geflügel auch noch die Ausfuhr von Enten hinzufügen, die man mit dem Reis in verstärktem Maße aufziehen will.

Die ost-oberschlesische Schulreglung.

Die Strafbefehle sind aufgehoben — die Geldstrafen werden nicht zurückgezahlt.

Kattowitz, 20. April. (WTB.) In einer Besprechung zwischen dem Wojwoden und dem Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes, Abgeordneten Ulitz, hat der Wojwode folgende Erklärung abgegeben: Der Erlaß polizeilicher Strafbefehle gegen Eltern, die ihre Kinder für die deutsche Minderheitsschule angemeldet und sie nicht der polnischen Schule zugeführt haben, ist mit dem 9. April eingestellt worden. Die Schulleiter haben Anweisung erhalten, neue Anträge auf Verhängung von Schulstrafen nicht mehr zu stellen. Die Polizeibehörden sind angewiesen worden, noch bei ihnen schwebende Schulstreiksachen einzustellen. Der Gerichtsbehörde ist der Völkerbundsratsbeschluß vom 12. März 1927 mitgeteilt worden.

Der Wojwode wird wegen der Behandlung der vor Gericht schwebenden Schulstrafsachen mit dem Präsidenten des Appellationsgerichts verhandeln. Auf die Regelung seitens der Justizbehörde hat jedoch der Wojwode keinen entscheidenden Einfluß. Der Wojwode hat die Aufstellung neuer Listen derjenigen Kinder angeordnet, welche sich im Schulstreik befinden. Diese Kinder sollen baldmöglichst den Minderheitsschulen zugeführt werden. Die etwaige spätere Sprachprüfung durch den schweizerischen Schulfachmann wird dadurch nicht berührt.

Bei der Unterredung wurde auch die Rückzahlung bereits bezahlter Strafen angeschnitten. Der Wojwode stellte sich, wie schon früher einmal betont wurde, auf den Standpunkt, daß eine Rückzahlung bezahlter Strafen nicht in Frage kommen dürfte. Der Abgeordnete Ulitz bestritt die Richtigkeit dieses Standpunktes, der unhaltbar sei, weil die betreffenden Erziehungsberechtigten im Bewußtsein ihres guten Rechts gehandelt hätten. Er gab dabei dem Wunsche Ausdruck, daß in diesem Punkte eine gütliche Regelung zustandekommen möchte.

Ist Polen haftbar?

Prozeß wegen des Eisenbahnunglücks im Korridor.

Aus Anlaß des Eisenbahnunglücks bei Stargard im sogenannten polnischen Korridor in der Nacht zum 1. Mai 1925 hat die deutsche Regierung wiederholt, zuletzt mit Noten der deutschen Gesandtschaft in Warschau vom 5. August 1926 und 5. Februar 1927, die polnische Regierung um Stellungnahme zur Frage ihrer Haftung gebeten. In einer Note vom 31. März teilt nunmehr das polnische Ministerium des Aeußeren mit, daß die polnische Eisenbahnverwaltung eine Haftpflicht nicht anerkenne. Die Frist für die Geltendmachung von Ansprüchen aus Anlaß des Eisenbahnunglücks läuft am 30. April ab. Von einer Anzahl der Geschädigten ist bei dem hierfür zuständigen polnischen Gericht Klage gegen den polnischen Staat erhoben worden. Der erste dieser Prozesse wird demnächst zur Verhandlung kommen.

Faschistischer Pressezwang.

Strengste Vorzensur.

Aus Mailand berichtet man uns:

Wir sind in der Lage, aus durchaus zuverlässiger Quelle mitzuteilen, welche Befehle die Präfekten in den letzten Monaten der italienischen Presse gegeben haben. Hier einige Proben:

5. August 1926. Es ist jede Nachricht über das Interview zu verhindern, das der Dichter Tagore der Wiener „Neuen Freien Presse" gewährt hat. In diesem Interview dementiert Tagore, dem Faschismus seine Sympathie bezeugt zu haben, wie die italienische Presse behauptet hatte.

20. August 1926. Der Ministerpräsident befiehlt, daß keine Zeitung sich mehr mit der Wiederkehr der Goldlira beschäftigt.

30. August 1926. Es ist verboten, Nachrichten über den Erwerb von Kriegsmaterial in Italien durch fremde Staaten zu geben.

16. September 1926. Befehl des Ministerpräsidenten, jede Polemik mit der französischen Presse zu unterlassen.

21. September 1926. Befehl, nichts bekanntzugeben vom Besuch des ägyptischen Außenministers in Rom zur Regelung der Dscherabubfrage (Tripolis).

23. September 1926. Befehl des Ministerpräsidenten, über das wirtschaftliche und politische Eindringen Italiens in Albanien nichts bekanntzugeben.

24. September 1926. Ueber die Reise des Ministerpräsidenten ist nichts zu veröffentlichen.

13. Oktober 1926. Ueber die Diebstähle italienischer Soldaten in den Hotels von Meran ist nichts zu veröffentlichen.

6. November 1926. Ueber den Zusammenbruch der Bank von Pordenone ist nichts zu veröffentlichen.

9. November 1926. Es ist untersagt, etwas von der Beschlagnahme und Zerstörung von katholischen Vereinshäusern und die Verhaftung von Abgeordneten bekanntzugeben.

15. November 1926. Es ist verboten, den Brief des Popolari-Abg. de Gasperi, der die Nachricht der „Agenzia Stefani" dementiert, zu veröffentlichen. (Stefani hatte gemeldet, daß de Gasperi dem Faschismus seine Anerkennung ausgesprochen habe.)

25. Februar 1927. Es ist nichts zu melden von der Abreise des Unterstaatssekretärs Grandi nach San Remo zu einer Konferenz mit Stresemann.

Wie man sieht, selbst die fast allein noch existierende Faschistenpresse wird geknebelt, wie das sonst nur unter dem Zarismus oder im Weltkrieg praktiziert worden ist!

Verschwörung oder Spionage.

Eine Entdeckung der Tscheka.

Moskau, 20. April. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Die Staatspolizei hat eine monarchistische Gruppe aufgedeckt und aufgehoben, die sich Anhänger des ehemaligen Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch nannte. Wie aus dem beschlagnahmten Material ersichtlich ist, stand die Gruppe in keinerlei Beziehungen zu irgendwelchen Schichten der Bevölkerung. Sie trieb vornehmlich Militärspionage zugunsten einiger der tätigsten ausländischen Spionagedienste.

Die Untersuchung ergab, daß diese konterrevolutionäre Gruppe Geldmittel aus ausländischen Quellen bezog. Führer der Gruppe war der in Paris befindliche frühere weißgardistische General Kutepow. Die Dokumente, die sich im Besitz der Untersuchungsorgane befinden, und die Aussagen der Verhafteten erweisen das große Interesse, das ausländische Spionagedienste nicht nur für Gewinnung von Quellen zu militärischen Spionagezwecken, sondern auch für die Unterstützung der Versuche, eine sowjetfeindliche Organisation innerhalb der Sowjetunion zu schaffen, hatten. Aus dem Untersuchungsmaterial ist jedoch ersichtlich, daß diese Versuche keinen Erfolg hatten. Die Untersuchung wird voraussichtlich neues Material hinsichtlich der Enthüllung der finanziellen Machenschaften und der ausländischen Beziehungen der aufgedeckten monarchistischen Gruppe zutage fördern.

Warum Bodenreform?

Soziale, finanz- und agrarpolitische Probleme der Bodenreformbewegung.

Schwerin, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Im weiteren Verlauf der Tagung des Bundes Deutscher Bodenreformer sprach Medizinalrat Dr. Engelmann-Kiel über das Thema „Die Katastrophe der deutschen Familie". Er zeigte die Zusammenhänge zwischen Landflucht, Arbeitslosigkeit, Geburtenrückgang und Zunahme der Ehescheidungen (1905: 6900: 1924: 23 251 Ehescheidungen in Preußen). Eine Folge der Zerstörung der Familie sei das zunehmende Kinderelend. Es gelte die Familie zu retten. Voraussetzung hierzu sei ein Erfolg der Bodenreform.

Als nächster Redner sprach Gewerbeoberrat Bahke-Berlin über die Möglichkeiten, die Bodenreform in den Unterrichtsplan der Berufsschulen aufzunehmen. Es sei eine wichtige Aufgabe der Berufsschulen, die in das Berufsleben hinaustretenden Schüler zu Staatsbürgern im Sinne der Bodenreform zu erziehen.

Den letzten Abschnitt der programmäßigen Vorträge eröffnete der anhaltinische Landtagsabgeordnete Baumecker-Leopoldshall. Er sprach über die Grundwertsteuer in Anhalt, ihre Geschichte und ihre Erfahrungen. Die anhaltinische Grundsteuer entstand im Jahre 1920, wurde dann 1923 und später 1925 revidiert. Nach der jetzigen Fassung bleiben Grundstücke bis zu einem Wert von 3000 M. frei. Die höchste Belastung ergibt bei Besitzungen von über 200 000 M. Wert eine Steuer von 5 M. pro Morgen bei einem Morgenwert von 1000 M. und 2,50 M. bei einem Morgenwert von 500 M.; bei Besitz von 10 000 Morgen beträgt die Steuer auf den Morgen 1,50 M., bei einem Morgenwert von 1000 M. und 0,75 M. auf einen Morgenwert von 500 M. Der Gesamtertrag ergibt 3 Millionen M. Alles in allem sei zu sagen, daß die Steuer, die unter großen Kämpfen zustande gekommen ist, sich bewährt habe. Es stehe zu hoffen, daß die Errungenschaften, welche der Bund deutscher Bodenreformer in ihr sah, durch alle Stürme sich hindurchgerettet haben.

Geheimrat Prof. Dr. Erman-Münster behandelte sodann die Einwendungen gegen das Bodenreformgesetz. Dieses sei eine Staatsnotwendigkeit des Bodenreformgesetzes, ebenso wie das Städtebaugesetz. Das Bodenreformgesetz des Reiches soll dem preußischen Städtebaugesetz ebenso wie dem Reichsheimstättengesetz den Weg bahnen. Von den Einwendungen gegen das Bodenreformgesetz sei besonders die wichtig, daß das Bodenreformgesetz die Zweidrittelmehrheit erforderte, die Artikel 76 der Reichsverfassung für verfassungändernde Gesetze vorschlägt. Das sei ein Irrtum, denn das Bodenreformgesetz führe nur Art. 153 der Reichsverfassung aus. Weitere Einwände erklären sich nur dadurch, daß man den Entwurf überhaupt nicht an den zuständigen Stellen gelesen habe.

Den Abschluß bildete ein Vortrag von Dr. Adolf Damaschke über Erbpacht und Bodenreform. In Mecklenburg wird ein Kampf für die Aufhebung des Erbpachtrechts geführt. Damaschke untersuchte die Gründe, aus denen eine Aufhebung gefordert wurde. Er wies darauf hin, welche Gefahren das freie Eigentum namentlich auch auf dem Gebiet der Verschuldung und der Zusammenziehung gehabt und wie das sogenannte freie Eigentum zu Abhängigkeit geführt habe entweder vom Großgrundbesitz oder vom Leihkapital. Er berief sich auf Freiherrn vom Stein und Ernst Moritz Arndt, die einst vor Freilassung des Bodens gewarnt hätten, und ebenso auf Bismarck, der schon 1879 die Einführung der Erbpacht in Preußen gefordert habe, und auf Miquel, der 1890 erklärt habe: „Durch das Rentengutsgesetz wird der Fehler, den das preußische Gesetz mit Aufhebung der Erbpacht gemacht hat, wieder gutgemacht." Anzuerkennen sei das Gefühl der Ungleichheit der Erbpächter gegenüber dem Rittergutsland. Wäre ganz Mecklenburg in Erbpacht vergeben und rechne man den Hektar im Durchschnitt nur 50 M., so würde der ganze ordentliche Etat von Mecklenburg überreichlich gedeckt und alle Gebäude-, Gewerbe-, Einkommen- und Umsatzsteuern würden überflüssig werden. — Dem Vortrag Damaschkes folgte eine sehr lebhafte Aussprache, die die Tagung beschloß, nachdem Entschließungen im Sinne der Referate zur Annahme gelangt waren.

Republikanertag in München.

Antirepublikanische Hetze des Oberland-Bundes.

München, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Münchener Reichsbanner hat für den 28. und 29. Mai 1927 einen großen südbayerischen republikanischen Tag einberufen, zu dem aller Voraussicht nach eine stattliche Zahl von auswärtigen Republikanern nach München kommen wird. Dieser Umstand sowie die unleugbare Tatsache des ständigen Wachsens der republikanischen Gedankens auch in der reaktionären Hochburg München lassen natürlich die Gegner nicht mehr ruhen. Zunächst versuchen sie es mit den bewährten Mitteln, die willfährige bayerische Polizei gegen diese Kundgebung zu mobilisieren. Mit welchen unfairen Mitteln dabei gearbeitet wird, zeigt ein Aufruf des bekannten „Oberland"-Bundes, der es für eine „ungeheuerliche Herausforderung" hält, daß in München am Fuße der deutschen Alpen, in denen ein fremder Feind deutsches Volk unterdrückt, eine große pazifistische Kundgebung stattfinden soll. Der Zweck dieser Hetze — ein Verbot der Reichsbannerveranstaltung durch die bayerische Regierung — dürfte jedoch nicht erreicht werden.

*

München, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Seit Jahren werden gegen den ersten Vorsitzenden des Frontkriegerbundes, den Feuerwerks-Oberleutnant a. D. Hubert Alletter, aus den Reihen der eigenen Mitglieder schwere Anschuldigungen erhoben. Man erzählte sich ganz offen, daß Alletter Mitgliedsgelder für seinen eigenen Bedarf verwendet habe. Dies führte vor zwei Jahren zur Streichung des Frontkriegerbundes. Es gelang aber Alletter, der ein Intimus des Generals Ludendorff ist, den Bund wieder mühsam zusammenzuflicken. Die Anschuldigungen gegen ihn scheinen sich neuerdings noch mehr verdichtet zu haben, denn am 27. April wird vor dem Landgericht München I gegen Alletter ein Prozeß wegen fortgesetzten Vergehens der Untreue und Unterschlagung verhandelt.

Preußen und die Biersteuerregelung.

Das Reichsgesetz ist vorläufig rechtswirksam.

Die Reichsregierung hat das Gesetz über die Biersteuergemeinschaft veröffentlicht und es dadurch rechtswirksam werden lassen. Die preußische Regierung wird trotzdem den angekündigten Einspruch vor dem Staatsgerichtshof erheben. Augenblicklich wird dieser Einspruch im Finanzministerium ausgearbeitet. Es handelt sich darum, ob das Gesetz entgegen der Auffassung der Reichsregierung verfassungsändernd ist oder nicht.

Höfle und die Girozentrale.

Späte Kritik eines Direktors an der Barmat-Bank.

Im weiteren Verlauf des Barmatprozesses gab der Zeuge Direktor Max Thieme über die Barmats Merkurbank, bei der er beschäftigt war, eine sehr ungünstige Schilderung. Das führte zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen Henry Barmat und dem Zeugen. Henry Barmat sprang plötzlich auf und wandte sich erregt an den Vorsitzenden: „Wie die Ausführungen des Zeugen zu bewerten sind, geht daraus hervor, daß er zwar von Juden Brot genommen hat und trotzdem gesagt hat, die Juden müssen alle raus aus Deutschland. Ich sage das nur, weil der Herr Oberstaatsanwalt vorhin gelacht hat." Vors. (sehr scharf): „Lassen Sie doch ihre frechen Bemerkungen und sagen Sie nur das, was Sie zu sagen haben." Der Zeuge Direktor Thieme bekundet dann weiter, er hätte fast jeden Tag Henry B. einen Stoß Wechsel und Akzepte vorlegen müssen. Vors.: „Warum haben Sie sich denn immer an die jungen Leute, Klenske und Henry Barmat, gewandt und nicht einmal an Julius Barmat direkt, um ihm klaren Wein über den Stand des Unternehmens einzuschenken?" Zeuge: „Julius B. war Autokrat und ließ sich nicht überzeugen. Man hätte sich der Gefahr ausgesetzt, von ihm sofort entlassen zu werden!" Von Geheimrat Thieme von der Kurmärkischen Darlehnskasse und von deren Präsidenten, v. Winterfeldt, wurde die Darstellung von den Kreditverhandlungen im wesentlichen bestätigt.

Das Gericht griff dann noch einmal auf den 10-Millionen-Kredit Barmats bei der Deutschen Girozentrale zurück. Aus den Akten stellte der Vorsitzende fest, daß von der Girozentrale beispielsweise ein Betrag von 2 Millionen für den Freistaat Mecklenburg angefordert, aber tatsächlich der Amexima gegeben worden ist. Ueber diese Transaktionen sollen noch besondere Vernehmungen erfolgen.

Auf Veranlassung des Vorsitzenden schilderte dann Julius Barmat, wie die Uebernahme des 10-Millionen-Kredits, den die Girozentrale aus eigenen Mitteln gegeben hatte, durch die Post zustande gekommen sei. Direktor Müller von der Girozentrale bestritt gegenüber seiner Darstellung energisch, daß er die Anregung zur Uebernahme des Kredits durch die Post gegeben habe, während Barmat bei seiner Darstellung blieb. Henry Barmat bekundete, daß er am 1. Oktober morgens zwischen 9 und ½10 Uhr mit den Briefen, in denen Dr. Höfle seine Einwilligung unterschreiben sollte, in die Wohnung des Ministers gegangen sei, um die Unterschrift zu holen, und zwar sei dies auf Veranlassung von Dr. Bernstein geschehen. Trotz mehrfacher Vorhalte erklärte Henry Barmat, daß er bei dieser Gelegenheit gar nicht mit Dr. Höfle viel gesprochen habe, der einen Teil der Briefe unterschrieben habe. Lange-Hegermann dagegen betonte, Höfle hätte es in einer Unterredung mit ihm so dargestellt, daß Henry Barmat ihn gewissermaßen in der Wohnung mit einem Schriftstück überfallen habe. Lange-Hegermann habe dem Minister noch Vorwürfe gemacht, und Höfle habe gemeint, daß die Unterschrift keine feste Zusage auf den Kredit darstellen sollte. Henry Barmat bestritt aber, den Minister gewissermaßen überfallen zu haben.

Der Vorsitzende bemerkte, daß die Girozentrale mit der ersten Zusicherung des Ministers nicht einverstanden gewesen sei, und daß Henry Barmat dann am 14. Oktober im Postministerium von Dr. Höfle eine neue Zusicherung haben wollte. Auch hierzu erklärte Henry Barmat, daß er nichts mit Dr. Höfle gesprochen habe, sondern dem Minister nur den verschlossenen Brief mit den Schriftstücken zur Unterschrift ins Zimmer geschickt habe. Im übrigen entsinne er sich nicht mehr genau dieses Vorgangs. Vors.: „Haben Sie denn nicht mit Ihrem Bruder Julius darüber gesprochen und die Briefe gelesen?" Henry Barmat: „Das ist möglich." Vors.: „Sie entsinnen sich doch sonst so genau, Herr Barmat. Wie oft sind Sie denn im Postministerium gewesen?" Henry Barmat: „Es ist möglich, ein- bis zweimal." Julius Barmat bemerkte hierzu, daß der Minister doch über die Kreditverhandlungen orientiert gewesen sei. Er, Barmat, sei übrigens auch in der Girozentrale gewesen und habe Direktor Müller gefragt, warum denn eigentlich der Kredit gekündigt sei. Es sei doch abgemacht worden, den Kredit der Amexima zu verlängern, wenn die Post der Girozentrale das Geld verlängere. Direktor Müller habe darauf gesagt: „Daß das Geld von der Post ist, sagen wir gar nicht unseren Leuten, sonst laufen sie ja alle zum Postminister und wollen Kredit." Vors.: „Vielleicht liegt hier der ganze Widerspruch, daß Sie, Herr Direktor Müller, nicht die Tatsache offen zutage treten lassen wollten, daß der Kredit an die Amexima ging." Direktor Müller bestritt aber, die von Barmat angeführte Aeußerung getan zu haben.

In einer längeren Auseinandersetzung versuchte nun das Gericht, dann nochmal von Henry Barmat eine genaue Schilderung über die Zusammenkunft im Reichspostministerium mit Minister Höfle wegen der Unterschrift der Zusage zu erhalten. Landgerichtsrat Rosemann: „Es ist doch eine kolossale Dreistigkeit, daß der Bote Henry Barmat mit einem verschlossenen Brief zum Minister kommt, von dessen Inhalt Barmat nichts gewußt haben will, so daß sich der Minister erst überlegen muß, um was es sich denn eigentlich handelt." Julius Barmat: „Minister Höfle wußte ja über die Verhandlungen mit der Girozentrale Bescheid. Außerdem hat es ja die Girozentrale angeregt, daß wir uns an Höfle wenden sollten." Vors.: „Außerdem waren Sie doch aber mit Höfle befreundet?" Julius Barmat: „Meine Freundschaft mit Minister Höfle war nicht größer als die von Direktor Müller." Vors. (ironisch): „Das wird sich vielleicht später herausstellen." — Die Verhandlung wurde dann auf heute vormittag vertagt.

Ein Personenzug überfallen.

187 Personen erschlagen oder verbrannt.

Mexiko, 20. April. (WTB.) Nach einem Bericht von Associated Preß ist gestern auf der Eisenbahnlinie zwischen Mexiko und Guadalajara bei Limoa im Staate Jalisco ein Personenzug von Räubern zur Entgleisung gebracht und verbrannt worden. 170 Insassen des Zuges sowie die gesamte aus 17 Soldaten bestehende militärische Eskorte sind entweder von den Räubern erschlagen worden oder mit den Trümmern des Zuges verbrannt. Associated Preß bezeichnet die Tat als eine der schlimmsten, die in Mexiko je vorgekommen sind.

Mexiko, 20. April. (WTB.) Zu dem Ueberfall auf einen Personenzug in Mexiko wird noch gemeldet, daß die Banditen den Zug zum Halten zwangen, indem sie die Lokomotive zur Entgleisung brachten. Sie töteten zunächst die militärische Eskorte des Zuges und schlossen dann die Passagiere in die Wagen ein, die sie mit Petroleum begossen und in Brand setzten. Wer von den Fahrgästen aus dem brennenden Zug zu flüchten versuchte, wurde niedergeschossen. Der Zug wurde von den Flammen völlig zerstört. Während die Zahl der Opfer in den ersten an die Eisenbahnbehörden in Mexiko gelangten Meldungen auf mehr als 180 veranschlagt wurde, nimmt man jetzt an, daß diese Zahl unter Umständen zu hoch gegriffen ist. Es sollen sich keine Amerikaner unter den Ermordeten befunden haben.

Um die Ausführungsbestimmungen.

Erneuter Kampf um das Arbeitszeitnotgesetz.

Ueber die Ausführungsbestimmungen zum Arbeitszeitnotgesetz fanden am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium Besprechungen mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt. Die Vertreter der Arbeitgeber waren auffallend stark vertreten und bestürmten unermüdlich die Vertreter des Arbeitsministeriums mit Anträgen, die darauf hinauslaufen, das Arbeitszeitnotgesetz für die Unternehmer noch genießbarer zu machen. Das Reichsarbeitsministerium wird jetzt die endgültige Fassung der Ausführungsbestimmungen formulieren. Diese gehen dann an den Reichsrat. Nach Zustimmung des Reichsrats werden die Ausführungsbestimmungen gegen Ende des Monats herauskommen.

Das Arbeitszeitnotgesetz muß bei seiner großen Unklarheit und seinen vielfachen juristischen Unmöglichkeiten heillosen Wirrwarr anrichten, wenn nicht wenigstens durch die Ausführungsbestimmungen an den strittigen Stellen einigermaßen Klarheit geschaffen wird. Finden die Wünsche der Unternehmer bei der Gestaltung der Ausführungsbestimmungen auch nur einigermaßen Berücksichtigung — und nach den Erfahrungen beim Kampf um das Arbeitszeitnotgesetz muß damit gerechnet werden —, dann wird das Arbeitszeitnotgesetz für die Arbeiterschaft geradezu zu einer Ungeheuerlichkeit. Der Kampf gegen diese Ungeheuerlichkeit muß dieshalb von der Arbeiterschaft mit kaltblütiger Entschlossenheit aufgenommen werden.

Die Kraftdroschkenführer streiken!

Die gestrigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Vermeidung des Streiks im Berliner Kraftdroschkengewerbe haben sich von vormittags ½10 Uhr bis abends 7 Uhr hingezogen. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums machte den Unternehmern nachdrücklich den Ernst der Situation klar und war bemüht, die Parteien zu einer Verständigung zu bewegen. Die sehr zahlreich vertretenen Unternehmer jedoch ließen jedes Entgegenkommen vermissen und behaupteten immer wieder, daß ihre Betriebe unrentabel seien, ohne dafür Beweise zu erbringen. Sie mußten zugeben, daß der Lohn der Fahrer durchaus unzureichend ist und dringend einer Aufbesserung bedarf, konnten sich aber nicht dazu verstehen, eine sofortige Lohnerhöhung vorzunehmen.

Die Unternehmer machten verschiedene Kompromißvorschläge, die von der Verhandlungskommission jedoch als völlig unannehmbar abgelehnt werden mußten. Nach diesen stundenlangen Beratungen wurden schließlich die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Die Unterhändler berichteten über die Verhandlungen in den Versammlungen, die am Vormittag wegen der schwebenden Verhandlungen vertagt worden waren und die allein schon infolge der langen Dauer der Verhandlungen sehr ungehalten und aufs äußerste erregt waren.

In allen Versammlungen wurde fast einmütig beschlossen, als Antwort auf das Verhalten der Unternehmer **sofort in den Streik zu treten** und solange im Streik zu verharren, bis die Unternehmer den ersten Schiedsspruch anerkennen, der für die Fahrer zwei Mark Garantielohn plus 25 Prozent der Bruttoeinnahme pro Tag vorsah. Am Schlusse der Versammlungen meldeten sich bei der Organisation eine Anzahl Unternehmer, die sich unterschriftlich bereit erklärten, diese Forderung anzuerkennen. Es ist zu erwarten, daß der Streik mit einem vollen Erfolg beendet werden wird, wenn die Fahrer die Einmütigkeit weiterhin zeigen werden, die sie gestern durch ihre Beteiligung an der Protestdemonstration zur Schau trugen.

Die Funktionäre kommen heute, Donnerstag, vormittag 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus zu einer Besprechung zusammen, in der u. a. auch die Streikleitung zu wählen ist. Zu dieser Zusammenkunft muß jeder Betrieb mindestens einen Funktionär entsenden.

Die Verhandlungen für die Reichsarbeiter erfolglos.

Aussprache mit dem Finanzminister.

Bei den Verhandlungen für die Reichsarbeiter, die gestern, Mittwoch, im Reichsfinanzministerium weitergeführt worden waren, ist wiederum kein Ergebnis erzielt worden. Der Vorschlag, der den Organisationen vom Reichsfinanzministerium vorgelegt wurde, war überhaupt nicht geeignet, irgendwie die Verhandlungen zu fördern. Die Vertreter der Organisationen erklärten daher, daß sie die Verhandlungen als gescheitert betrachten und unterbreiteten den Regierungsvertretern den Antrag, daß nunmehr baldigst eine Aussprache mit dem Finanzminister selber stattfinde. Diese Aussprache soll, wie wir hören, vermutlich am kommenden Freitag erfolgen.

Die Besoldungsfrage der Beamten.

Kundgebung des ADB.

Der erweiterte Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat sich mit der durch die Ablehnung aller Besoldungsanträge im Reichstag geschaffenen Lage befaßt. Er stellt fest, daß die Beamtenschaft kein Verständnis mehr dafür hat, daß Regierung und Reichstagsmehrheit sie ständig unter Anerkennung ihrer Notlage mit dem Hinweis auf eine kommende Besoldungsreform vertrösten, jeden Vorschlag zu einer auch nur bescheidenen Erhöhung ihrer Bezüge aber stets ablehnen. Die vom Reichsfinanzminister bekanntgegebenen Steuereingänge des abgelaufenen Etatsjahres mit einem Mehrertrag von einer halben Milliarde Mark gegenüber dem Voranschlag beweisen erneut, daß Möglichkeiten zu Hilfsmaßnahmen sehr wohl vorhanden sind.

Der Bundesvorstand erwartet daher, daß sich der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt im Mai neuerdings mit der Besoldungsfrage befaßt. Er fordert, unbeschadet der für das Ende des Jahres in Aussicht genommenen Reform des Besoldungswesens, die alsbaldige Erhöhung der Gehälter für die Beamten in den unteren und mittleren Gruppen rückwirkend ab 1. April. Die seit langem anhaltende Preissteigerung gerade der Massenbedarfsartikel hat die Not und Verschuldung der genannten Beamtengruppen bis zu einem Grade erhöht, der es unmöglich macht, eine Gehaltsaufbesserung bis zum Jahresende zu verweigern.

Noch keine Lohnregelung im Baugewerbe.

Die Berliner Bauunternehmer verschleppen sie.

Trotzdem alle Teilnehmer an den Verhandlungen sich bereit erklärt hatten, für die Vereinbarung vom 6. April einzutreten, um — wie ausdrücklich festgestellt wurde — eine schnelle Erledigung der strittigen Lohnfrage herbeizuführen, brachten die Bauunternehmer es fertig, diese Vereinbarung abzulehnen. Es kam zu dem Spruch des Tarifamts am 13. April, den sowohl der Arbeitgeberverband des Betonbaugewerbes wie der des Tiefbaugewerbes ablehnte. Aber auch der Verband der Baugeschäfte konnte sich nicht zu einer klaren Entscheidung aufschwingen.

Die den Spruch ablehnenden Verbände haben jetzt das Haupttarifamt zur Entscheidung angerufen. Das bedeutet praktisch eine Verschleppung der Entscheidung über die Lohnfrage bis zum 25. April, an welchem Tage das Haupttarifamt zusammentritt. Daß nach der Vereinbarung der Verhandlungskommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vom 6. April und dem fast gleichlautenden Spruch des Tarifamts vom 13. April das Haupttarifamt einen anderen Spruch fällen würde, wird doch wohl von den Unternehmern selber nicht erwartet. Der Zweck der Uebung kann nur sein, die Angelegenheit aus durchsichtigen Gründen zu verschleppen.

Das Verhalten der Unternehmer zeigt, wie wenig die Oeffentlichkeit auf die Redensarten der Unternehmer vom „reibungslosen Arbeiten" als erstem Erfordernis für die Förderung der Bautätigkeit geben kann. Das Haupttarifamt sollte bei seiner Entscheidung dieses Verhalten besonders würdigen. Selbstverständlich haben die Berliner Bauhüttenbetriebe die durch den Spruch festgesetzte Lohnregelung in ihren Betrieben beachtet. Auch einige andere einsichtsvolle Unternehmer haben den erhöhten Lohn bereits ab 6. April ausgezahlt. Auch diese Tatsache wirft ein bezeichnendes Licht auf die reaktionäre Haltung der Einspruch erhebenden Arbeitgeberverbände.

Der Lohnkampf in Norwegen.

Vorläufige Einigung in der Papierindustrie.

Oslo, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Die norwegische Papierindustrie, in der zum Mittwoch nach Ostern eine Aussperrung angekündigt war, wird vorläufig weiter arbeiten. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben einem provisorischen Tarif zugestimmt, der eine Lohnherabsetzung von 8 Proz. bringt, und im übrigen die Bestimmungen des alten Tarifs aufrechterhält. Nach diesem neuen Tarif soll so lange gearbeitet werden, bis die in den nächsten Tagen beginnenden Verhandlungen zu einer endgültigen Einigung geführt haben.

Da die norwegische Papierindustrie eine der Hauptexportindustrien des Landes ist, würde ein Konflikt eine Bedrohung der eben stabilisierten Valuta bedeutet haben.

Deutscher Baugewerksbund, Fachgruppe der Töpfer.

Heute, Donnerstag, 8 Uhr, Streikversammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Die Kontrolle findet heute noch in den Bezirken statt. Zur Versammlung haben nur Baugewerksbundmitglieder Zutritt. Die Streikleitung.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Donnerstag, 7½ Uhr, tagen die Gruppen: **Köpenick:** Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 5. Diskussionsabend: „Was wir Ostern erlebten." — **Frankfurter Allee und Landsberger Platz:** Jugendheim Litauer Str. 18, Zimmer 3. Aussprachebend: „Unser Ostertreffen." — **Lichtenberg:** Gruppenheim Jugendheim Parkaue 10. Lied, Spiel, Tanz. — **Tempelhof:** Gruppenheim Lazaum Germaniastr. 4/6. „Hohnstein"-Erinnerungen. — **Südostens:** Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Erlebnisse der Osterfahrt. — **Moabit:** Gruppenheim Städtisches Jugendheim Bremer Ecke Wiclefstraße. Unser Ostertreffen. — **Gesundbrunnen:** Gruppenheim Gothenburger Straße (Rote Schule). Ernste und heitere Berichte von unserem Jugendtreffen. — **Wedding I:** Jugendheim Turiner Ecke Seestraße. Vortrag: „Ethik und Moral." — **Nordring:** Mädchenabend. — **Zeppelinplatz:** Jugendheim Turiner Ecke Seestraße. Sächsische Fröhlichkeit.

Maler. Funktionärkonferenz aller im Baugewerbe beschäftigten Kollegen morgen, Freitag, 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus Engelufer 24/25, Saal 5. Bericht und Stellungnahme zu den Lohnverhandlungen. Diskussion und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fritz. Opfern: Feuilleton: K. H. Pächter; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

WERTHEIM
Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Donnerstag, 21., bis Sonnabend, 23. April, ab 3 Uhr:
In allen 4 Geschäften Puppenspiele
Eintritt für Kinder nur in Begleitung Erwachsener

Damen-Jumper guter Charmeuse-Trikot elegante Ausführung 17.50

imprägn. Herrenstoff mit Rücken-Sattel 29 M
hellfarbiger Rips mit Plissee garniert, halb gefütt. 38.50

reinseidener Bast jumperform farb. besetzt Größe 42-46 18.50
bedruckt Voll-Voile jugendl. Form Größe 42-46 8.50

Die ganze Wochenendbewegung, die durch die große Ausstellung des Berliner Messeamtes einen so starken Widerhall gefunden hat, stützt sich zum großen Teil auf das Vorhandensein jener Körperertüchtigung, die man Sport nennt. Man trieb die gleichen sportlichen Dinge, die wir heute schätzen, wohl schon vor Jahrhunderten, aber man trieb sie nicht zum Zwecke der körperlichen Gesundung, sondern weil einem das Spiel an sich Freude machte. Die veränderte Lebensweise unserer Zeit brachte es mit sich, das Mittel zum Zweck in den Vordergrund zu stellen und das Vergnügen am Spiel als unwesentlich zu betrachten. Nicht in jedem Fall zum Vorteil der Sache. Wie war es nun aber zu jener Zeit mit dem Sport in Berlin bestellt, als noch Feste und Feiern den Gilden Anlaß zu sportlichen Kämpfen gaben?

Alter Volkssport.

„An der Stechbahn" schauten die Bürger dem Turnier der Ritter zu, um dann selbst im Ringelstechen ihre Kunst zu erproben. Auch das **Fischerstechen** ist, so erzählt Dr. Hermann Altrock in der Zeitschrift „Berlin", ein Alt-Berliner **Volkssport**, in dem eine Sitte der Urbewohner des ehemaligen Fischerdorfes wiederkehrt. Ueber **Fechtsport und Ringen**, die im Mittelalter auf deutschem Boden in so hoher Blüte standen, fehlen für Berlin Zeugnisse, die beweisen, daß man beide in gleichem Maße pflegte, wie es in Süddeutschland, vor allem in Nürnberg zu Dürers Zeiten, geschah. Sehr beliebt als Volkssport war **der Tanz auf offener Straße**, dem man nach Feierabend beim Scheine von brennenden Kienpfannen ausgiebig oblag. 1335 berichtet eine Urkunde von einem Erlaß des Rates, daß mit dem letzten Glockenschlage der Tanz zu beenden sei. Aus Anlaß des „Mottenfestes", der Tuchmacher-Gildenfeier, fanden Wettänze statt. Ein besonderes Ansehen genossen die Schützenfeste der Berliner Schützengilde. Hatten die eigentlichen Mitglieder der Gilde im Gesellen- und Königsschießen ihre Kämpfe ausgetragen, dann folgte im **Freischießen** ein Wettkampf, an dem die Bevölkerung im weitesten Kreise teilnahm. Am dritten Pfingstfeiertage, in früher Morgenstunde, strömten die Cöllner Freischützen mit Musik zur Mecklingswiese in der Lindenstraße, die Berliner zum Platz in der heutigen Schützenstraße. Während des Wettschießens fanden **Frühkonzerte** statt, deren Ueberbleibsel ja heute noch blühen, und das Wettlaufen um den Ochsen, das sogenannte Ochsenrennen. In diesem sind, nach Dr. Altrock, vielleicht die **ersten Spuren der heutigen Leichtathletik** zu finden, zu dem noch aus Anlaß der Grenzbesichtigungen oder Grenzschau eine Art Eilbotenläufe kamen. Der Dreißigjährige Krieg hat den sportlichen Aeußerungen der Berliner ein Ende bereitet. Auch die Gildenfeste verloren ihre Bedeutung, Volksfeste zu sein. Lediglich der seit dem Jahre 1792 regelmäßig wiederkehrende Stralauer Fischzug gibt den Berlinern außerhalb der Mauern Gelegenheit, sich im Fischerstechen zu messen. Erst die Wende des 19. Jahrhunderts bringt mit der **Schaffung des Turnens durch Jahn** einen neuen Aufstieg, der die Reichshauptstadt heute in vielen Zweigen des Sports an die Spitze der deutschen Städte geführt hat. 2000 Turner sah der alte Jahnsche Turnplatz, der etwas südöstlicher von dem heutigen Platz in der Hasenheide lag, den der Berliner Maßmann, ein Schüler Jahns, schuf. Trotzdem diese Zahl eine bedeutende zu nennen ist, stand die Berliner Bevölkerung im ganzen der neuen Bewegung ziemlich gleichgültig gegenüber. Der Grund dafür lag in dem Verhalten der staatlichen Behörden gegen Jahn nach Beendigung des Feldzuges 1815. Immerhin hatte **das Turnen so tief Wurzel gefaßt, daß es mit dem Berliner Turnfest im Jahre 1861 in Wirklichkeit wieder ein Volksfest geworden war.** Die im Zusammenhang damit stehende Spielplatzfrage ist nie wieder erloschen. Jahns Jünger Eiselen schuf die Turnstätte in der Dorotheenstraße, Lübeck jene in der Blumenstraße. Maßmann rief die Spielplätze vor dem Schlesischen Tor und in Moabit ins Leben. Sind diese Stätten fast alle wieder eingegangen, so waren sie doch der Anfang jener zahlreichen Tummelflächen in all den städtischen Parks, auf denen die Berliner Bevölkerung heute in Spiel und Wettkampf sich betätigt.

Die Badestadt Berlin.

Dr. Altrock meint, es ist weiter nicht erstaunlich, daß die Berliner als Abkömmlinge einer Fischerbevölkerung eine so große Vorliebe für den Wassersport haben. Er ist der älteste im 19. Jahrhundert. Den Reigen eröffnete der **Schwimmsport** mit der Begründung der v. Pfuelschen Schwimmanstalt in der Köpenicker Straße. Im Bade glaubte man schon seit altersher ein sicheres Abwehrmittel gegen ansteckende Krankheiten zu haben. **Berlin besaß um 1600 zwei öffentliche Bäder, Neucölln eins.** Bei Erweiterung der Stadt wurden auf dem Friedrichswerder zwei, in der Friedrichstadt eine neue Anstalt eingerichtet; desgleichen eine in der Spandauer Vorstadt. **Der Gebrauch der Bäder wurde zur Pflicht und Gewissenssache gemacht**, wie u. a. die Sitte des sogenannten „Brautbades" beweist, bei der von beiden Brautleuten unter Feierlichkeiten vor der Hochzeit ein Bad genommen wurde. 1624 findet sich ein Antrag der Bürgerschaft, die Eintrittspreise zu den Bädern so herabzusetzen, daß sie auch den Unbemittelten zugänglich wurden. Ende des 17. Jahrhunderts **verminderte sich die Benutzung der öffentlichen Bäder auffallend.** Die Gründe dafür lassen sich nicht mit Sicherheit ermitteln. Es ist möglich, daß die herrschende Moral daran schuld war, möglich aber auch, daß das Schwinden der Furcht vor ansteckenden Krankheiten die Bürger nicht mehr veranlaßte, die Bäder zu besuchen. 1677 beklagen sich die Anstaltsbesitzer in einer Eingabe an den Kurfürsten, daß die Einnahmen bei weitem nicht mehr ihre Unkosten deckten und daß sie darum dem gänzlichen Verfall ausgeliefert seien. Eine Hilfe des Kurfürsten blieb aus, und **im ganzen 18. Jahrhundert hören wir nur von Verboten gegen das Baden.** Nach Eröffnung der v. Pfuelschen Anstalt auf dem Gelände der Kaserne der Garde-Pioniere wurde das Schwimmen ein Volkssport im wahrsten Sinne des Wortes. Mit der Schaffung der Freibäder am Wannsee, Müggelsee und Langen See u. a. m. sowie der grundsätzlichen Freigabe der öffentlichen Gewässer zum Baden überhaupt und mit der Schaffung von Hallenschwimmbädern kommt dem Schwimmen als Volkssport eine Bedeutung zu, die von kaum einem anderen Zweige in gleichem Maße erreicht wird.

Rudern und Rennen.

Hat der **Rudersport** anfänglich nur einen kleineren Teil der Berliner in seinen Bann gezogen, so ist er heut ein Volkssport geworden. Die ersten Anfänge des heutigen Wassersportes fallen in das Jahr 1835 mit der Gründung der Gesellschaft „Alte Taverne" in Stralau. Ihr Zweck war weniger das Sportsegeln oder -rudern als das **Veranstalten von Wasserkorsofahrten.** 1886 fand die letzte dieser Fahrten statt, die sich nie recht in die Seele der Berliner hineinfinden konnten. **1850 fuhren die ersten Dampfer auf der Spree** die Berliner zu den Volksbädern an der Schlesischen Brücke. Aus dieser Einrichtung gingen die heutigen zahlreichen Ferienfahrten hervor, die Tausende zu Spiel und Bad in die fernsten Winkel der wundervollen Seen führen, die Berlin wie eine Perlenkette umsäumen. Die Neigung und Anteilnahme der Berliner am **Pferdesport** ist ebenfalls ziemlich alten Datums. **Bereits im Jahre 1791 berichtete eine englische Zeitung von Pferderennen auf dem Tempelhofer Felde in Berlin.** Eine weitere Kunde hierüber stammt aus dem Jahre 1830. Die erste Berliner Pferderennbahn lag zwischen Steglitz und Lankwitz. Hier hielt der Verein für Pferdezucht 1835 die ersten wirklichen Rennen ab. Die siegenden Pferde wurden vom Verein angekauft und verlost. Der Rennplatz wurde dann näher an Berlin heran verlegt, und bis zum Jahre 1867 fanden die Rennen auf der Ostseite des Tempelhofer Feldes statt. Die Renntage waren Volksfeste im großen Stil, die nach Schluß des sportlichen Teils ihren Abschluß in dem berühmten Wirtshaus von Kreideweiß fanden. Die Sitte, Volksfeste mit Pferderennen zu verbinden, finden wir in Berlin schon einmal unter Joachim II., der zur Zeit des Wollmarktes am Fronleichnamstag diesen Gebrauch pflegte. 1867 wurde der Rennplatz nach Hoppegarten verlegt, und wohl nicht zum mindesten hat die Entfernung mit dazu beigetragen, daß der Pferderennsport an Volkstümlichkeit verlor. Der Verein löste sich auch bald auf und ging zum Teil in den Unionklub auf.

*

Wie aus diesen und anderen Feststellungen des oben erwähnten Verfassers hervorgeht, war fast jeder Sport, den wir heute kennen, schon in jenen Tagen in irgendeiner Form auch in Berlin vertreten. Er wurde allerdings nicht mit der heutigen Wichtigkeit und Intensität geübt, war wohl mehr Unterhaltung in freien Stunden und amüsierte seine Leute. Und den Sport nur als Vergnügen zu werten, würde einem heute beinahe schon als Versündigung angerechnet werden.

Sif.

Das Weib, das den Mord beging.

24] **Roman von Fritz Reck-Malleczewen.**

Auf der anderen Seite aber ist wirklich das Paradies. Da ist wieder die Wasserfläche, auf der man mit schönen klaren Lichtern die große Stadt schwimmen sehen kann. Und da ist dicht vor dem Zaun ein sauber gemauerter Kai, und auf dem Kai der Cherub, der dieses Paradies hütet. . . .

Es ist zwar nur ein nach New Yorker Muster mit Filzhelm und Gummiknüppel ausgestatteter Konstabler, der dort steht: aber es sind schöne Silberpappflügel, die er auf dem Rücken hat . . . ja, es ist wirklich der Engel einer Konfirmationspostkarte.

Da springt die kleine Sif herab und läuft zu auf dieses Phantom und kugelt zu seinen Füßen und fällt nieder mit dem zerschundenen Gesicht auf die harten Granitquadern des Kais.

*

Was nun aber die kurze Geschichte des kleinen Kapuzineraffen „Stepka" anbelangt, so ist zu berichten, daß Stepka insofern (womit übrigens dem Affenstande nicht zu nahe getreten werden soll) Beamter war, als er den Versuchszwecken eines physiologischen Institutes diente, daß ich selbst aber insofern als Stepkas direkter Vorgesetzter gelten konnte, als ich mich damals in dem gleichen Institute assistentenhaft betätigte.

Es ist ausdrücklich zu bemerken, daß Stepka, dessen Amtspflichten in der Ueberlassung seiner Verdauungsdokumente zu Stoffwechseluntersuchungen bestanden . . . es ist zu betonen, daß Stepka ein sanfter höflicher Mann war. Daß er alle Türen, die er geöffnet hatte, wieder schloß, daß er mich streichelte, wenn er mich traurig sah, daß er dem Versuchsfoxterrier „Hans", wenn dieser unglückliche Beamte neue vivisektorische Erfahrungen am eigenen Leibe zu spüren bekommen hatte zur Erheiterung dieses verwundeten Kollegen alle seine Kunststücke vormachte.

Daß es also ein gutartiges, hilfsbereites Geschöpf war, daß ich in ihm nachträglich, wie heute in meinem schwarzen Pudel, einen der letzten anständigen Menschen des Erdballes erblicken möchte.

Von den weiteren Schicksalen Stepkas aber habe ich in aller Kürze zu berichten, daß Stepka eines Tages an einer Unterkiefereiterung erkrankte, daß diese Eiterung operativ beseitigt wurde, und daß der Chef des Instituts — ein recht bekannter Gelehrter — die Operationswunde Stepkas zu benützen beschloß, um seinen Studenten die ungeheuerliche Schmerzempfindlichkeit des in der Wunde gerade bloßliegenden großen Unterkiefernerven zu demonstrieren.

Was ja, da für mein Gefühl das irdische Jammertal von Schmerzgeschrei nachgerade genug widerhallt, doch vielleicht nicht unbedingt notwendig gewesen wäre.

Was mich betrifft, so habe ich Stepka damals angesichts eines Parketts von gut genährten schmißbedeckten jungen Leuten auf meinen Knien gehalten, habe ihm, der vertrauensselig den Arm um meinen Hals legte, wider besseres Wissen und Gewissen gut zugeredet, sah dann zu, wie der bloßliegende große Unterkiefernerv mit elektrischem Strom gereizt wurde, und beschränke mich, im Anschluß daran festzustellen:

daß erstens die nun folgenden akustischen Phänomene nur noch durch das Triumphgelächter des Auditoriums überboten wurden,

daß zweitens der Chef des Institutes — ein durchaus bekannter Physiolog wie gesagt — seinen Hörern das jammervolle Kindergeschrei Stepkas als Beweis für die ungeheuerliche Empfindlichkeit des nervus mandibularis mit bewegten Worten ans Herz legte,

daß ich drittens, nachdem ich den zitternden Stepka auf meinen Armen zu seinem Bette getragen hatte, mich lebhaft danach sehnte, wieder wie einst Rekruten auszubilden, um damit gegen den Fortschritt der Menschheit im allgemeinen und in der Wissenschaft im besonderen zu fechten.

Was aber Stepka anbelangt, so ist kurz zu sagen, daß er von dieser Stunde an ein boshaftes, zynisches, heimtückisches Geschöpf geworden war, in dessen Augen ich manchmal so etwas wie die Hölle zu sehen glaubte.

Ich aber, meine Lieben, hatte das Bedürfnis, diese Geschichte des armen Stepka dem vorauszuschicken, was ich über die Erlebnisse eines gequälten kleinen Menschenkindes noch zu sagen habe.

*

Das Haus, in dem der aus dem Dienste der Stadt New York in den von Buenos Aires übernommene Konstabler James Braxton das ohnmächtige kleine Frauenzimmer abgeliefert hat, ist nicht das offizielle Seemannsasyl, das bekanntlich weiter nördlich vom Eingang der Calle da Riva-davia in die Altstadt liegt.

Das Haus, in dem die kleine Sif am Nachmittage des folgenden Tages erwacht, ist ebenfalls ein Asyl . . . oh, ich habe gegen die Ehrenhaftigkeit des Hauses absolut nichts einzuwenden. Es ist ein von der sonst sicher untadeligen und auf viele gute Taten zurückblickenden „Confederation of good works" unterhaltenes Haus. Und es hat eben nur an den ungünstigen persönlichen Konstellationen gelegen, wenn die Beglückungsversuche dieses Hauses im vorliegenden Falle auf ungünstigen Boden gefallen sind.

Item: die kleine Sif erwacht nach abgrundtiefem, ihrer unsäglichen Erschöpfung entsprechendem Schlaf am nächsten Tage. Der Raum, in dem sich das vollzieht, ist ein weißgetünchtes Zimmer mit vergitterten, auf den Hafenkai schauenden Fenstern und einer Photographie der Mosesstatue des Michelangelo als einzigen Schmuck an den Wänden. Die akustischen Phänomene, wie sie nach diesem übrigens nicht vollkommenen Erwachen verzeichnet werden, bestehen in Schreien, in Lachen, dem Singsang von Weiberstimmen, wie sie mehr auf die Isla Maciel, als in ein solches Haus gehören. Dann zerschellt draußen auf der Treppe ein Stoß von Porzellangeschirr, dann kann man energische Mißfallensäußerungen, Weinen, das Maulen einer Weiberstimme hören. Dann hackt jemand unten auf dem Klavier im Dreivierteltakt die Beethoven-C-Moll-Sinfonie herunter, dann erfindet das verblödete Hirn dazu einen eigenen Idiotentext: Was ich nicht weiß, was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß, macht mich nicht heiß. . . .

Bis aus Weinen, Schreien, Harmoniumspiel, Beethoven und dem Gedröhn der Lastwagen draußen ein akustischer Sumpf wird, in dem man in seiner großen Erschöpfung tief, tief versinkt.

Nach dem Sonnenkringel zu urteilen, der auf Vater Moses' Hörnern spielt, ist es nun doch schon später Nachmittag, als sie aufgerüttelt wird. Sie erwacht, sieht vor ihrem Bett ein waschleinenes ältliches Frauenzimmer mit weißen Haaren, Pferdegebiß und einer Stimme, die zum akustischen Bestandteil des Jüngsten Gerichts gehören könnte.

„Ins Bad!"

Da ein Protest gegen diese Stimme überhaupt nicht möglich scheint, so steht die kleine Sif auf, erhält einen blauen Mantel, zu dem nur der Strick fehlte, um sie zu jener, mit Regelmäßigkeit als Oeldruck in zahnärztlichen Wartezimmern anzutreffenden büßenden Magdalena zu machen, wozu ihr blondes Haar und das schon mehrfach erwähnte süße Gesicht allerlei beitragen könnten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Geliebte des Kommerzienrats.

Eine Münchener Erpresseraffäre in Berlin.

„Das Schicksal der Angeklagten ist das einer abenteuerlich gesinnten Dame, die erst durch ihre Reize Geld verdiente und dann an ihren früheren Liebhaber mit Geldansprüchen herantritt." Mit diesen Worten charakterisierte der Staatsanwalt die wegen versuchter und vollendeter Erpressung angeklagte Frau M.

Die jetzt schon stark angejahrte Frau hatte einst in Berlin einen Modesalon und lernte hier im Jahre 1914 einen angesehenen Münchener Kommerzienrat kennen, mit dem sie einige Jahre ein Verhältnis unterhielt. Nachdem die Beziehungen gelöst waren, verkaufte Frau M. ihr Geschäft und ihre Wohnungseinrichtung, da sie dem Spiel mit Leib und Seele verfallen war. Als das Geld verspielt war, wandte sie sich an ihren ehemaligen Freund um Hilfe, die ihr auch mehrfach gewährt wurde. Eines Tages erschien sie in München, um größere Geldbeträge aus ihrem Opfer herauszulocken. Da der Kommerzienrat Furcht vor seiner Ehefrau hatte, traf er durch einen Rechtsanwalt im Jahre 1919 ein Abkommen mit der Erpresserin und zahlte ihr 5000 Mark, wobei aber ausdrücklich von ihr anerkannt wurde, daß sie keinerlei rechtliche Ansprüche gehabt habe. Der Kommerzienrat hatte aber vergeblich auf Ruhe gehofft, denn auch diese Summe war bald in den Händen der Spielerin zerronnen. Im Jahre 1925 begann sie mit dem Kommerzienrat eine Korrespondenz und drohte mit einem Skandal. Sie berief sich auf die Beziehungen zu Diplomaten und Kommunisten und drohte auch, den Kommerzienrat bloßzustellen. Noch schlimmer wurde ihr Vorgehen, als sie sich an die Ehefrau des Kommerzienrats wandte und drohte, durch die Enthüllung „der Schandtaten des Vaters" die bevorstehende Ehe der Tochter zu stören. Nachdem der Kommerzienrat auf diese Weise jahrelang gepeinigt worden war, rief er endlich den Schutz der Gerichte gegen diese dauernden Erpressungsversuche an. Zu ihrer Verteidigung behauptete die Angeklagte, daß sie mit Recht Ansprüche an den Kommerzienrat gehabt habe. Er habe sie um ihre Existenz gebracht, denn er habe verlangt, daß sie ihr Berliner Geschäft verkaufe, da er sie dauernd bei sich in München haben wollte. Das Gericht hielt alle Behauptungen der Angeklagten für unbewiesen. So wurde ihr aber ihre Notlage zugute gerechnet und nur auf drei Monate Gefängnis erkannt. Um ihr Opfer zu schützen, wurde der Angeklagten eine dreijährige Bewährungsfrist gegeben, jedoch wurde ihr die Bedingung auferlegt, von weiteren Verfolgungen ihres Opfers abzulassen.

Gegen den Baustoffwucher.

Eine Verlautbarung des Magistrats.

Der Magistrat hat, wie das städtische Nachrichtenamt mitteilt, sich in seiner gestrigen Sitzung mit den Preissteigerungen auf dem Berliner Baustoffmarkt beschäftigt und einmütig der Meinung Ausdruck gegeben, daß die dem Berliner Baumarkt zuzuführenden öffentlichen Mittel nicht dazu da sind, den Baustofferzeugern und Baustoffhändlern zusätzliche Konjunkturgewinne zuzuführen. Die städtischen Körperschaften haben für das Baujahr 1927 besondere Mittel zur Verfügung gestellt, um den Arbeitsmarkt zu beleben, den Wohnungslosen Wohnraum zu beschaffen und den dringendsten Bedarf an Verkehrsgelegenheiten, Schulräumen und Krankenhäusern zu decken. Da der Magistrat in den gegenwärtig verlangten Baustoffpreisen bereits eine Uebersteigerung feststellen muß, hat er den Baukommissar der Stadt Berlin bevollmächtigt, dringende Vorstellungen bei der Reichs- und Staatsregierung zu erheben und von sich aus sofort Verhandlungen auf Senkung der Preise mit den zuständigen Organisationen der Baustofferzeuger, der Baustoffhändler, den Bauunternehmern und den Vertretern der Gewerkschaften einzuleiten. Sollten diese Verhandlungen nicht zu einem befriedigendem Ergebnis führen, so wird sich der Magistrat genötigt sehen, weitergehende Maßnahmen zu ergreifen und auch nicht davor zurückzuschrecken, diejenigen Betriebe und Unternehmungen, die an den überfetzten Preisen festhalten, von jeder direkten und indirekten Auftragserteilung für die nächsten drei Jahre auszuschließen.

Festwochen in Wien.

Wien hat recht schwere Zeiten hinter sich, an deren Folgen es immer noch arg zu knabbern hat; trotzdem aber behauptet es siegreich seinen Platz als alte Kulturstadt und hält auch mit der Neuzeit und ihren Verbesserungen und Vervollkommnungen auf den verschiedensten Gebieten wacker Schritt. Nun rüstet es zu einer Veranstaltung, die all seinen Freunden ein Bild des Schaffens auf künstlerischem und sportlichem Gebiet geben soll, ein Rückblick auf das alte liebe Wien mit seiner unvergänglichen kulturellen und rein menschlichen Bedeutung. Mit seinen großen Meistern der Musik, mit seinen Stätten volkstümlichen Frohsinns, seiner schönen Umgebung, kurz das Wien von einst übergehend auf die jetzige Zeit und ihre Anforderungen. Ein ungeheueres Aufgebot musikalischer Darbietungen harrt der Gäste. Ein Zyklus von Mozart bis Richard Strauß gelangt im Opernhaus zur Aufführung, ferner eine Reihe großer Sinfoniekonzerte, darunter die Aufführung der Beethovenschen IX. in der Beethoven-Stadt Baden bei Wien. Im Messepalast und den Museen sind Kunstausstellungen, im Burgtheater klassische und moderne Aufführungen und die berühmte Wiener Operette fehlt selbstverständlich auch nicht. Auf sportlichem Gebiet werden Kämpfe aller Sportarten zwischen internationalen Gegnern ausgetragen, ebenso finden pferdesportliche Veranstaltungen statt. Die ganze Wiener Bevölkerung soll werbend für ihr Heimatfest in der Weise wirken, daß jeder Fremde oder Verwandte zum Besuch der Ausstellung einladet, zu welchem Zwecke die Wiener Fremdenverkehrskommission einen propagandistischen Aufruf an ihre Wiener erläßt. Bei der gestern in der österreichischen Gesandtschaft stattgefundenen Vorbesprechung der kommenden frohen Ereignisse begrüßte der österreichische Gesandte Dr. Frank die Anwesenden, dann teilte der Sekretär der Wiener Fremdenverkehrskommission, Kurt Kronfeld, das Festprogramm mit und machte den Berlinern den Mund wässerig. Die Festwochen (5. bis 19. Juni) nehmen mit einer Sängerfeier von 4000 Teilnehmern vor dem festlich erleuchteten Wiener Rathaus am Abend des 4. Juni ihren Anfang.

Das Loch am Kaiser-Franz-Josef-Platz.

Von nichtamtlicher Stelle wurde die Meldung verbreitet, daß sich am Kaiser-Franz-Joseph-Platz, an der Neuen Wache, der Fahrdamm gesenkt habe und ein über zwei Meter langes, ein Meter breites und ein Meter tiefes Loch entstanden sei. Als Ursache für die Erdsenkung wurde vermutet, daß der Bruch des Fahrdammes durch eine Grundwassersenkung aus Anlaß des Opernhausumbaues entstanden sei. Das Bezirksamt Mitte, in dessen Bereich die Unfallstelle liegt, hat eine eingehende Besichtigung und technische Nachprüfung vorgenommen und hierbei folgendes festgestellt: Bekanntlich zog sich in früherer Zeit quer über die Straße Unter den Linden der sogenannte Festungsgraben. Dieser Graben wurde später überwölbt und die Straße Unter den Linden darübergeführt. Dieses Gewölbe besteht noch. An der Einbruchsstelle ist später einmal ein Wasserrohr verlegt und das Gewölbe an dieser Stelle durch einen Schlitz geöffnet worden. Die bei dieser Gelegenheit entstandene Oeffnung des alten Grabens wurde mit Erde zugeschüttet, die jetzt seitlich abgesackt zu sein scheint. So konnte ein Nachgeben und Einbrechen des Asphaltpflasters erfolgen. Die Angaben über die Größe treffen gleichfalls nicht zu. Nach genauen Feststellungen handelt es sich um ein Loch von 60 Zentimeter Länge, 40 Zentimeter Breite und 35 Zentimeter Tiefe. Es handelt sich um eine, wenn auch bedauerliche, aber unvermeidliche rein lokale Erscheinung. Das Bezirksamt hat alsbald erwogen, ob es nicht zweckmäßig ist, die ganze Grabenüberwölbung zu beseitigen und den ehemaligen Graben ordnungsmäßig zu verfüllen. Der Schaden an der Unfallstelle wird in wenigen Tagen beseitigt sein.

Unerfreuliches vom „Wochenende"!

Wir veröffentlichen im folgenden einige Zuschriften, die sich auf die Wochenendausstellung beziehen. Sie lassen gerade aus der in ihnen enthaltenen Kritik das große Interesse der Berliner Bevölkerung an dieser größten Messeveranstaltung des Jahres erkennen.

Die Wochenendausstellung soll dem Gedanken eines frohen, gesunden und billigen Wochenendes dienen. Wie verhält es sich hierzu, wenn von der Leitung der unerhörte Eintrittspreis von 1,50 M. gefordert wird? Zehntausende mußten vor den Toren der Ausstellung an den Ostertagen wieder kehrt machen. Ein Arbeiter mit seiner Familie, zusammen vier Personen, sagte mit Recht, er könnte doch nicht einen ganzen Tagelohn allein für den Eintrittspreis bezahlen. Die Inhaber der Pensionen, Gast- und Logierhäuser in den Ausflugsorten vor den Toren Berlins werden mit Recht seit dem Auftauchen des Wochenendgedankens an äußerste Herabsetzung der Preise für Uebernachtung und Bewirtung für Wochenendler gemahnt. Müssen sie nicht, wenn sie die Ausstellung besuchen, zu ähnlichen hohen Preisen wie hier ermuntert werden? Dem Eintrittspreise entsprachen am 1. Ostersonntag die Extrapreise. Die Beförderung zur Aussichtsplattform des Funkturms kostete früher, als der Funkturm noch nicht in die Ausstellung mit einbezogen war, 50 Pf. Jetzt werden neue Billetts mit stark erhöhten Preisen ausgegeben, während man für die alten 50-Pf.-Billetts, auf denen noch die Berechtigung für die Fahrt auf die Plattform verzeichnet war, gnädiglich zu Fuß die 70 Meter hohen Treppen zum Besuch des Funkturmrestaurants erklettern darf. Auch für alle sonstigen Bedürfnisse werden doppelte Preise gefordert, z. B. in den Restaurants für Bier und Speisen. Ja selbst die Toilettenfrau des Funkrestaurants nahm an den Ostertagen 20 Pf. und hatte bei dem großen Ansturm etwa 150 bis 200 M. Tageskasse, also annähernd das Wochengehalt eines Ministers. Für die Auskunftserteilung war niemand da, man mußte sich den Führer zum Preise von 1 M. kaufen. Angesichts dieses Verhaltens der Ausstellungsleitung muß man doch einmal nach den Unkosten einer solchen Veranstaltung fragen. Den Hauptteil des belehrenden, wissenschaftlichen und unterhaltenden Materials lieferte kostenlos die Stadt Berlin aus ihren Sammlungen, Schulen und statistischen Aemtern, den Restanteil tragen die ausstellenden Firmen, die gewiß auch noch hohe Platzmiete zahlen müssen. Ist eine solche Bewucherung des steuerzahlenden Berliners, der selbst den Ausstellungseinhalt durch seine städtischen Aemter hergibt, erlaubt? Könnte die Stadt sich nicht in Zukunft vor Beteiligung an solchen Ausstellungen Garantien bezüglich der Preise geben lassen? Wohin fließen die ungeheuren (mehrere 100 000 M. allein an den beiden Ostertagen) Einnahmen? Dr. L.

Saboteure des Wochenendes.

Während in Berlin unter Mitwirkung von Behörden und Presse Propaganda für den Wochenendgedanken gemacht wird und zurzeit zur Förderung dieser Idee eine Ausstellung aufgebaut worden ist, wird in Gegenden, die für das Wochenende in Frage kämen, diese Bewegung von den Behörden geradezu sabotiert. Als Beweis diene Ihnen folgendes: Ich besitze ½ Wegstunde von Phöbena. d. Havel entfernt ein etwa 250 Quadratmeter großes Pachtland. Ich beabsichtige dort ein kleines Holzhaus, Größe 6×3, bauen zu lassen (ohne Fundamente). Als ich dem Amtsvorsteher zu Phöben mein Baugesuch übergab, wurde mir gleich bedeutet, daß dem Antrage wohl nicht stattgegeben werden würde, da in nächster Zeit vom Landrat (oder Regierungspräsidenten) ein Wohnlaubenverbot für Ferch, Werder, Phöben usw. erlassen werden würde! Als ich nach dem Grunde des Verbotes fragte, wurde mir gesagt, Phöben hätte doch „wahrscheinlich mal" (!) eine Zukunft als Villenort und da würden später diese Holzbuden unschön wirken! Bemerken möchte ich noch, daß bereits unmittelbar bei dem Dorf viele sogenannte Anglerbuden stehen und gerade jetzt auf dem Höhenzug eine neue Anglerkolonie entsteht. P. K.

Wochenendnepp!

Das jedem Berliner als „Neppkow" bekannte Buckow in der Märkischen Schweiz hat einen neuen Plan ersonnen, die erholungsdurstigen Besucher zu neppen. So beschließen die weisen Stadtväter von Buckow, daß die Erhebung einer Kurtaxe vom 3. Tage des Besuches ab, jetzt dahin erweitert werden soll, daß von jedem Besucher, der sich nur einen Tag bzw. Nacht im Orte aufhält, eine Kurtaxe zu entrichten ist. Zwar bedarf dieser Beschluß noch der Zustimmung des Regierungspräsidenten, doch muß jetzt schon mit aller Entschiedenheit gegen diese neue Zumutung protestiert werden. Traf die Kurtaxe bisher in der Hauptsache solche Leute, die sie zahlen konnten, so bedeutet dieser Beschluß, wenn er rechtskräftig wird, in erster Linie eine Belastung der wandernden Jugend, denn die am Orte befindliche Jugendherberge soll von der Kurtaxe nicht befreit werden. Beträgt der hier zur Erhebung gelangende Betrag auch nur 0,15 M. pro Tag, so ist dennoch zu fordern, daß diesem Unfug ein Strich durch die Rechnung gemacht wird. E. K.

Weil der Mann nicht heimkam.

Die 36 Jahre alte Ehefrau des Monteurs M. aus der Oldenburger Str. 34 ist mit ihrer Tochter in den Tod gegangen. Die Frau war nervenkrank und die Ehe war wohl etwas getrübt. In der Nacht zu Dienstag kam M., der am Schiffbauerdamm eine Werkstatt betreibt, nicht nach Hause. Er schlief in der Wohnung seiner Mutter. Die aufgeregte Frau aber mochte darüber wohl andere Gedanken gehabt haben und beschloß, mit ihrer 12 Jahre alten Tochter Hildegard aus dem Leben zu scheiden. Gestern mittag wurden Hausgenossen durch einen starken Gasgeruch auf die im 4. Stock des Seitenflügels gelegene Wohnung aufmerksam und benachrichtigten das 24. Revier und die Feuerwehr. Man öffnete mit Gewalt und fand Mutter und Tochter bei geöffneten Gashähnen im Schlafzimmer tot in den Betten liegen. Ein Arzt stellte fest, daß der Tod schon einige Stunden vorher eingetreten sein mußte. In einem Schreiben hinterließ die Frau, daß sie mit ihrer Tochter freiwillig in den Tod gegangen sei. Die Leichen wurden, nachdem der Ehemann von seiner Arbeitsstelle herbeigerufen worden war, beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Das Brandenburger Tor demnächst fertig.

Die Wiederherstellungsarbeiten am Brandenburger Tor, die mehrere Monate in Anspruch genommen haben, nähern sich jetzt merklich ihrem Ende. Sowohl die Arbeiten an der Bronzequadriga, die ein neues Bronzegerüst im Innern erhalten hat, wie auch die Steinmetzarbeiten an den Gesimsen, wo die schadhaft gewordenen großen Steinblöcke zu einem beträchtlichen Teil durch neue Platten ersetzt werden mußten, sind jetzt vollendet. In den letzten Tagen ist man bereits daran gegangen, die großen stabilen Rüstungen, die das Bauwerk völlig umkleideten, abzumontieren, so daß jetzt schon das wiederhergestellte Hauptgesims und die Reliefs, die auch einer Auffrischung und Reparatur unterzogen worden sind, wieder sichtbar sind. Die renovierten Teile des historischen Gebäudes heben sich schon durch ihre hellere Färbung ganz beträchtlich von dem verrußten unteren Teile der Säulen und den beiden Torgebäuden ab, und man will es augenscheinlich den Witterungseinflüssen überlassen, hier einen Ausgleich zu schaffen. Da an den Säulen selbst und den Toreingängen keine allzu langwierigen Ausbesserungsarbeiten notwendig sind, dürfte die Renovierung des Brandenburger Tores in Bälde zu Ende geführt sein und damit auch die Verkleidung völlig beseitigt werden.

Sonderzug zur Baumblüte nach Guben.

Am kommenden Sonntag, dem 24. April, wird die Reichsbahndirektion Berlin bei ausreichender Beteiligung einen Sonderzug zu ermäßigten Fahrpreisen nach Guben verkehren lassen. Der Zug fährt ab Charlottenburg 6.22 morgens, ab Bahnhof Zoo 6.29, ab Bahnhof Friedrichstraße 6.42, ab Bahnhof Alexanderplatz 6.50, ab Schlesischer Bahnhof 7.00 und trifft in Guben 9.28 ein. Die Rückfahrt erfolgt nach genau 12stündigem Aufenthalt um 9.28 abends. Der Zug trifft wieder ein in Berlin, Schlesischer Bahnhof 12.17 mchts, Bahnhof Alexanderplatz 12.22, Bahnhof Friedrichstraße 12.33, Bahnhof Zoo 12.45 und Bahnhof Charlottenburg 12.52. Die ermäßigten Fahrpreise betragen für die Hin- und Rückfahrt in der 2. Klasse 11,60 M., in der 3. Klasse 7,80 M. und in der 4. Klasse 5,90 Mk. Der Fahrkartenverkauf beginnt am Donnerstag nachmittag ausschließlich bei der Fahrkartenausgabe des Bahnhofs Friedrichstraße.

Stahlhelmenttäuschungen über Potsdam.

Im Programm des Stahlhelmtages war ein Ausflug nach Potsdam am 9. Mai vorgesehen. 20 000 Stahlhelmer wollten ein geselliges Beisammensein auf dem Potsdamer Luftschiffhafen arrangieren, nachdem vorher das Essen der Stadt Potsdam eingenommen war. Aber aus diesem Programm wird nichts. Erstens hat die Stadt Potsdam das geplante Essen abgeblasen und zweitens bekommen die Stahlhelmer nicht den Potsdamer Luftschiffhafen zur Verfügung. Nun wollten sie auf das Bornstedter Feld. Aber auch dieses wird ihnen nicht bereitgestellt.

Eine Berlinerin im Riesengebirge abgestürzt.

Eine Berliner Aerztin glitt, wie aus Breslau gemeldet wird, auf dem Zickzackweg des Koppenkegels aus und riß dabei einen neben ihr stehenden sechzehnjährigen Schüler mit. Beide stürzten auf der schrägen Felswand etwa 300 Meter tief in den Melzergrund ab. Nur mit vieler Mühe konnten sie gerettet werden. Während die Aerztin mit unbedeutenden Hautabschürfungen davonkam, hat der Schüler neben einem Beckenbruch schwere Verletzungen erlitten, die seine sofortige Ueberführung in das nächste Krankenhaus notwendig machten.

Ein liebenswürdiger Ehemann.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Neukölln hatte sich gestern der Sandbläser P. aus der Münchener Str. 17 wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten. Die Verhandlung, die einen traurigen Einblick in zerrüttete Eheverhältnisse bot, ergab folgendes Bild: Am 8. Januar kehrte der Angeklagte gegen 4 Uhr nachts in betrunkenem Zustand von einer Kneiptour zurück und befahl seiner bereits schlafenden Ehefrau, sofort aufzustehen und beiden Nachbarsleuten Kaffee zu kochen. Um allen Streit aus dem Wege zu gehen, tat dies die Ehefrau, und als die Eheleute gegen 6 Uhr wieder in ihre Wohnung zurückkehrten, mußte die Ehefrau ihre Bereitwilligkeit schwer büßen. Ihre Bitte an den Mann, sich jetzt wenigstens zur Ruhe zu begeben, war der Grund zu einer schweren Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Angeklagte seine schwächliche Ehefrau mit Händen und Füßen und einem Feuerhaken derart mißhandelte, so daß sich eine sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus als notwendig erwies. Hier wurden dann Wunden von 6—7 Zentimeter Länge, Quetschungen und Blutergüsse von der Größe eines Stiefels, Knochenbrüche, Sehnenrisse usw. festgestellt. Der Angeklagte, der im wesentlichen den Tatbestand zugab, entschuldigte sein Verhalten mit seiner Nervenkrankheit und versuchte, die Schuld seiner Frau in die Schuhe zu schieben. Der Staatsanwalt, der in scharfen Worten das bestialische Verhalten Verhalten des Angeklagten mißbilligte, beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und sofortige Haftüberführung. Das Gericht gab diesem Antrag statt und erkannte auf die beantragte Strafe. Da Fluchtverdacht vorlag, wurde der Angeklagte sofort verhaftet.

Vor dem Abschluß des Vasdorfer Prozesses.

Nachdem gestern noch die Angeklagten das letzte Wort erhalten hatten, setzte Amtsgerichtsrat Burckert die Urteilsverkündung in der Vasdorfer Siedlungsskandalaffäre auf Mittwoch, den 27. April, fest. Vom Staatsanwalt war gegen die angeklagten Direktoren der Vasdorfer Bodengesellschaft Marx und Reiß je neun Monate Gefängnis beantragt worden.

Das Friedrich-Ebert-Heim, wie die Sozialistische Arbeiterjugend zum Andenken an den verstorbenen Reichspräsidenten ihr Reichsferienheim nennt, ist als schmuckes Modell seit gestern im Schaufenster der Geschäftsstelle des Bücherkreises, Belle-Alliance-Platz 6, ausgestellt. Das Modell zeigt die Gebäude und den Park des Heims und vermittelt dem Beschauer einen ausgezeichneten Eindruck von dem schönen Anwesen. Hersteller des Modells ist ein Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, der junge Modellbischler Hans Eberling, Weimar. Eberling hat das Modell während seiner Erwerbslosigkeit angefertigt und dem Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend zum Geschenk gemacht.

Wohnungen für Studenten. Es liegen zum neuen Semester so viele Gesuche um Freiwohnungen von bedürftigen Studierenden bei uns vor, daß das Akademische Wohnungsamt sich wiederum veranlaßt sieht, an die Berliner Einwohnerschaft die herzliche Bitte zu richten, uns für diese Studenten unentgeltliche Zimmer, solche mit Gegenleistung oder ganz billige Zimmer zu 15 und 20 M. zu überlassen. Meldungen nehmen entgegen: Akademisches Wohnungsamt des Studentenwerks Berlin e. V., Universität, Westflügel, Eingang Universitätsstraße (Fernsprecher Norden 2920—2922) und Wohnungsfürsorgeamt der Technischen Hochschule, Charlottenburg, Berliner Straße (Fernsprecher Steinplatz 9000).

Eine Verkäuferinnenschule für Hermann Tietz. Wie gemeldet wird, hat die Firma Hermann Tietz in Charlottenburg Grundstücke erworben, auf denen sich unter anderem bisher die Manteuffel-Schule befand. Die Firma beabsichtigt, in diesem Gebäude eine Schule für Verkäuferinnen zu errichten.

Heilpädagogische Woche der städtischen Schulbehörde. Das ausführliche Programm ist erschienen und erhältlich durch Magistrats-Schulrat A. Fuchs, C 2, Stadthaus.

Sprachchor für Proletarische Feierstunden. Die Uebungsstunde findet in dieser Woche am Freitag, abends 7½ Uhr, im Gesangsaal der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17, statt.

Forman
einfachstes Mittel gegen Schnupfen wirkt frappant!

Die Naturkatastrophe in Nordamerika.

Das größte Hochwasser seit 100 Jahren.

Die nordamerikanischen Staaten Illinois, Nebraska, Missouri, Oklahoma und Texas sind, wie wir bereits kurz mitteilten, in der Nacht zum Mittwoch von einem schweren Wirbelsturm heimgesucht worden, der ungeheure Verheerungen anrichtete. Besonders gelitten hat die Stadt Centerville in Illinois, wo unter mehreren Häusern auch das Schulhaus zusammenstürzte. **45 Schüler, die an einem Abendunterricht teilnahmen, wurden unter den Trümmern verschüttet.** 25 von ihnen konnten, wenn auch teilweise schwer verletzt, lebend geborgen werden. Der Lehrer wurde durch einen Balken getötet. Tausende von Personen sind infolge des Unglücks **obdachlos.** Der Sachschaden beträgt viele Millionen. Der gesamte Umfang der Zerstörung konnte noch nicht festgestellt werden, da die Verbindung mit dem zerstörten Gebiet unterbrochen ist. **Das Hochwasser des Mississippi** nimmt immer weiteren Umfang an. Nördlich von Memphis ist das Land **viele Kilometer breit überschwemmt;** die Länge des Ueberschwemmungsgebietes beträgt 160 Kilometer. Etwa **35 000 Menschen** sind durch das Hochwasser **obdachlos** geworden. Die Deiche des Mississippi sind teilweise bis zu 5 Kilometern weggespült. Es handelt sich um das **größte Hochwasser,** das in den Vereinigten Staaten **seit 100 Jahren** beobachtet wurde.

Hochwasser der Elbe.

Das Gebiet der mittleren Elbe, das im vergangenen Jahre durch gewaltige Ueberschwemmungen großen Schaden erlitten hat, ist wiederum durch Hochwasser gefährdet. Das Frühjahrshochwasser hat sich plötzlich so rasch eingestellt, daß in der Gegend um Wittenberge wieder weite Landstriche unter Wasser gesetzt sind. Zwischen verschiedenen Dörfern ist die Verbindung völlig unterbrochen. Besonders schwer betroffen ist die Lenzer Wische, wo etwa 150 000 Morgen besten Bodens vom Hochwasser bedroht werden. Tag und Nacht arbeitet die Landbevölkerung, um den Sommerdeich gegen die ständig wachsenden Fluten zu verstärken. Bei Tangermünde ist das Hochwasser bereits über die Sommerdeiche hinweggegangen und überflutet das dahinterliegende Land in einer Breite von zwei Kilometern. Die Herbstbestellung gilt bereits als verloren. Auch die Havel ist auf weite Strecken kilometerweit über die Ufer getreten. Im Unterlauf der Oder sind ebenfalls große Teile des weiten Tales überschwemmt.

Kaupen, der Räuberhauptmann von Mitau.

Zum Tode durch den Strang verurteilt.

Nach vierzehntägiger Verhandlung vor dem Kriegsgericht in Mitau (Lettland) wurde der 32jährige Ans Kaupen zusammen mit seinem Komplicen Pebalga zum Tode durch den Strang verurteilt. Sechs Jahre hindurch hatte er die Landstraßen unsicher gemacht. Etwa 20 Menschenleben und 200 Raubüberfälle trägt er auf seinem Gewissen. Gewissen?! Das war es eben, was diesem vorstellungsarmen Banditen fehlte. Es schwieg in ihm, als das Kriegsgericht für ein Verbrechen, das er begangen hatte, irrtürlich einen Unschuldigen zum Tode verurteilte, einen anderen wegen eines wiederum von ihm begangenen Raubmordes lebenslänglich ins Zuchthaus schickte und in einem dritten Falle ein Unbeteiligter acht Monate in Untersuchungshaft sich verzehrte. Drei Justizirrtümer wegen eines Banditen!

Wie war aber Kaupen Bandit geworden? Sohn eines Kleinbauern in der Nähe von Mitau, lernte er Tapezierer und ging, neunzehnjährig, beim Ausbruch des Weltkrieges nach Rußland; nahm hier an Schlachten teil und kämpfte später im Bürgerkrieg in den Reihen der Roten Armee. In die Heimat zurückgekehrt, desertierte er aus dem lettischen Heere. So wurde er im Jahre 1920 „Waldbruder". Jetzt begann sein Doppelleben. In Lumpen gehüllt, mit Revolver und Gewehr ausgerüstet, eine Maske vor dem Gesicht, tauchte er auf der Landstraße auf, überfiel, raubte und plünderte und verjubelte dann wie ein Kavalier in Gesellschaftsanzug und Lackschuhen das erplünderte Geld in Riga in Tanzdielen. Seit 1923 arbeitete er aber fleißig und bescheiden bei seinem früheren Lehrherrn als Tapezierer, um gleichzeitig während seiner eigenmächtigen zwei- bis dreitägigen Abwesenheit die Landstraßen unsicher zu machen. Am hellen Tage hielt er die Leute auf der Landstraße an, stellte sie in Reih und Glied auf, veranlaßte sie, Brieftaschen und Wertsachen herauszugeben, durchsuchte sie dann alle und erlaubte ihnen schließlich weiterzuziehen. Einer gegen zwanzig! Weigerte sich jemand, seinen Anordnungen nachzukommen, so schoß er. Automobile und sogar einen Personenzug brachte er zum Stehen, tötete den Lokomotivführer, nahm den Leuten in den Wagen die Pässe ab, durchsuchte ihre Taschen, plünderte den Postwagen und war auf und davon. Einen Polizeibeamten zwang er fünf Stunden lang, ihm beim Plündern behilflich zu sein. Monatelang operierte er an ein und demselben Ort und blieb trotzdem für die Polizei unauffindbar. Stieß sie aber auf ihn, so eröffnete er Feuer, blieb aber stets unter den Kugeln der Beamten unversehrt. Während seines dreijährigen Lebens in Mitau hatte er hier hintereinander drei Bräute, die er reich beschenkte. Reichte das Geld nicht, so ging er auf Raub aus. So entschloß er sich z. B. den Schnellzug Berlin—Riga in die Luft zu sprengen, als seine Braut ihn um ein Darlehn von 15 000 Rubel bat. Das Attentat mißglückte, er tötete aber den Weichensteller und raubte ihn aus. Kaupen plünderte und mordete in der Regel allein; nur in wenigen Fällen war sein Komplice Pebalga mit ihm. Dieser war es auch, der ihm die beiden Bauernhöfe zeigte, in denen er zusammen acht Menschen umbrachte. Des Rätsels Lösung für das unerhörte frechdreiste Räuber- und Doppelleben Kaupens ist aber vielleicht in seiner Detektiv-Lektüre zu suchen — er selbst behauptete das wenigstens. Noch im Gefängnis waren Sherlock Holmes und ähnliche Literatur das einzige, womit er seine Zeit kürzte. Seinen Taten in Freiheit entsprach sein Benehmen im Gerichtssaal. Als verstünde er nicht, was für ihn auf dem Spiel stand; erst ganz zum Schluß der Gerichtsverhandlung überfiel ihn plötzlich eine tierische Angst. An eine Begnadigung dieses Räubers ist nicht zu denken.

Funkwinkel.

Sehr vernünftig äußert sich Ministerialdirektor Kaestner über die Bildungsarbeit unserer Volksschulen. Vor allem begrüßt er die seit der Revolution eingeführte Grundschule, in der sich alle Schichten des Volkes begegnen. Die Arbeit müsse dahin gehen, den Kindern die Schule angenehm zu machen und sie von dem abschreckenden Ruf einer Zuchtanstalt zu befreien. Außerdem warnt der Redner die Eltern davor, ihre Kinder unter allen Umständen in höhere Schulen zu schicken. — Professor Schönechen entdeckt die Pflichten, die der Mensch gegen den Frühling hat, und die besonders darin bestehen, die Natur zu schonen, nicht ganze Wälder von einem Sonntagsausflug nach Hause zu bringen und die Wälder nicht mit Eierschalen und Butterbrotpapieren zu pflastern. — Man kann sodann die Feststellung machen, daß sich ab und zu das Niveau der Vorträge über Frauenfragen hebt. Ola Alsen wendet sich gegen den puritanischen Geist, der in Geselligkeit und Tanz einen verwerflichen Luxus erblickt. Gerade die Geselligkeit müßte in dieser Zeit, in der fast jeder unter den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen leidet, wenn auch nur in bescheidenem Rahmen gepflegt werden. Sehr oft hält Geselligkeit den Menschen vor übereilten Verzweiflungsschritten zurück. Weniger wesentlich benimmt sich Jaro Jaretzki in seiner Plauderei „Kunst und Kultur im alten Berlin". Er spricht zunächst über die literarischen Salons der Henriette Herz und Rahel Varnhagen und dann unterhaltsam und mit viel Liebe über die Bauwerke Berlins, die aus dieser Zeit übrig geblieben sind. Renée Stobrawa liest als Funkprinzessin Märchen von Andersen zu betont, neckisch, zu sehr auf Kinderpublikum unter sechs Jahren zugeschnitten. Der heitere Abend gestaltet sich nicht besonders unterhaltsam. Auch der flott gespielten Ouvertüre „Zur schönen Galathee" singt Frieda Weber-Fleßburg allerlei Sinnig-Sentimentales, u. a. auch von Meyer-Helmund und Toselli. Vielleicht wäre es der Funkstunde einmal möglich, diese sogenannten heiteren Abende tatsächlich mit einem heiteren Programm zu versehen.

F. S.

7000 Reichspost-Kraftwagen.

Die Reichspost hat im Jahre 1926 ihr Kraftwagennetz in außerordentlich starkem Maße ausgebaut. Die Strecke, die von ihren Kraftwagen regelmäßig gefahren wird, ist nach einer Mitteilung des Reichspostministers im Laufe des Jahres 1926 um nicht weniger als 16 bis 17 Proz. erweitert worden und beträgt jetzt insgesamt 28 000 Kilometer. So groß ist die Gesamtstrecke, die die Reichspost von 7000 Kraftfahrzeugen auf zusammen 1500 Linien befahren läßt.

Typhuserkrankungen an der Ostgrenze.

Frankfurt a. d. O., 20. April. (TU.) In dem dicht an der polnischen Grenze gelegenen Städtchen Driesen ist plötzlich eine ganze Reihe von Personen an Typhus erkrankt. Die zuständigen Stellen haben sofort umfassende Hilfsmaßnahmen veranlaßt.

Bluttat eines Siebzehnjährigen.

Süchteln (Kreis Kempen), 20. April. (WTB.) Im hiesigen Krankenhaus stahl ein noch nicht 18jähriger Bursche einem 71jährigen Kranken nachts 60 M. Am darauffolgenden Morgen durchschnitt der Bursche, weil er eine Entdeckung fürchtete, dem Bestohlenen die Kehle. Nach der Tat kaufte sich der Mörder in München-Gladbach einen Anzug. Der Mörder wurde nach seiner Rückkehr verhaftet.

Erdbeben auf den Philippinen.

London, 20. April. (TU.) Wie aus New York berichtet wird, ist Luzon, eine der am stärksten bevölkerten Philippineninseln, von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden.

Rache des betrogenen Ehemannes. In Zariko bei Preßburg spielte sich ein blutiges Familiendrama ab. Der Landwirt Jakura, der seine Gattin mit ihrem Geliebten bei einem Stelldichein ertappte, fesselte die Frau und hängte sie an einem Türpfosten auf. Gleich darauf erhängte er sich an dem Nagel, an dem die Leiche seiner Gattin bereits hing.

Von einer Granate zerrissen. Auf dem Schlachtfeld bei Dixmuiden fanden drei Maurer eine Granate. Als sie diese berührten, explodierte das Geschoß und tötete sie.

Schweres Fährunglück auf der Oka. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist auf dem Fluß Oka eine Fähre mit 23 Bauern und 16 Pferden untergegangen. Nur ein kleiner Teil der Bauern konnte gerettet werden.

Ein Deutscher in Mexiko ermordet. Der deutsche Farmer Leon Schweitzer wurde in Cordoba von Räubern ermordet. Er hatte eine beträchtliche Geldsumme bei sich.

Schweres Eisenbahnunglück in Kanada. In Kanada wurden bei einem Güterzugunglück 56 Meilen westlich von Hornepayne sieben Personen getötet. In einem der verunglückten Güterzüge befanden sich 38 Rennpferde, die sämtlich ums Leben kamen.

Jeder gewinnt keiner verliert

War es nicht immer so, dass das, was der EINE gewann, vom ANDEREN bezahlt werden musste, nicht nur im Spiel, sondern auch im wirtschaftlichen Leben? Wäre es nicht eine wunderbare Einrichtung, wenn jeder, der am Spiel beteiligt ist, nur gewinnen und keiner verlieren könnte, sowohl der *Verbraucher*, der die Ware konsumiert, wie auch der *Arbeiter*, dessen Hände sie bilden und der *Fabrikant*, der sie entstehen lässt?

Das Mittel, welches solch wunderbare Wirkung hervorbringt, heisst RATIONALISIERUNG. Das bedeutet *Einführung wirtschaftlicher Arbeitsmethoden*, dadurch *Senkung der Unkosten*, dadurch *Verbesserung der Leistung* und dadurch *Steigerung des Absatzes*. Wird es konsequent angewendet, dann bringt jede Steigerung des Absatzes eine weitere Senkung der Unkosten und damit *eine weitere Verbesserung der Leistung*.

Wer hat nun bei der Rationalisierung unserer Overstolz-Fabrikation am meisten gewonnen?

Wir geben gern zu, dass sie für uns ein grosser Vorteil ist, denn für den kleineren Gewinn-Anteil hat uns die stark gestiegene Umsatzziffer vollauf entschädigt.

Auch unsere Arbeiter haben durch die RATIONALISIERUNG unserer Betriebe gewonnen, sie erzielen auf leichtere Weise einen höheren Lohn als früher.

Den größten Gewinn hat der Overstolz-Raucher selbst:

Er erhält für 5 Pfennig eine Zigarette, die er vor der Rationalisierung unserer Overstolz-Fabrikation für diesen Preis niemals hätte kaufen können.

Haus Neuerburg
O·H·G·

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat. Berlin SW 68, Lindenstraße 3. 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Arbeiterwohlfahrt: Heute, Donnerstag, 21. April, 7 Uhr, Helferinnen- und Helferbesprechung über Hausbesuche und Berichterstattung im Zimmer 30, Danziger Str. 64.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Freie Schulgemeinde: Freitag, 22. April, 7½ Uhr, im Altersheim Danziger Str. 62 Mitgliederversammlung. 1. Vortrag: „Die einheitliche weltliche Schule vom Kindergarten bis zur Hochschule." Referent Oberstudiendirektor Dr. Fritz Karsen. 2. „Willkürakt des Kultusministeriums und was tun wir?" Erscheinen aller ist Pflicht, besonders auch der Mitglieder der Schuldeputation.

6. Kreis Kreuzberg. Kommunale Kommission: Sonntag, 24. April, vormittags 11 Uhr, Besichtigung der Kraftwerke Rummelsburg unter Führung des Herrn Direktor Dr. Wellmann. Sämtliche interessierte Genossinnen und Genossen sowie Bezirks- und Stadtverordnete und die Mitglieder der Arbeiterjugend sind hierzu eingeladen. Fahrverbindung: 1. Mit der Straßenbahn 87, 91, 93 bis Treptow-Paradiesgarten. Uebersetzen vom Kaiserbad bis Rummelsburg. Treffpunkt 10½ Uhr am Kaiserbad. 2. Mit der Stadtbahn bis Stralau-Rummelsburg und etwa 20 Minuten Weg bis zum Werk.

7. Kreis Charlottenburg. Sonnabend, 23. April, in den Germaniasälen, Spreestr. 13, Fahnenweihe. Mitwirkende: Sozialistische Arbeiterjugend, Männerchor „Harmonie". Weiherede: Stadtrat Albert Herlitz. Anschließend Tanz bis 3 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Karten zu 75 Pf. einschließlich Steuer bei den Gruppenführern und an der Kasse.

14. Kreis Neukölln. Freitag, 22. April, 8 Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses im Parteibureau Reckestr. 3.

15. Kreis Treptow. Arbeiterwohlfahrt: Freitag, 22. April, 7½ Uhr, in der Schule Niederschöneweide, Berliner Straße, 5. Kursusabend: „Die Arbeit des Prüfers." Referentin Minna Todenhagen.

Heute, Donnerstag, 21. April:

38. Abt. 8 Uhr Abholen der Handzettel und Flugblätter bei Bartusch, Friedenstr. 68, durch die Bezirksführer. Alle Bezirksführer müssen erscheinen. Kontrolle durch Einzeichnung.

56. Abt. Charlottenburg. Die Genossen werden ersucht, die Karten zur Maifeier vom Genossen Habermann, Friedbergstr. 23, sofort abzuholen.

90. Abt. Neukölln. 7½ Uhr in der Aula der Knabenmittelschule, Donaustraße 120, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Der gigantische Kampf der Klassen im Weltenausmaß." Referent Wilhelm Lande. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Rüntgental-Zepernick-Schwanebeck. 8 Uhr bei Basener Zahlabend. Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht.

Morgen, Freitag, 22. April:

6. Abt. 7½ Uhr bei Dobrohlaw, Swinemünder Str. 11, wichtige Funktionärsitzung.

32. Abt. Konferenz aller auf kommunalem Gebiete ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen. Referent: Bezirksvorsteher Hanke. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet, auch sämtlicher Funktionäre, da anschließend eine kurze Funktionärsitzung zur Besprechung wichtiger Parteifragen stattfindet.

35. Abt. Pünktlich 8 Uhr bei Borkowski, Schreinerstr. 32, Funktionärsitzung. Sehr wichtige Tagesordnung. Ab 7 Uhr rechnen die Bezirksführer mit dem Kassierer ab.

124a. Abt. Mahlsdorf-Süd. 8 Uhr bei Dietz, Uhlandstraße, Mitgliederversammlung. Bericht vom Bezirksparteitag. Zahlreiches Erscheinen sämtlicher Genossinnen und Genossen wird erwartet.

Frauenveranstaltungen.

7. Abt. Freitag, 22. April, 7½ Uhr, in Cornis Festsälen, Gartenstr. 5, Fortsetzung: „Die Frau in der Gesellschaft." Referent Genosse Brendel.

126. Abt. Reinickendorf-Ost. Heute, Donnerstag, 21. April, 7½ Uhr, in der Baracke Lindower Straße Frauenabend.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die allgemeine Helferfahrt am nächsten Sonnabend/Sonntag geht nach der Jugendherberge Briesetang, da die Jugendherberge in Zossen nicht mehr frei war. Abfahrt Sonnabend abend 6.25 Uhr ab Lehrter Bahnhof (von Bahnhof Jungfernheide 10 Minuten später) und Sonntag früh 7.30 Uhr ab Lehrter Bahnhof. Jugendliche unter 20 Jahren, die auf Ermäßigungsfahrscheine fahren wollen, sind von den Kreisleitern bis Freitag, 22. April, abends 7½ Uhr, zu melden. Für alle übrigen einfache Fahrt bis Briesetang 60 Pf. — Die Sprechstunde am Freitag, 22. April, findet ausnahmsweise nur von ½7—½8 Uhr statt.

Jungsozialisten heute, Donnerstag, 21. April:

Gruppenkonferenz 7½ Uhr im Roten Saal Belle-Alliance-Str. 7/10, 2dA. Tagesordnung: Vorbereitung zur Generalversammlung. Jede Gruppe entsendet zwei Vertreter. Achtung! 6½ Uhr ebenda Arbeitsausschußsitzung. Am Montag, 25. April, 7½ Uhr, Generalversammlung im Saal des Bezirksamtes Kreuzberg, Yorckstr. 11.

Gruppe Charlottenburg: 8 Uhr im Jugendheim Rostnerstr. 4 Arbeitsgemeinschaft. — Gruppe Prenzlauer Berg: Pünktlich 8 Uhr im Jugendheim Danziger Str. 62 Vortrag: „Grundfragen der Psychologie." Referent Dr. Ernst Hanke.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

22. Abt. Unser langjähriger Genosse, der Steinmetz Gustav Otte, Fehmarnstr. 15, ist im Alter von 69 Jahren verstorben. Ehre seinem Andenken. Einäscherung heute, Donnerstag, 21. April, vormittags 11½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße. Rege Beteiligung ist erwünscht.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Prenzlauer Berg: Kameradschaft Nordkap Do., d. 21., 8 Uhr, Versammlung bei Sachtzke, Schivelbeiner Str. 10. Vortrag. — Die Einäscherung des Kameraden Adolf Kalberg findet am Fr., d. 22., nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Vollzählige Beteiligung. — Tiergarten: Kameradschaft Hansa Do., d. 21., 8 Uhr, Vollversammlung bei Berger, Levetzowstraße. — Neukölln-Britz: Erste Kameradschaft 2. Zug Do., d. 21., 7½ Uhr, Zugversammlung im Lokal Milke, Reuterstr. 47, Ecke Lenaustraße.

Jüdische sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Zion, Ortsgruppe Berlin. Donnerstag, 21. April, ½9 Uhr, im Heim Linienstr. 159 III Vortrag des Genossen Ch. Poroshanski über: „Perez im Lichte der psychoanalytischen Kritik." Gäste willkommen.

Im „Bund religiöser Sozialisten" spricht am Donnerstag, 21. April, 8 Uhr, im Lokal von Höhle, Bergmannstr. 60, Genosse Pfarrer Karl Schmidt über: „Die Freidenker und die religiösen Sozialisten." Zutritt frei für jedermann.

Arbeiter-Radioklub. Ortsgruppe Wedding: Donnerstag, 21. April, Vortrag des Funkgenossen Müller über: „Wie verhalte ich mich beim Bau meines Apparates?"

Bund der Jugendgerichtshelfer. Versammlung am Montag, 25. April, 7½ Uhr, Poststr. 16, Zimmer 36. Tagesordnung: Aerztliche Fingerzeige zur Behandlung verwahrloster Jugendlicher. Referentin Frau Dr. Colau vom Hofe, psychiatrische Sachberaterin im Landesjugendamt Berlin. Aussprache.

Am 19. April verschied nach schwerem Leiden meine liebe Schwester

Else Schlomer

geb. Rosenfeld

Leit. Fürsorgerin des Jugendamts Berlin-Mitte

Sie stand allezeit in Lübeck und hier treu in den sozialistischen Reihen.

Berlin, den 20. April 1927.

Ministerialrat Rosenfeld.

2. Abt. — Kreis Berlin-Mitte.

Nach schwerem Leiden verstarb am 19. April unsere Genossin, die leitende Fürsorgerin des Jugendamts Berlin-Mitte

Else Schlomer

geb. Rosenfeld.

Wir verlieren in ihr eine treue Ratgeberin und arbeitsfreudige Genossin, deren Andenken wir stets in Ehren halten.

Einäscherung Donnerstag, 21. April, vormittags 11½ Uhr, Krematorium Wilmersdorf.

Am 19. April verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Sohn und Bruder

Bruno Neft

im Alter von 26 Jahren.

Dies zeigt an in tiefer Trauer

Heinrich Neft und Familie.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 23. April, nachmittags 1½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Krause-Pianos zur Miete W 6, Ansbacherstr. 1

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN im „Vorwärts" und trotzdem !! billig !!

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren Dickmann A.-G., W 57. Wochenendhäuser – Prospekte gratis! Wald- u. Wasserparzellen-Nachweis.

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts" im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Bezugsgeld für den kommenden Monat zu bezahlen, sobald die Post mit der Einziehung beginnt. Für Abonnementserneuerungen nach dem 24. erhebt die Post eine Verspätungsgebühr von 20 Pfennig.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H.

Volksfürsorge. Oeffentlicher Lichtbildervortrag Donnerstag, 21. April, 8 Uhr, im Lokal Buschkrug, Britz, Rudower Straße. Thema: 1. „Wie schütze ich mich zweckmäßig gegen die Gefahren des täglichen Lebens?" Referent Karl Schutz, Berlin. 2. „Die Grundlagen der modernen Berufsberatung." Referent Friedrich Sachtleben. Alle Einwohner der Siedlung Britz sind zu diesem Vortrag eingeladen. Eintritt frei.

Arbeiter-Samariterkolonne Berlin e. V., Abt. Wedding. Donnerstag, 21. April, 7½ Uhr, Schule Schulstr. 99 Kursus in Wiederbelebung. Anschließend Mitgliederversammlung.

Freie Kanufahrer Berlin e. V. Bootshaus: Köpenick, Wendenschloßstraße (Städtischer Sportplatz). Nächste Mitgliederversammlung am 21. April im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45. Aufnahme neuer Mitglieder. Anfragen erledigt die Geschäftsstelle: Rud. Schlosser, Berlin O 17, Breslauer Str. 1.

Berliner Arbeiter-Schachklub, Abt. Gesundbrunnen. Der aus Anlaß des 2. Internationalen Arbeiter-Schachklubs in Berlin weilende Kopenhagener Schachmeister Hansen wird am Donnerstag, 21. April, 8½ Uhr, bei Wende, Koloniestr. 147, eine Simultanvorstellung geben. Gäste willkommen. Eintritt frei.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Bezirksvorstandssitzung heute, Donnerstag, pünktlich ½8 Uhr.

Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr:

Norden: Schule Pankbuser Str. 8. „Demokratie und Diktatur." — Schönhauser Vorstadt: Jugendheim Driesener Str. 22. „Wir und unsere Eltern." — Köpenicker Viertel: Schule Wrangelstr. 128. Heiterer Abend. — Lankwitz: 1. Gemeindeschule, Schulstraße. „Rückblick auf die Osterfahrt." — Lichterfelde: Jugendheim Lichterfelde-West, Albrechtstr. 14a. „Führer und Leiter." — Zehlendorf: Südschule, Wilhelmstraße. „Warum 1. Mai?" — Wittenau: Jugendheim Rosenthaler Str. 16. „Wie entstand unsere Erde?" — Osten: Kletterengruppe Zusammenkunft im Jugendheim Tilsiter Str. 4. „Sozialismus und Wehrmacht." Sämtliche jüngere Parteimitglieder sind hierzu besonders eingeladen. Beginn 8 Uhr.

Werbebezirk Lichtenberg: Werbebezirksvorstandssitzung im Jugendheim Scharnweberstr. 29.

*

Hasenheide: Morgen, Freitag, Jugendfeier in Rades Festsälen, Fichtestraße. Beginn 7 Uhr. Eintritt 50 Pf. Die Gruppen des Werbebezirks Kreuzberg beteiligen sich daran.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Mittwoch, dem 20. April.

1. Rennen. 1. Diana Magoman (F. Schulz), 2. Baron Gabler (W. Czerson), 3. Weltkamp (Herm. Schleusener). Toto: 67 : 10. Platz: 21, 31, 194 : 10. Ferner liefen: Lord Volo, Dilemma, Doorn, Lux, Dancing Girl, Linsea Harvester, Propeller, Friedrichsdor, Leuchtkäfer, Lebedame, Edelfrau.

2. Rennen. 1. Gerhard (G. Jauß jr.), 2. Arnfried (H. Przyrembel), 3. Elle B. I (F. Schmidt). Toto: 17 : 10. Platz: 11, 11 : 10. Ferner liefen: Irrteufelchen, Abdullah, Silber.

3. Rennen. 1. Esparsette (Herm. Schleusener), 2. Quintessen (Lemzer), 3. Gondel (B. Heckert). Toto: 19 : 10. Platz: 16, 38 : 10. Ferner liefen: Mary Halle, Regenbogen.

4. Rennen. 1. Willi A. (G. Jauß jr.), 2. Progreß (M. Huth), 3. Kapellmeister (M. Ringius). Toto: 41 : 10. Platz: 28, 39, 20 : 10. Ferner liefen: Trotteur, Mary H., Fels, Interpellant, Fenelon.

5. Rennen. 1. Langemann (Besitzer), 2. Mantua (Tell), 3. Coriolanus (O. Höhne). Toto: 27 : 10. Platz: 12, 22, 24 : 10. Ferner liefen: Malmö, Alarich, Goudster jr., Eckstein, Maikönigin I, Ziegrim.

6. Rennen. 1. Nordicus (C. Weidmüller), 2. Rudi (M. Großmann), 3. Olley B. (B. Heckert). Toto: 16 : 10. Platz: 10, 11, 11 : 10. Ferner liefen: Tudora, Natalis, Paula Bingen, Dolina.

7. Rennen. 1. Charade (J. Mills), 2. Königin der Mode (C. Weidmüller), 3. Potsdam (L. Weiß). Toto: 15 : 10. Platz: 11, 14, 14 : 10. Ferner liefen: Eitelfried, Divisionär, Benedict, Vola Frisco.

8. Rennen. 1. Baron Tregantle (W. Czerson), 2. Fiametta (Großmann), 3. Cuba (L. Weiß). Toto: 40 : 10. Platz: 16, 15, 30 : 10. Ferner liefen: Höhensonne, Altmark, Barometer, Interessent, Prinz Adbell, Cadiac Arworthy, Stadthöferin, Erbgraf, Heidepring I, Livius, Blaumeise, Heidesee, Casanova.

Die Rennen auf der Rütt-Arena am kommenden Sonntagnachmittag versprechen wieder hochinteressanten Sport, sowohl in dem mit Spannung erwarteten Mannschafts-Omnium zwischen Fricke-Schamberg und Frankenstein-Buschenhagen, die sich in einem Fliegerrennen, einem Punktelaufen und einem Verfolgungsrennen treffen, als auch im „Großen Frühlings-Preis", einem Dauerrennen hinter Motoren in zwei Läufen über 15 und 25 Km., in dem der Sieger vom vorigen Sonntag Miquel (Hörtrich) auf unsere beiden starken Vertreter Krupkat (Gedamke), Bauer (Luycken) und den Franzosen Nessati (Wiewerall) trifft. Außerdem kommt der „Michael-Hertz-Preis" zum Austrag, ein Flieger-Hauptfahren mit vier Vorläufen, an dem sich über zwanzig unserer guten Berufsflieger beteiligen. Ein Zweisitzer-Prämienfahren, ein Ausscheidungsfahren und ein australisches Verfolgungsrennen gelangen weiter zur Abwicklung. Die Amateure kommen in der „2. Deutschen Meile" und in einem Ausscheidungsfahren zu Worte. Hier liegen bereits über 30 Meldungen vor. — Vor den Rennen findet um 3 Uhr die feierliche Uebernahme des von Treptow nach der Rütt-Arena verpflanzten Rennfahrer-Denkmals, verbunden mit einer kurzen Gedächtnisfeier, statt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Wolkiges, mäßig warmes Wetter ohne erhebliche Regenfälle. — Für Deutschland: Ueberall wolkiges, mäßig warmes Wetter, nur stellenweise leichte Regenfälle, besonders an der Küste.

Internationale Industriekartelle.

Die Verteidigung der Arbeiter und Konsumenten.

Unter den Denkschriften, die dem vorbereitenden Komitee der Weltwirtschafts-Konferenz zur Frage der internationalen Kartelle und Trusts erstattet worden sind, verdient besondere Aufmerksamkeit eine Arbeit des Professors an der Universität Paris und Mitglieds der Sorbonne William Oualid über die internationalen industriellen Zusammenschlüsse und ihre sozialen Folgen, die bemerkenswerterweise den Untertitel „Die Verteidigung der Arbeiter und der Konsumenten" führt. Dieses Memorandum hat den Vorzug, daß es nicht bei der Darlegung der sozialen Bedeutung der internationalen Kartellierung und Vertrustung stehen bleibt, sondern daß es aus der Darlegung die Konsequenzen zieht, die in Vorschlägen für internationale Vereinbarungen über eine Kontrolle der monopolistischen Unternehmungsorganisationen gipfeln.

Die sozialen Gefahren,

die mit der an sich vorteilhaften Zusammenfassung der Produktion und der Verteilung der Waren verbunden sein können, bedrohen auf der einen Seite die Arbeiter, die in den zusammengefaßten Unternehmungen beschäftigt sind, und auf der anderen Seite die Verbraucher der von diesen Unternehmungsgruppen produzierten Waren. In dem Maße, in dem die Arbeiter selbst die Verbraucher der erzeugten Artikel sind, vereinen sie in ihrer Person die beiden bedrohten Kategorien. Oualid vertritt auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen die Auffassung, daß es nicht angebracht sei, auf diesem Gebiete gesetzlichen Schutz zu verlangen, sondern daß die straffere Organisation der Arbeiterschaft selbst die beste Abwehr bedeute gegenüber Bestrebungen zusammengeschlossener Unternehmer, mit dem Ziele, die Macht der Arbeiterorganisationen zu brechen. Da die Arbeiterschaft grundsätzlich den technischen Fortschritt bejaht und die Rationalisierung selbst fordert, besonders um die Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung zu beweisen, kann es auch nicht in Betracht kommen, unter diesem Gesichtspunkt der in vielen Fällen sehr schmerzhaften, aber unvermeidlichen Freisetzung von Arbeitskräften den internationalen Zusammenschlüssen entgegenzutreten. Möglich wäre es nur, auf diesem Gebiet sozialpolitische Maßnahmen zu treffen, die in der Richtung liegen könnten, daß bei internationalen Zusammenschlüssen die Verpflichtung zu übernehmen wäre, für die Entlassung von Arbeitern eine bestimmte ausreichende Frist einzuhalten und einen besonderen Fonds durch die Industrie zu gründen für Entschädigungen bei der durch Rationalisierung hervorgerufenen Arbeitslosigkeit.

Der Zentralpunkt: Schutz der Verbraucher.

Den Zentralpunkt des Problems der internationalen Industriezusammenschlüsse sieht Oualid nicht auf dem Gebiet des Schutzes der beteiligten Arbeiter, sondern auf dem Gebiet des Schutzes der Verbraucher gegen die monopolistischen Tendenzen, die zur Einschränkung der Produktion und zur Erhöhung der Preise führen. Bei der Erörterung der Möglichkeiten, die für die Schaffung eines derartigen Schutzes unter Wahrung der Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bestehen, lehnt Oualid Verbote und Unterdrückungen der Zusammenschlüsse ab. Nicht die Unterdrückung, sondern nur die Regelung und die Kontrolle der internationalen Zusammenschlüsse können als Eingriffe der öffentlichen Macht in Frage kommen. Zunächst käme es darauf an, die Merkmale festzulegen, auf Grund deren industrielle Zusammenschlüsse als internationale monopolistische Organisationen anzusprechen wären, die das Arbeitsgebiet des Völkerbundes berühren. Als solche internationale Zusammenschlüsse sind nach der Meinung von Oualid Zusammenschlüsse von Unternehmungen zu betrachten, die eine wesentliche Bedeutung auf dem Markte von mehreren der Hauptländer der Produktion und des Verbrauchs der betroffenen Waren haben.

Sodann ist die wichtigste Maßnahme die Verpflichtung zur Publizität der geschlossenen Vereinbarungen. Ein Zwang zur Anmeldung der internationalen Zusammenschlüsse zur Deklarierung ihres Zieles und ihrer Mittel, ihrer Mitglieder, ihrer Rechte und Pflichten und der getroffenen Maßnahmen muß bei einer bestimmten Stelle, die dem Völkerbund anzugliedern ist, gesichert werden. Endlich kommt es darauf an, Maßnahmen und Organe für die Kontrolle der monopolistischen Unternehmungsorganisationen zu schaffen. Hierbei wird es vor allen Dingen wichtig sein, daß in jedem Lande, in dem die internationalen Gruppen ihren Einfluß ausüben, eine Kontrolle nach übereinstimmenden Methoden stattfindet, um zu verhindern, daß eine Verschiedenartigkeit der Behandlung die Zusammenarbeit der Staaten auf diesem Gebiet durchkreuzt.

Eine Kontrollkonvention der Völkerbundsstaaten.

Zur Erreichung der gesteckten Ziele wird vorgeschlagen, daß der Entwurf einer Konvention den Mitgliederstaaten des Völkerbundes zu unterbreiten sein wird. An der Spitze dieses Entwurfs wird eine grundsätzliche Erklärung über den Geist zu stehen haben, in dem der Völkerbund es für notwendig gehalten hat, sich mit der Frage der internationalen industriellen Zusammenschlüsse zu befassen und sie international zu regeln. Sodann würden die folgenden Hauptpunkte den Inhalt der internationalen Konvention zu bilden haben:

Jeder internationale industrielle Zusammenschluß, der vom Völkerbund und von seinen Mitgliederstaaten anerkannt werden soll, hat die Meldepflicht gegenüber dem wirtschaftlichen Bureau des Völkerbundes oder einer besonderen dafür zu bestimmenden Stelle. Mit der Anmeldung sind die Auskünfte über die beteiligten Unternehmen und ihre Staatszugehörigkeit, über ihre Produkte, über die Bedingungen des Zusammenschlusses, seine Ziele, seine Mittel und seine Statuten zu verbinden. Zusammenschlüsse, die sich nicht der Anmeldepflicht unterziehen, deren Existenz aber doch in der einen oder anderen Weise dem Völkerbund bekannt wird, werden mit der Vermutung belastet, ein unerlaubtes Ziel zu verfolgen oder den Mißbrauch ihrer ökonomischen Macht anzustreben. Gegenüber derartigen Zusammenschlüssen kann der Völkerbund die Staaten, die es angeht, auffordern, alle Mittel zu gebrauchen, die ihnen die innere Gesetzgebung zur Verfügung stellt: Auflösung, gerichtliche Verfolgung, Geldstrafen usw.

Ferner sollen in allen Staaten Ueberwachungsorgane in der Art des amerikanischen Kontrollbureaus errichtet werden. Diese Kontrollämter sollen erstens die lokale Ueberwachung der ordnungsmäßig angemeldeten internationalen Zusammenschlüsse ausüben, sie sollen zweitens die Grundlagen der Klagen prüfen, die gegenüber irregulären, d. h. nicht angemeldeten, internationalen Zusammenschlüssen, die sich auf ihrem Gebiet betätigen, erhoben werden; sie sollen drittens die Ergebnisse ihrer Untersuchungen durch ihre Regierung der Zentralstelle des Völkerbundes übermitteln, damit diese einschreiten kann, unbeschadet der Maßnahmen, die in den einzelnen Ländern auf Grund ihrer Gesetzgebung getroffen werden. Um diesen Organen den Charakter der Vertretung der öffentlichen Interessen im weitesten Maße zu sichern, sollen sie aus drei Gruppen zusammengesetzt sein:

1. aus den Beamten als Spezialisten der Verwaltung und der Rechtspflege;
2. aus Vertretern der Unternehmer und Arbeiter in gleicher Zahl, eingeteilt nach den großen Zweigen der industriellen Produktion von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren, die den Gegenstand industrieller Zusammenschlüsse bilden;
3. aus Vertretern der letzten Verbraucher, d. h. praktisch aus Vertretern der Konsumgenossenschaften.

Auf dem Gebiete der internationalen Zusammenschlüsse werden diese Kontrollämter besonders die Aufgabe haben, festzustellen, ob die Zusammenschlüsse zu einer systematischen Verringerung der Produktion oder der Versorgung führen, ob sie ein Land im Verhältnis zu anderen benachteiligen oder auch, ob sie zu einer systematischen Ausbeutung der Arbeiter durch fortgesetzten Lohndruckführen oder zur Arbeitslosigkeit durch Personalentlassungen ohne Entschädigung.

Ein Zentralkontrollamt des Völkerbundes.

Die Kontrollämter der einzelnen Länder sollen direkt oder auf diplomatischem Wege in Verbindung stehen mit dem Zentralkontrollamt beim Völkerbund, das analog den Kontrollämtern der einzelnen Länder zusammengesetzt werden soll. Das Zentralkontrollamt könnte durch die Vertreter der Regierungen, der Arbeitgeber und Arbeiter beim Internationalen Arbeitsamt, ergänzt durch Vertreter der Konsumgenossenschaften, gebildet werden.

Das Zentralkontrollamt hätte erstens die internationale Registrierung zu überwachen, es hätte zweitens die Klagen zu prüfen, die ihm insbesondere von den Kontrollämtern der einzelnen Staaten über schädliche Wirkungen bestimmter Zusammenschlüsse überwiesen werden, und es hätte diese Klagen weiterzugeben an diejenigen Staaten, denen die Mitglieder der Zusammenschlüsse, gegen die sich Beschwerden richten, angehören, mit der Aufforderung, gegen die Mißstände einzuschreiten.

Wenn der Staat oder die Staaten, an die eine solche Aufforderung zum Einschreiten ergeht, sich weigern, sie auszuführen oder die Berechtigung der erhobenen Klagen bestreiten, und wenn derjenige Staat, von dem die Klage ausgeht, auf seiner Beschwerde beharrt, so kann ein Verfahren vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof nach den Regeln des Völkerbundsvertrages eingeleitet werden. In letzter Linie können nach der allgemeinen Uebung der Völkerbundsverträge repressive Maßnahmen gegen Staaten vorgesehen werden, die sich den Verpflichtungen der Konvention entziehen.

Wenn man diese Vorschläge in ihrer Gesamtheit überschaut, so sieht man, daß sie auf dem Wege über eine internationale Vereinbarung einen ganz ähnlichen Aufbau von Kontrollämtern innerhalb der einzelnen Länder mit dem Ueberbau eines Internationalen Kontrollamtes beim Völkerbund vorsehen, wie er in den gemeinsamen Forderungen der deutschen gewerkschaftlichen Spitzenverbände vom 10. Februar d. J. gefordert worden ist. Auch in bezug auf die Zusammensetzung der Kontrollämter aus Beamten, Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen und Vertretern der Konsumgenossenschaften besteht Uebereinstimmung zwischen den deutschen gewerkschaftlichen Forderungen und den Entwürfen des Pariser Professors Oualid. Wenn die Weltwirtschaftskonferenz sich diese Maßnahmen zur Abwehr des Mißbrauchs monopolistischer Unternehmerorganisationen zu eigen machen würde, so würde davon eine sehr begrüßenswerte Befruchtung der Kontrollgesetzgebung auch in den einzelnen Staaten, nicht zuletzt in Deutschland, ausgehen.

Der Wert der amtlichen Erntestatistik.

Bedenkliche Feststellungen.

Der Fabrikdirektor und Rittergutsbesitzer Gütte-Zeitz hat dem Reichsernährungsminister kürzlich eine Denkschrift über die Notwendigkeit des intensiven Zückerrübenbaues in Deutschland übermittelt. In dieser Denkschrift werden unter anderem die durchschnittlichen, sich aus dem Statistischen Jahrbuch für 1926 ergebenden Ernteziffern denen der beiden Kreise Zeitz und Weißenfels gegenübergestellt. Das dadurch entstandene Bild sieht so aus:

	Ernteertrag pro ha nach der Reichsstatistik	Ernteertrag pro ha in den Kreisen Zeitz und Weißenfels (Privatstatistik)	Ernteertrag in den Werten der Zuckerfabrik Zeitz
Kartoffeln ha	148,5 Doppelztr.	186 Doppelztr.	180 Doppelztr.
Weizen „	20,7 „	27,8 „	30,5 „
Roggen „	17,1 „	25,3 „	31,0 „
Gerste „	18,1 „	24,7 „	32,4 „
Hafer „	16,2 „	21,7 „	22,7 „

Dieses Zahlenbild läßt die Vorsicht, mit der wir von jeher der amtlichen Erntestatistik gegenüberstehen, vollauf berechtigt erscheinen. Hier wird wiederum und zwar diesmal von einem Landwirt der klare Nachweis erbracht, daß die Verhältnisse in der Praxis wesentlich günstiger aussehen, als sie von der amtlichen Erntestatistik sehr oft dargestellt werden. Wenn man die Angaben der Reichsstatistik denjenigen über die Werke der Zuckerfabrik Zeitz gegenüberstellt, ergibt sich eine Differenz von durchschnittlich 50 Prozent, gegenüber denjenigen über die Kreise Zeitz und Weißenfels eine Differenz von 33⅓ bis 50 Prozent.

Das Bild bekommt ein noch anderes Aussehen, wenn wir berechnen, wie sich die Gesamternte in den beiden Kreisen Zeitz und Weißenfels einmal nach der Reichsstatistik, dann nach der privaten Statistik ausnimmt. Die Gesamternte in den beiden genannten Kreisen beträgt:

	Nach der Reichsstatistik	Nach der Privatstatistik
Kartoffeln . .	1 036 580 Doppelztr.	1 256 400 Doppelztr.
Weizen . . .	238 112 „	319 788 „
Roggen . . .	148 958 „	220 888 „
Gerste . . .	103 079 „	140 686 „
Hafer . . .	182 879 „	204 782 „

Bei diesen Feststellungen ist es verlockend, einen weiteren Schritt zu tun und auszurechnen, welcher Ernte wert sich bei den genannten Produkten nach der Reichsstatistik und nach der privaten Statistik ergeben würde. Wir stützen uns dabei auf die für das Jahr 1925 errechneten Durchschnittspreise, die sich auf 1,89 M. bei Kartoffeln, auf 12,18 M. bei Weizen, auf 10 M. bei Roggen, auf 11,73 M. bei Gerste und 9,84 M. bei Hafer belaufen. Der Wert der Ernte beträgt:

	Nach der Reichsstatistik	Nach der Privatstatistik
Kartoffeln . . .	1 959 041 M.	2 372 596 M.
Weizen	2 900 204 „	3 894 408 „
Roggen	1 489 580 „	2 208 800 „
Gerste	1 209 116 „	1 650 012 „
Hafer	1 504 329 „	2 015 054 „
	9 062 270 M.	12 137 870 M.

Berechnet man also den Wert der Ernte in den Kreisen Zeitz und Weißenfels nach den Ernteziffern der Privatstatistik, ergibt sich gegenüber einer auf der Grundlage der Reichsstatistik durchgeführten Berechnung eine Differenz von über 3 Millionen Mark! Sollte es in den anderen Kreisen ähnlich aussehen — und wir zweifeln nicht daran, obwohl ein Rübenbaugebiet etwas andere Bedingungen hat —, so ist die Verwendung der amtlichen Erntestatistik zur Berechnung der Rentabilität landwirtschaftlicher Betriebe nicht nur gewagt, sondern außerordentlich bedenklich. Das Ergebnis einer solchen Berechnung verdient mit großem Mißtrauen betrachtet zu werden.

Angesichts dessen ergibt sich die unabweisbare Notwendigkeit, unter Hinzuziehung aller eine objektive Prüfung gewährleistenden Kreise, auch von Arbeitervertretern, dazu überzugehen, die Umstände, unter denen die Angaben der Reichsstatistik entstehen, einer genauen Nachprüfung zu unterziehen.

Die neue leichte

Mischung, *nur aus* Tabaken der *neuesten* Ernte, frisch manipuliert, gibt unserer

GOLD-SABA-4 ₰

köstliches Aroma, bekömmliche Qualität und glatten weißen Brand

Achten Sie auf unsere Garantiebande!

GARBÁTY

Amerika gegen die Kaliindustrie.

Der Inhalt der Anklage — Annullierung der Abkommen gefordert.

Der Inhalt der Anklage, die die amerikanische Regierung gegen die Vertreter der deutschen und der französischen Kaliindustrie in New York anhängig gemacht hat, liegt jetzt vor. Die amerikanische Kaleinfuhr von mehr als einer Million Tonnen komme mit mehr als 90 Proz. von den französischen Gesellschaften und vom deutschen Kalisyndikat. Da diese allein über große Kalilager verfügen, seien die Verbraucher der Vereinigten Staaten von den europäischen Erzeugergruppen fast völlig abhängig.

Das Abkommen vom August 1924 zwischen den deutsch-französischen Gruppen und die Vereinbarungen zwischen dem deutschen Kalisyndikat mit der Potash Importing Corporation in New York teilten einerseits das amerikanische Absatzgebiet auf und andererseits bestünden feste Vereinbarungen für Preise, Lieferfristen und Abnahmebedingungen. Alle diese Abmachungen stellen eine Einschränkung des Handels und Wettbewerbs dar und sollen eine Preissteigerung für das nach den Vereinigten Staaten importierte Kali bewirken. Damit liege ein Verstoß gegen das Gesetz vom 2. Juli 1890 zum Schutze von Handel und Gewerbe gegen ungesetzliche Beschränkungen und Monopole vor und gegen das Ergänzungsgesetz vom 12. Februar 1913, die „Wilson Tariff Act." Wesentlich für die Erhebung der Anklage sei die Vereinbarung der europäischen Gruppen, ab 1. Mai 1927 für 10 Jahre den Kaliabsatz in den Vereinigten Staaten zu 70 Proz. für Deutschland und zu 30 Proz. für Frankreich aufzuteilen. Diese Aufteilung sollte durch einseitige Festlegung der Preise und sonstigen Verkaufsbedingungen unter Hinzuziehung einer einzigen amerikanischen Verkaufsgesellschaft ergänzt werden, deren Vertreter ausschließlich als kaufmännische Agenten der europäischen Gruppen anzusprechen seien. Auch diese Abmachungen seien in der Absicht erfolgt, den Handel und den Wettbewerb zu beeinträchtigen und die Preise für Kali in den Vereinigten Staaten zu erhöhen. Die Staatsanwaltschaft verlangt deshalb, daß alle den amerikanischen Absatz betreffenden Bestimmungen der deutsch-französischen Abkommen und der Vertrag mit der amerikanischen Verkaufsgesellschaft annulliert werden.

Diese Klage der amerikanischen Regierung enthält keineswegs überraschende Dinge. Das einzig Ueberraschende ist die Klage selbst. Denn das berühmte Antikartellgesetz von 1890 ist nur außerordentlich selten angewendet worden und hat darüber hinaus die Monopolisierung des amerikanischen Marktes durch große amerikanische Trustunternehmungen nicht verhindern können. Das Auftreten der amerikanischen Regierung würde deshalb komisch wirken, wenn man nicht mit Recht politische Absichten hinter dieser Klage vermuten dürfte. An der Preispolitik, die die deutschfranzösischen Erzeuger in ihrem amerikanischen Verkaufsgeschäft befolgen werden, dürfte die amerikanische Regierung wohl kaum etwas ändern können. Denn wenn Amerika zugibt — was auch zu bestreiten müßig wäre —, daß es die europäischen Kaliimporte für seine Landwirtschaft braucht, dann ist das natürliche Mondpol Europas auch dann wirksam, wenn die Schaffung einer Verkaufsorganisation in den Vereinigten Staaten verhindert wird.

Es wird deshalb der Schluß gerechtfertigt sein, daß die amerikanische Regierungsklage weitgehend als ein Wahlmanöver anzusehen ist, um die durch das Veto des Präsidenten Coolidge gegen das Schutzgesetz für Agrarprodukte verstimmten Farmer für sich zu gewinnen. Jedenfalls dürfte die jetzt von den Vereinigten Staaten gewählte Methode zur Kartellbekämpfung nicht geeignet sein, die angestrebte Niedrighaltung der Kalipreise herbeizuführen. Internationalen Kartellen wird sie allerdings eine Mahnung zur Vorsicht sein.

Gleicher Gewinn bei kleinerem Absatz. Wir haben früher schon mitgeteilt, daß die vom AEG.-Konzern beherrschte Nationale Automobil-Gesellschaft in Berlin für 1926 auf das frühere Kapital von 10 Millionen Mark (jetzt auf 12 Millionen erhöht) wieder wie im Vorjahre 6 Proz. Dividende verteilen wird. In ihrem Geschäftsbericht ist die Feststellung interessant, daß, obwohl die Gesellschaft die gleichen Gewinne aufweist, der Absatz im vergangenen Jahre kleiner war. In der Gewinn- und Verlustrechnung zeigt sich ein Rückgang des Bruttoertrages von 4,53 auf 3,86 Millionen Mark. Auf der anderen Seite sind die Unkosten von 2,92 auf 2,37 Millionen und die Abschreibungen von 0,79 auf 0,67 Millionen ermäßigt. Danach wird ein Reingewinn von 0,83 gegen 0,86 Millionen ausgewiesen, so daß der Reingewinn nur geringfügig verringert ist. Die etwas ermäßigten Abschreibungen tun der NAG., die ihre Anlagewerte sehr niedrig zu Buch stehen hat, nicht weh. Auch jetzt weist die Bilanz die Anlagen insgesamt mit 7,67 gegen 7,87 Millionen noch um 200 000 Mark gegen das Vorjahr niedriger aus. Da kaum anzunehmen ist, daß bei verringertem Absatz die Vorräte und fertigen Waren zurückgegangen sind, dürfte in der um 0,72 Millionen Mark verringerten Bewertung der Vorräte (8,51 Millionen) auch noch eine Sonderabschreibung stecken. Aus der Ende vorigen Jahres von den Siemens-Schuckertwerken übernommenen Fabrikation der Protoswerke verspricht sich der Geschäftsbericht besonders deshalb größere Wirkung, weil zugleich eine gut ausgebaute Verkaufsorganisation übernommen wurde.

Die Einkaufsverbände und Konzerne im Textileinzelhandel. In den letzten Jahren haben die Einkaufsorganisationen für die Groß- und Kleinverkäufer, besonders von Textilien, bekanntlich eine riesenhafte Ausdehnung genommen. Für die Strukturveränderungen im Handelsgewerbe, in dem der massenhafte und billige Einkauf für die Konkurrenzfähigkeit immer wichtiger geworden ist, sind diese teils auf genossenschaftlicher, teils auf Konzerngrundlage geschaffenen Organisationen von entscheidender Bedeutung. Es ist deshalb sehr erfreulich, daß die Schriftleitung der „Textilwoche" eine Uebersicht veröffentlicht hat, in der die wichtigsten Zusammenschlüsse im Textilhandel zum gemeinsamen Einkauf dargestellt werden. Namen, Sitz, Gründungsjahr, Organisationsaufbau, der erfaßte Warenkreis, das Kapital, der Vorstand und teilweise auch die Mitglieder werden für sämtliche Organisationen bekanntgegeben. Die Liste soll durch Nachträge dauernd auf dem laufenden gehalten werden. Das Verzeichnis ist in der Verlagsgesellschaft „Textilwoche" A.-G. erschienen und wird zum Preise von 1,90 M. abgegeben.

Krise in der französischen Fahrradindustrie. Die gegenwärtige Wirtschaftskrisis in Frankreich wirkt sich besonders im Fahrradgeschäft aus, wo etwa 50 Proz. der Fabriken zu umfangreichen Feierschichten gezwungen sind. Eine größere Zahl von Fahrradfabriken hat sogar völlig ihre Produktion eingestellt. Andere wiederum arbeiten höchstens 40, 38 und selbst 30 Stunden in der Woche. Die Lagervorräte haben sich beträchtlich vermehrt und auch die Exportmöglichkeiten sind zurzeit stark eingeschränkt.

Neuerungen der Invalidenversicherung

Von August Karsten.

Der Reichstag hat nach fast endlosen Beratungen die Aenderungen in der Invalidenversicherung beschlossen. Das Ergebnis der langwierigen Beratungen kann allerdings nicht befriedigen. Das Los der Invalidenrentner ist zwar etwas leichter geworden; die Leistungen stehen aber noch immer in keinem Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten. Die Mehraufwendungen von etwa 200 Millionen Mark im Jahr sind sicher eine stattliche Summe, verteilt auf die 3,4 Millionen Rentenempfänger kommt aber nur ein ganz bescheidener Einzelbetrag heraus.

Eine Uebersicht über die erfolgten Aenderungen zeigt am besten, wie ungenügend die Leistungen nach wie vor sind. Die Steigerungssätze für ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarken bis zum 30. September 1921 sind verdoppelt worden. Bisher gab es für Beitragsmarken in der Lohnklasse I nichts, in der Lohnklasse II 2 Pf., in der Lohnklasse III 4 Pf., in der Lohnklasse IV 7 Pf. und in der Lohnklasse V 10 Pf. Jetzt wird auch für die Beiträge der Lohnklasse I ein Steigerungssatz von 2 Pf. gezahlt; die übrigen Steigerungssätze betragen 4, 8, 14 und 20 Pf. Für die jetzt laufenden Renten wird die Summe des Steigerungssatzes verdoppelt. Das bedeutet im Durchschnitt

eine Rentenerhöhung von etwa 5 M. monatlich.

Im günstigsten Falle kann eine Rentensteigerung von 12 bis 13 Mark herauskommen.

Die Forderung der Sozialdemokratie, den Reichszuschuß und den Grundbetrag zu erhöhen, wurde abgelehnt. Der Grundbetrag ist jetzt 14 M. und der Reichszuschuß 6 M. monatlich, so daß die Mindestrente 20 M. beträgt. Die Sozialdemokratie hatte weiter gefordert, daß die Hinterbliebenen von Versicherten, die bereits vor dem 1. Januar 1912 verstorben oder invalide geworden waren, Anspruch auf Hinterbliebenenrente haben sollen. Am 1. Januar 1912 ist die Hinterbliebenenfürsorge in der Invalidenversicherung eingeführt worden; die Hinterbliebenen derjenigen, die keine der damals erhöhten Beiträge mehr entrichtet haben, hatten jedoch keinen Anspruch auf Rente, was vom sozialen Standpunkt aus eine große Härte war. Es wäre recht und billig gewesen, wenn jetzt dem sozialdemokratischen Antrag stattgegeben und das Los der älteren Witwen erleichtert worden wäre. Die Regierungsparteien haben den Antrag aber abgelehnt und sind der sozialdemokratischen Forderung nur soweit entgegengekommen, daß die Hinterbliebenen der Rentenempfänger

aus der Zeit vor 1912 Rentenanspruch

erhalten, wenn der Rentenbezug des Versicherten wenigstens bis zum 1. Januar 1924 währte. Die Hinterbliebenen aller Invaliden, die vor dem 1. Januar 1924 gestorben sind, erhalten also keine Hinterbliebenenrente.

Abgelehnt wurden ferner der sozialdemokratische Antrag, Witwenrente allen Witwen, also auch den nicht invaliden Witwen, zu gewähren, und der Zusatzantrag, den nicht invaliden Witwen wenigstens die halbe Witwenrente zu geben. Dagegen wurde die Bestimmung aufgenommen, daß 65jährige Witwen auf Antrag ohne weiteres Witwenrente erhalten, was bisher nur der Fall war, wenn sie selbst invalide waren. Die Sozialdemokratie wollte ferner die Wiedereinführung von Steigerungssätzen für Zeiten nachgewiesener Krankheit oder militärischer Dienstleistungen. Die Regierungsmehrheit war dagegen. Der Kriegsteilnehmer erhält also für die Zeit, die er im Kriege war, keine Rentensteigerung; Versicherte, die zu Hause bleiben konnten und Beiträge zur Invalidenversicherung zahlten, erhalten für diese Beiträge auch erhöhte Renten.

Während die neuen Rentenberechnungen mit dem 1. April in Kraft traten, tritt für diejenigen, die schon jetzt Rente beziehen, die Rentenerhöhung erst mit Wirkung vom 1. Juli ein. Den Antrag der Sozialdemokraten, die Rentenerhöhungen für alle am 1. April in Kraft treten zu lassen, lehnten die Blockparteien ab.

Die entstehenden Mehrkosten der Neuregelung von fast 200 Millionen Mark werden in der Weise aufgebracht, daß das Reich rund 125 Millionen trägt und durch Beitragserhöhung 75 Millionen jährlich mehr aufgebracht werden sollen. Die Sozialdemokraten wollten die Kosten für die von ihnen verlangten höheren Rentenleistungen, vor allem für die Erhöhung des Grundbetrages, durch Erhöhung der Beiträge aufgebracht wissen. Die sozialdemokratischen Anträge auf Schaffung von 11 Lohnklassen mit einer wöchentlichen Beitragsleistung von 30 Pf. bis 3,30 M. (bei über 60 M. Wochenlohn) wurden aber abgelehnt. Selbst die Kommunisten stimmten gegen die Beitragserhöhung. Sie wollten die Arbeiter nicht belasten, haben aber dabei mit den bürgerlichen Parteien dafür gestimmt, daß auch die Arbeitgeber von einer stärkeren Beitragserhöhung verschont geblieben sind. Es ist ein ganz falscher Standpunkt, gegen Beitragserhöhungen in der Invalidenversicherung aufzutreten, da ja die gesamten Beitragseinnahmen den Versicherten zugute kommen, die Arbeitgeber aber die Hälfte zu zahlen haben.

Der Rechtsblock hat folgende Regelung der

Lohnklassen und Beiträge

durchgesetzt:

Lohnklasse I	(bis wöchentlich	6 M.)	30 Pf.	Beitrag	
„ II	„ „	12 „	60 „	„	
„ III	„ „	18 „	90 „	„	
„ IV	„ „	24 „	120 „	„	
„ V	„ „	30 „	150 „	„	
„ VI	„ „	36 „	180 „	„	
„ VII*)	(über	36 „	200 „	„	

Anträge auf Gewährung der Invalidenrente bei Vollendung des 60. statt des 65. Lebensjahres wurden auch von den Sozialdemokraten abgelehnt. Die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 60. Lebensjahr würde sofort etwa eine Million neuer Rentenempfänger bringen und eine sofortige Mehrausgabe von jährlich 270 Millionen Mark bedingen. Es kann aber nicht der Zweck der Invalidenversicherung sein, älteren Arbeitslosen eine Rente zu geben. Zur Unterstützung der Arbeitslosen ist die kommende Arbeitslosenversicherung da. Den älteren Arbeitslosen wäre außerdem mit einer Herabsetzung der Altersgrenze ein schlechter Dienst geleistet. Sie würden vom Bezuge der höheren Arbeitslosenversicherung und der anschließenden Krisenfürsorge ausgeschaltet werden. Bei den zur Verfügung stehenden knappen Mitteln müssen zunächst einmal die wirklich Erwerbsunfähigen eine ausreichende Rente erhalten. Erst wenn

eine angemessene Rentenhöhe

erkämpft ist, kann die Altersgrenze herabgesetzt werden. Eine Altersrente, die zum Leben nicht ausreicht, hat keinen Wert. Der Arbeitsmarkt würde nicht entlastet werden, da durch eine Rente von 30 M. im Monat kein Erwerbsfähiger vom Arbeitsmarkt ausgeschaltet wird.

Hätte sich die Sozialdemokratie der Arbeitsinvaliden nicht mit allem Nachdruck angenommen, so wären selbst die jetzt beschlossenen Rentenerhöhungen, so mangelhaft sie auch sind, nicht gekommen. Das Erreichte ist allerdings nur ein kleiner Schritt auf dem Wege zum Endziel, die Invalidenversicherung in den Stand zu setzen, Renten, die zum Lebensunterhalt ausreichen, zu zahlen. Auf dem Wege zu diesem Ziel wird die Sozialdemokratie nach wie vor der Anwalt der Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen sein.

*) Die neue höchste Lohnklasse tritt erst am 1. Januar 1928 in Kraft.

„Du sollst nicht falsch' Zeugnis reden."

Ob christlich oder nicht, dieses Gebot gilt für jeden anständigen, geistig normalen Menschen, es ist Gemeingut aller Kulturmenschen. Seine strenge Beachtung müßte aber in erster Linie von all denen erwartet werden, die ihr christliches Bekenntnis als Aushängeschild gebrauchen. Wenn man sich auch in unseren Gewerkschaftskreisen nach allen Erfahrungen längst nicht mehr der Erwartung hingibt, daß in den christlichen Gewerkschaften dieses Gebot auf alle Fälle besonders sorgfältig beachtet würde, so bedeutet dies noch longe kein Verzicht darauf, uns gegen Uebertretungen dieses Gebots zu wenden, die die freien Gewerkschaften in den Augen der christlichen Gewerkschaften herabsetzen sollen.

In einem „Die Gewerkschaften und der Kommunismus" überschriebenen Artikel des „Deutschen" finden wir folgende Sätze:

„Nicht nur die christlichen, sondern auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften bemühten sich, die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus nüchtern und sachlich zu beurteilen. Nun scheint hier eine Wendung einzutreten. Die christlichen Gewerkschaften gehen zwar ihren Weg weiter, **aber die „freien" Gewerkschaften nähern sich wieder der alten unheilvollen Phraseologie.** Seit sich die Kommunisten nicht nur in weltfremden theoretischen Phrasen erschöpfen, sondern auch an den kleinsten Tagesstreit der Arbeitnehmer Feuer legen, werden die „freien" Gewerkschaften nervös."

Die Stelle, auf die es hier ankommt, haben wir fett gedruckt. Irgendeinen Beweis für diese Behauptung zu erbringen, hielt der Artikelschreiber im „Deutschen" für überflüssig. Wie steht es mit der eingetretenen Wendung in Wirklichkeit? Abgesehen von den deutschnationalen Bindungen, die die Christlichen eingegangen sind, sind deren Führer in die arbeiterfeindliche Bürgerblockregierung eingetreten. Die Folgen zeigten sich beim Arbeitszeitnotgesetz. Hier trennten sich die Führer der christlichen von den übrigen Gewerkschaften, aus politischer Rücksichtnahme auf den Bürgerblock. Und weil nun die Vertreter der freien Gewerkschaften zu der gebundenen und für die Arbeitnehmerschaft keineswegs vorteilhaften Haltung der christlichen Gewerkschaftsführer bei der Schaffung des verunglückten Arbeitszeitnotgesetzes ausgesprochen haben, was dazu zu sagen war, kommt der „Deutsche" zu der Unterstellung, die freien Gewerkschaften näherten sich „wieder der alten unheilvollen Phraseologie".

Wir begreifen schon, daß „für die christlichen Gewerkschaften die Situation (in die sie gebracht wurden, nicht nur) rein agitatorisch gesehen, nicht günstig ist". Die Verlegenheit, in der sich die christlichen Gewerkschaftspolitiker befinden, mag noch so groß sein, sie entschuldigt deshalb noch lange nicht derartige Behauptungen. Wenn dann der „Deutsche" aus den letzten Vorgängen den Schluß zieht: „Und es erweist sich erneut, wie unheilvoll die enge Verbindung eines großen Teils der gewerkschaftlichen Bewegung mit dem politischen Parteileben ist", dann dürfte diese Folgerung auf die christlich-deutschnationalen Verbindungen durchaus zutreffen.

Der freigewerkschaftlichen Bewegung könnte es nur willkommen sein, wenn es richtig wäre, daß die christlichen Gewerkschafter gewöhnt seien, schärfer nachzudenken. Allein, der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Herr Otto, wird es dann schwerlich fertig bringen, unsere Kritik an dem Arbeitszeitnotgesetz als „Phrasen freigewerkschaftlicher Lautsprecher" abzutun.

Das Verbindlichkeitsspiel mit den Zigarrenmachern.

Es ist zwar beendet, dieses Spiel, allein es muß doch festgestellt werden, daß es den im Zentralverband christlicher Tabakarbeiter organisierten Zigarrenarbeitern ebensowenig gefallen hat wie etwa den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern.

In der von einer Bezirkskonferenz der christlichen Tabakarbeiter am Ostermontag in Krefeld gefaßten Entschließung wird bedauert, „daß das Reichsarbeitsministerium den am 25. März 1927 gefällten Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt hat. Die Konferenz stellt fest, daß die im zweiten Schiedsspruch vorgesehene Lohnerhöhung den berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht entspricht, und sie bedauert es lebhaft, daß das Reichsarbeitsministerium diesen Schiedsspruch für verbindlich erklärt hat".

Die Fabrikanten beantworteten bekanntlich den ersten Schiedsspruch mit der Aussperrungsandrohung. Wüßten sie, daß die Tabakarbeiter stark genug organisiert sind, um eine derart unmotivierte Brüskierung sofort mit dem Streik zu beantworten, dann hätten die Herren ihre Drohung mit Aussperung nicht gewagt.

Chlorodont

Zahnbürsten

Zahnpaste

Chlorodont-Zahnbürsten 70 Pfg. und Mk. 1.25. Chlorodont-Zahnpaste 60 Pfg. und Mk. 1.00.

Die Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt paßt sich der natürlichen Rundung des Gebisses gut an, dringt in die engen Zahnzwischenräume und entfernt leicht alle Speisereste, den häßlichen Zahnbelag und beginnenden Zahnsteinansatz. Auch die hinteren Backen- und Weisheitszähne werden durch das halbrunde Borstenbüschel erfaßt und geputzt. Lockere Zähne werden durch gleichzeitige Massage des Zahnfleisches befestigt. — Die Chlorodont-Zahnpaste schont den kostbaren Zahnschmelz, verleiht den Zähnen elfenbeinartigen Hochglanz, bewirkt durch Sauerstoffsalze eine natürliche Mundreinigung und beseitigt üblen Mundgeruch bei herrlich erfrischendem Pfefferminzgeschmack.

Die Mutter.

Von Joseph Paßtor.

(Schluß.)

Damit stürmte sie fort. Als sie die Tür hinter sich geschlossen hatte, blieb sie für einen Augenblick stehen. Sie seufzte tief. Dann ging sie die Treppe hinunter und trat hinaus auf die Straße. Der Wind hatte die Wolken schon vertrieben. Die Straße badete sich in einer weichen, bläulichen Helle. Der Asphalt glänzte vor Nässe, grüne, rote Glanzstreifen schlängelten sich zitternd dahin, Goldflecken wiegten sich in den auf der Straße hier und dort befindlichen Pfützen. Aus dem Theater strömten soeben die Menschen, fröhliche, selbstbewußte Frauen, in feine Pelze gehüllt. Jede fliegt glücklich, ruhig in ihr Nest.

Es schwindelte ihr ein wenig. Sie blieb stehen und betrachtete einige Augenblicke das sich vor ihr ausbreitende Nachtleben.

Doch plötzlich raffte sie sich auf. Sie erinnerte sich ihres Gatten. Ja. Er wird ihr helfen. Er wird ihr sicher helfen, er liebt sie doch. Sie bereute es schon, daß sie es ihm nicht gesagt hatte, ehe sie diesen Schritt tat, sie hatte aber nicht einmal Zeit dazu. Als sie erfuhr, daß man ihr Kind aus der Residenz fortgebracht hatte, wurde sie so aufgeregt, daß sie nicht einen Augenblick warten konnte. Ihr Mann wird ihr verzeihen, was sie getan hat, er wird sie sogar aufrichten und ihr helfen, damit sie für ihr Kind kämpfe. So glaubte sie. Als sie aber daheim ins Zimmer trat, empfing sie der Mann mit ärgerlichem Gesicht. Die Frau schaute ihn erstaunt an.

„Wo warst du so lange?" fragte er die Frau mit einer Stimme, wie jemand, der lange ungeduldig gewartet hat. Die Frau erzählte rasch, wo sie gewesen war und umarmte plötzlich den Hals des Mannes, sie küßte sein Gesicht und sagte ihm voll Innigkeit:

„Hilf mir meinen Sohn zurückgewinnen!"

Der Mann machte sich aus den Armen der Frau los:

„Was willst du eigentlich?"

„Ich will mein Kind haben," erwiderte die Frau heftig. „Dieser Elende hat es fortbringen lassen, damit ich es nie zu sehen bekomme. Er hat es unter fremde Menschen gestoßen, nur darum, um mir Schmerzen zu bereiten!"

Ihre Augen füllten sich mit Tränen. Dann warf sie einen warmen, erwartungsvollen Blick auf ihren Mann und sprach voll Zutrauen:

„Aber du, du erretteſt ihn mir. Nicht war, du wirst alles aufbieten, damit man ihn mir wieder zurückbringe, damit ich ihn wenigstens manchmal sehe, du liebst mich doch? Wenn es sein muß, werden wir es durch das Gesetz fordern, daß ich meinen Sohn zu sehen bekomme. Das Gesetz gibt uns ein Recht dazu!"

Und sie schaute voll Vertrauen, erwartungsvoll in das Gesicht des Mannes. Der Mann bewegte sich ungeduldig und sagte barsch:

„Ich menge mich in nichts ein."

Die Frau blickte ihn erschrocken an.

„Und ich bestehe ganz entschieden darauf," setzte er fort, während er die Frau streng ansah, „daß du mir keine ähnlichen Skandale wie heute heraufbeschwörst. Es hat gar keinen Sinn. Er kann mit seinem Sohn machen, was er will."

Die Frau schrie auf. Sie blickte starr in die Augen des Mannes. Dieser fragte ruhig, bedeutungsvoll:

„Hast du damit nicht gerechnet, als du mit mir ein neues Leben begannst?"

Darauf konnte sie nichts erwidern. Ihr Herz pochte zu stürmisch.

Sie war tief erschüttert. Auch ihr Mann sagte ihr bloß dasselbe, was der andere gesagt hat. Jeder ist gegen sie! Sie ging wortlos, mit starrem Gesicht in ihr Zimmer. Erst dort begannen ihre Tränen zu fließen.

Der Mann folgte ihr langsam, und als er die weinende Frau erblickte, wollte er sich ihr nähern:

„Geh', geh'!" rief die Frau. „Ich glaubte, daß du mir das verziehen hast, daß du anders bist!"

Und sie sank heftig schluchzend, voll Schande und Enttäuschung in den Sessel.

Plötzlich ward sie sich der Wirklichkeit bewußt.

Der Mann ging aus dem Zimmer, sie blieb allein. Sie sprang auf und blickte um sich. In dem in rosiges Licht getauchten Zimmer erinnerte sie alles an Liebe. Duftende, mit Spitzen besetzte Kleinigkeiten, eine feine, auf Sinnlichkeit deutende Einrichtung, das ganze Zimmer lachte, lockte kokett. Sie erblickte an der Wand das Bild ihres Sohnes. Sie trat vor die Photographie hin und schaute lange, hingebungsvoll, alles andere um sich herum vergessend, reuevoll auf das lächelnde Kindergesicht mit dem offenen Blick. Ihr schien, als würden sich die Lippen des kleinen Knaben öffnen. Als würde dessen goldiges, seidenes Haar flattern und seine dicken Füßchen sich bewegen. Sie dachte daran, daß ihr kleines Söhnchen bei Nacht gewöhnlich die Decke von sich fortstößt. Wer bemerkt es? Wer deckt ihn wieder zu? Daß ihr das bis jetzt nicht eingefallen ist! Und sein kleiner, geschwätziger Mund! Was lernt er unter den gleichgültigen, fremden, bösen Menschen?

Sie gab das Bild plötzlich in ihre kleine Handtasche, trat zu dem Kasten und riß die Kleider heraus. Dann kleidete sie sich hastig an, ordnete rasch ihr Haar. Sie steckte ihre Geldbörse zu sich. Dann drehte sie das Licht ab und huschte vorsichtig durch die Küche aus der Wohnung. Sie nahm ein Auto und fuhr geradewegs zum Bahnhof. Erst im Eisenbahnabteil atmete sie auf und begann dort ihre Gedanken zu ordnen. Was hat sie nur getan? Die Einzelheiten störten sie aber weiter nicht. Ihr Gatte, ihr Heim, die neben ihr Platz nehmenden Reisenden; gar nichts. „Iglo, Iglo." Dieses Wort wiederholte sie in einem fort. Sie wußte gar nicht, wo sie ihren Sohn suchen soll. Sie muß ihn aber finden, sie wird nicht eher ruhen.

Ihr Herz war zum überströmen voll. Sie blickte durchs Fenster. Von dem verschleierten Himmel lächelten die Sterne herab. Der entzweigerissene Rauch flog an dem Fenster des Abteils wie viele — viele schneeweiße Engelsflügel vorbei. Und als würde auch ihre Seele in diesem auf- und abwogenden unendlichen Schleier auftauchen. Sie fühlte eine sonderbare Erleichterung, eine große Glückseligkeit.

Plötzlich suchte sie das Bild ihres Sohnes aus der Tasche hervor, und wie der Zug mit lärmendem Gepolter dahinstürmend in die Nacht versank, vertiefte sie sich, alles vergessend, in den strahlenden Blick des kleinen Menschenantlitzes.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Ungarischen von M. Mezei.)

100 000 Kilometer im Privatflugzeug. Schon seit mehreren Jahren verwenden große Zeitungsverleger eigene Flugzeuge zur Beförderung ihrer Blätter. Ein Berliner Flugzeug vollendete kürzlich nach elfmonatigem täglichen Flugdienst seinen hunderttausendsten Kilometer. Während dieser Zeit wurden 1 308 000 Stück Zeitungen befördert.

Die neue Situation in China.

„Famos gearbeitet, Mister Borodin!"

Alain Gerbaults Ozeanübersegelung.

Eine ganze Reihe neuer Höhen- und Weitenrekorde der Flieger, darunter die Versuche neuerer Datums, ohne Landung die Strecke Europa—Amerika zu überwinden, sollten eine sportliche Leistung nicht zurücktreten lassen, die vermutlich wegen der ganz eigentümlichen Anforderungen an Ausdauer, an Nervenkraft und Herzhaftigkeit auf lange Zeiten ohne Rivalen bleiben wird, eben jene Segelfahrt im Kutter von 10 Meter Länge, die jener moderne Normanne innerhalb drei Monaten von Gibraltar nach New York zurücklegte. Grasset veröffentlichte inzwischen den Reisebericht dieser Odyssee (Seul à travers l'Atlantique), der erst ermöglicht, die vollkommene Schönheit dieser Leistung mitzugenießen. Es ergibt sich daraus, daß der „Held" seine Fahrt nicht improvisierte, sondern sich in langen Jahren auf diese Leistung vorbereitete. An der See aufgewachsen, mit Seeleuten und Seegefahren früh vertraut, lernte er schon auf seines Vaters Jacht die Anfangsgründe der Segelei, die er auf aller Art Fahrzeugen der Fischer weiter erprobte. Natürlich verschlingt er dazu die ganze Seefahrer- und Abenteurerliteratur, von der er übrigens ganze 200 Bände die Segelfahrt nach New York mitmachen läßt. Sehr dem natürlichen und einfachen Seemannsleben zugetan, geht er widerwillig auf hohe Schule, um sich den Ingenieurwissenschaften zuzuwenden. Endlich gibt ihm seine Tätigkeit als Flieger im Kriege nicht nur ausreichende Gelegenheit, sich mit der Orientierung im Raum vertraut zu machen, sondern im Auf und Ab und dem häufigen „Weglacken" seinen Körper, wenn es überhaupt bei dieser Teerjacke noch möglich war, an jene nächtliche Schaukel zu gewöhnen, die sein treibendes Boot im Sturm darstellte. Eben in den Lüften als Flieger beschließt er mit einigen Kameraden jene Uebersegelung; deren Tod im Kriege erst veranlaßte ihn, sein Vorhaben nunmehr allein auszuführen. Mit welcher Sorgfalt er vorging, erkennen wir daraus, daß er ein ganzes Jahr alle Häfen absuchte, um ein geeignetes Segelboot zu finden, das nicht nur von einer Hand zu bedienen war, sondern bei jedem denkbaren Wasser- oder Winddruck stabil blieb. Er fand endlich zufällig den „Firecrest", einen Kutter englischer Bauart, der trotz seiner 32 Jahre sein Vertrauen auf Stabilität und Solidität des Baues vollkommen rechtfertigte. Vergessen wir nicht zu erwähnen, daß Gerbault zu den Erben einer überreifen Kultur zählte, die, gelangweilt und angeekelt von dem müßigen Genießen eines Wohllebens, ihre Wurzeln wieder dem einfachen und tatkräftigen Leben zuwenden wollten.

An Vorräten nahm Gerbault für die Fahrt, deren ungefähre 3500 Seemeilen er in fast genau drei Monaten zurücklegte, etwa 300 Liter Süßwasser mit, die ihm dadurch zum größten Teil ungenießbar wurden, daß das Tannin der verwendeten Eichenholzfässer das Wasser mit seiner Säure durchfärbte. Er hatte gerade in der Zeit der größten Hitze dadurch nur ein Glas täglich, mußte mit Meerwasser kochen, und erst nach langen Leiden, wie es in einer Odyssee zu verlangen ist, fallen die ersehnten Regen, die seine Fässer neu füllen. Pökelfleisch, Schiffszwieback, 24 Töpfe Marmelade, 30 Kilo Kartoffeln — das war alles. Das Meer lieferte ihm dazu einige Dutzend fliegende Fische und einige meterlange Delphine (Brassen), die seiner Harpune trotz aller Versuche erst dann zum Opfer fallen, als er seine eigenen Beine als Köder ihnen hinhält.

Eine der größten Anstrengungen blieb es, die Segel ständig selbst kürzen oder verlängern zu müssen oder beschädigte auszuwechseln und dazu das Steuer selbst zu halten. Dazu kamen in sehr kurzer Zeit die Zersetzungen seiner Segel in dem Winddruck, die eigentlich nunmehr drei Viertel seiner Zeit allein durch die nötige Näherei in Anspruch nehmen und zuletzt, da die Finger weich werden, nur mit Mühe ausgeführt werden können. Alles, was er an Decken besitzt, wandert zuletzt in die Takelage, sein Fadenvorrat reicht aber bis nahe dem Ziel, wo ihm ein Fischer für die letzten Reparaturen mit Material aushelfen kann. Aber bald lernt er, das Ruder durch die Focksegel regeln zu lassen und hat mindestens die Hände frei für andere Arbeit. Nach 12 bis 14 Stunden harter Deckarbeit, das Großsegel eingezogen und nur unter den Focksegeln treibend, kriecht er in seine Koje, in der nur eine ungeheuerliche Uebermüdung ihn in den Stand setzt, unter den groben Kurven und Schleuderungen der nächtlichen Wellenspiele einige Stunden zu schlafen, ohne Schädel und Rippen zu oft gegen Wände und Decke geschleudert zu spüren ... Auf der ganzen Ueberfahrt traf er nur einmal auf der halben Weglänge einen schwer treibenden Dampfer, für andere Segler müßte es ein eigener Spuk geworden sein, allein auf dem kleinen Kutter den nackten, braungebrannten Mann mit glühenden Augen im überfluteten Verdeck springen zu sehen, der dabei in den Sturm Verse seiner Lieblingsdichter Poe, Kipling, Shelley, Verhaeren oder Masefield deklamiert . . .

Die Verläßlichkeit des aus Eiche und Teakholz gebauten Seglers, dessen Deck auch dem schwersten Wellendruck nie nachgab, die durch Ballast und einem drei Tonnen schweren Bleikiel erreichte Stabilität haben sicher allein die Durchführung der Fahrt ermöglicht, denn keines der Unwetter vermochte diese beiden Fundamente in Frage zu stellen, und er konnte mit Seelenruhe nächtlich den „Firecrest" sich selbst überlassen, er lief mit den belassenen Segeln allein weiter, wie ein Bolle-Pferd mit seinem Milchgeschäft . . .

Gerbault registriert nur einmal einen kleinen Zusammenbruch, unter Umständen, die allerdings nicht viele von uns überständen. Bei großer Hitze auf täglich ein Glas Wasser beschränkt, auf kalte und unregelmäßige Ernährung gesetzt, infolge Pumpendefekts halb unter Wasser, fällt er in Fieber, das ihn einige Tage schrecklich hemmt, zumal er seine ewig aufgerissenen Segel immer neu zu nähen hat. Nur einige Stunden steigt die Lust auf, die nahen Bermudasinseln anzulaufen, womit der Sinn der Fahrt vernichtet wäre. Aber es gelingt ihm, seine Kochmaschine zu retten und die Pumpe in Gang zu bringen und das Fieber, an dem auch der Fischgenuß beteiligt war, und damit die einzige kleine Anwandlung von Erschöpfung zu überwinden.

Endlich merkt er an Schmetterlingen und Möwen die Annäherung des Landes; er nähert sich der großen Linie der „schwimmenden Eisenbahnzüge". Die 2000 Deckpassagiere eines griechischen Auswandererdampfers sind die ersten, die unseren Abenteurer auf seiner Schale mit großem Erstaunen zu Gesicht bekommen. Nächtlich streifen nun an seinem Segler viele der aus Hunderten von Augen glühenden Dampfer vorbei, die ihn mehr gefährden als die Passatstürme, und er muß ängstlich 72 Stunden ohne Ablösung am Steuer bleiben, bis er in den Strom einläuft und nach 101 Tagen vor dem Fort Totten die Anker fallen läßt . . .

Wie ein Rousseau singt Gerbault auf jeder Seite seines Buches die Heimkehr zur Freiheit der Natur, und schon die ersten Dampfersirenen bedrücken ihn, da er das Ende seines freien Lebens in der Meereseinsamkeit ahnt, betrübt schlüpft er nun in seine Stiefel und muß einer begeisterten Horde von Reportern, Sportsfreunden und Kinooperateuren Antwort geben.

Aber vom hohen Fenster seines Hotels späht er in den Hafen nach der Stelle, an der der schmale Kutter „Firecrest" liegt und verabredet heimlich einen baldigen neuen Ausbruch aus der Zivilisation in die Wasser des Stillen Ozeans . . . P. G., Paris.

Johannisbrot und Juwelengewicht. Das Wort Karat, das man bekanntlich für das Gewicht der Juwelen anwendet, stammt aus dem Worte Karateion, mit dem die alten Griechen die Frucht des Johannisbrotbaumes (Ceratonia siliqua) bezeichneten und woraus die Araber dann das Wort Kirät machten. Daß die Bezeichnung unseres Juwelengewichts nun tatsächlich vom Johannisbrot herstammt, erklärt sich damit, daß die reifen, fast immer gleichgroßen Samen der Frucht in alter Zeit als Gewichtseinheiten — also ebenso wie das heutige Karat noch — für Gold und Juwelen verwendet wurden. Während das Karat als Goldeinheitsgewicht nur mehr wenig im Gebrauch ist, werden die Edelsteine fast allgemein nach dem Karat bewertet.

Eine Million Liter Weine

gelangen ohne Preiserhöhung zum Verkauf.

Feinster Apfelwein aus 13 L Ltr.	0.75	Echter Tarragona aus . . . Ltr.	1.30
Echter Johannisbeerwein 14 L Ltr.	0.95	Echter Griechenwein aus . . Ltr.	1.40
Feinster Kirschwein . 14 L Ltr.	1.10	Echter Malaga aus . . . . . Ltr.	1.50
Echter Erdbeerwein . 14 L Ltr.	1.45	Echter Insel Samos aus . . Ltr.	1.90
Echter Apfelwein zur Bowle, Ltr.	0.50	Echter Sanato macht mich fröhl. L.	1.90
Original 1922 Weißweine . . Fl.	1.50	Original 1921 Weißweine . Fl.	1.90
Haut Sauterne 1921 Bordeaux Fl.	2.25	1924, 25, 26 Weißweine . Fl.	1.15
Feinste Rotweine . . . . . Fl.	0.95	Echte Bordeaux-Weine . . . Fl.	1.50

Hunderttausend Liter Spirituosen

Feinster Aquavit für Kenner	1/1 Fl. 2.10	Liter	2.65
Feinster Weinbrand Verschn. *** Stern,	1/1 Fl. 2.35	Liter	2.95
Echter deutscher Weinbrand *** Stern,	1/1 Fl. 3.10	Liter	3.95
Alle Edelliköre bis 38 %	1/1 Fl. 3.10	Liter	3.95

Kostproben gratis Ausschank direkt vom Faß.

Eduard Süsskind

Hauptgeschäft: Brunnenstraße 42-43

Steglitz, Schloßstr. 121 — Berlin, Petersburger Str. 60
Neukölln, Berliner Str. 13 — Berlin, Chausseestr. 78
Moabit, Wilsnacker Str. 25 — Berlin, Müllerstr. 174
Berlin, Grünauer Str. 15 — Berlin, Koppenstr. 87
Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 157

Lieferungen nach auswärts und Berlin frei Haus von Mark 10.— an.
Korbflaschen, Krukes und Flaschen werden geliehen.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 7 Uhr: Rosenkavalier
Schauspielhaus 8 U.: Ein besserer Herr
Schiller-Theater 8: Prinz Friedrich v. Homburg

Städtische Oper Charlottenburg 7½ Uhr: Don Juan
Zwölf deutsche Tänze. Die Geschöpfe des Prometheus. Abonn.-Turnus II.

Deutsches Theater Norden 10334—37 8 U. Ende 11 U. Zum 25. Male: Der Arzt am Scheideweg

Kammerspiele Norden 10334—37 8½ Ende nach 10 Lockvögel

Die Komödie Bismarck 2414, 7514 8 Uhr, Ende 10½ U. Mannequins. Nachtvorstellung Täglich 11 Uhr: Revue: Was Sie wollen. Preise 2, 3, 4 u. 5 M.

Thaut. a. Nollendorfpl. Kurfürst 2091 8 Uhr Ende gegen 11 Drei arme kleine Mädels. Operette von Walter Kolb

Thalia-Theater 8 Uhr: Der mutige Seefahrer

Volksbühne
Theater am Bülowplatz 8 Uhr: Nachtasyl. Morgen 8 Uhr: Traumspiel
Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr: Tragödie der Liebe.

Komische Oper Allabendlich 8½ Uhr: Sünden der Welt. Die wirbelnde James-Klein-Revue. 250 Mitwirkende. Theaterk. ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet.

Wallner-Theater 8½ Uhr: Auf der Sonnenseite. Lustspiel in 3 Akten von G. Bronnen und F. Rehfisch.

CASINO-THEATER 8 Uhr: Pimpelhuber der Millionen-Erbe. Gutscheine: Faut. 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Winter-Garten Variete 8 Uhr. Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater Allabdl. 8 U. Sonntags nachm. 3 U. Stettiner Sänger. Das wundervolle April-Programm! Nachmittags: Halbe Preise. Volles Programm. Dönhoff-Brett'l: Baumblüte, Varieté, Konzert u. Tanz.

Rennen zu Grunewald Donnerstag, d. 21. April nachmittags 3 Uhr

SCALA Nollendorf 7360 8 Uhr: Varieté-Neuheiten!

Lothringer-Diele Dtz. Künstler-Th. Täglich 8 Uhr: Skandal in Amerika. Forster, Binder, Roberts

Lessing-Theater 8 U.: Der Patriot. Wagner, Kortner

Lustspielhaus 8¼ Uhr: Hurra — ein Junge

Metropol-Theat. Täglich 8 Uhr: Zirkusprinzessin

Tattersall-Diele Th. Königgrätz. St. Hasenheide 2110 8 Uhr: Die Schule v. Uznach

Komödienhaus Norden 6304 8 Uhr: Das zweite Leben. Freitag z. 1. Male: Theo macht alles

Rose-Theater 8¼ Uhr: Die beiden Nachtigallen

Trianon-Theater Max Adalbert 8 Uhr in Insz. 2391 „Müllers". Stg. 3½ nachm. 1-6 M. Nur Adalbert in „Müllers"

Zentral-Theater Täglich 8 Uhr: Der blonde Zigeuner. Operette von Martin Knopf. Alternanz. Klein, Salzrich, Karl, Wilken, v. Oelsen

Walhalla-Theat. Täglich 8½ Uhr: Die von der Liebe leben! Jugendliche haben Zutritt! Vorzeig. zahlt tägl. nur halbe Kassenpr.

MOKKA EXPRESS-STUBEN
EUROPAHAUS KÖNIGGRÄTZER-STRASSE 118/119
KAFFEE AUS ORIGINAL-EXPRESSO-MASCHINEN
KUCHEN ODER TORTE 25 ₰
VORZÜGL. EIS MIT SAHNE 45 ₰
EISCREME-SODAFONTAINE

ERIK CHARELL BRINGT: Tägl. 8 U. Sonnt. 3 U. Wie einst im Mai. Alfred Braun, Camilla Spira, Bendow, Westermeier, Kupfer, Denera. Großes Schauspielhaus

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Verwaltungsmitglieder! Freitag, den 22. April, abends 7 Uhr: Sitzung der Mittleren Ortsverwaltung.

Metallformer u. Berufsgenossen! Die Vertrauensmännerkonferenz findet nicht heute, den 21., sondern erst am 28. April statt. Einladung erfolgt.

Sonnabend, den 23. April, abends 6 Uhr, in unserer Kulturabteilung, Elsenstr. 107 (gegenüber dem Verbandshause): Gemeinsame Branchenversammlung der Maschinen-, Auto- u. Motorenschlosser, Werkzeugmacher- und Dreherlehrlinge.
Tagesordnung: 1. Vortrag: „Im Kampf um den Achtstundentag". Referent: Kollege H. Hellwig. 2. Filmvorführung: 1. Namenlose Helden. 2. Nach dem Sonnenland Dalmatien. 3. Sport-Film. Eintritt frei. Jugendkollegen! Erscheint alle zu dieser Veranstaltung.
Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse der Gärtner zu Berlin
Einladung
zur ordentlichen Ausschußsitzung am Donnerstag, dem 28. April, nachm. 5 Uhr, im Kassenlokal, Oranienstr. 138.
Tagesordnung:
1. Besprechung des Geschäftsberichtes 1926. 2. Abnahme der Jahresrechnung für das Jahr 1926 und Bericht des Rechnungsausschusses. 3. Beschlußfassung über die Annahme des Tarifvertrages mit dem Zentralverband der Angestellten. 4. Verschiedenes.
Einladungskarte dient als Ausweis.
Berlin, den 21. April 1927.
Der Vorstand
Karl Röder, Vorsitzender.

Theater a. Kottb. Tor Kottbuser Str. 6 Tägl. 8 U. Stg. nachm. 3 Elite-Sänger. Ein Programm zum Entzücken! Niemand versäume es

Wo speist man gut u. billig? Nur Groß-Berlin Alexanderplatz.

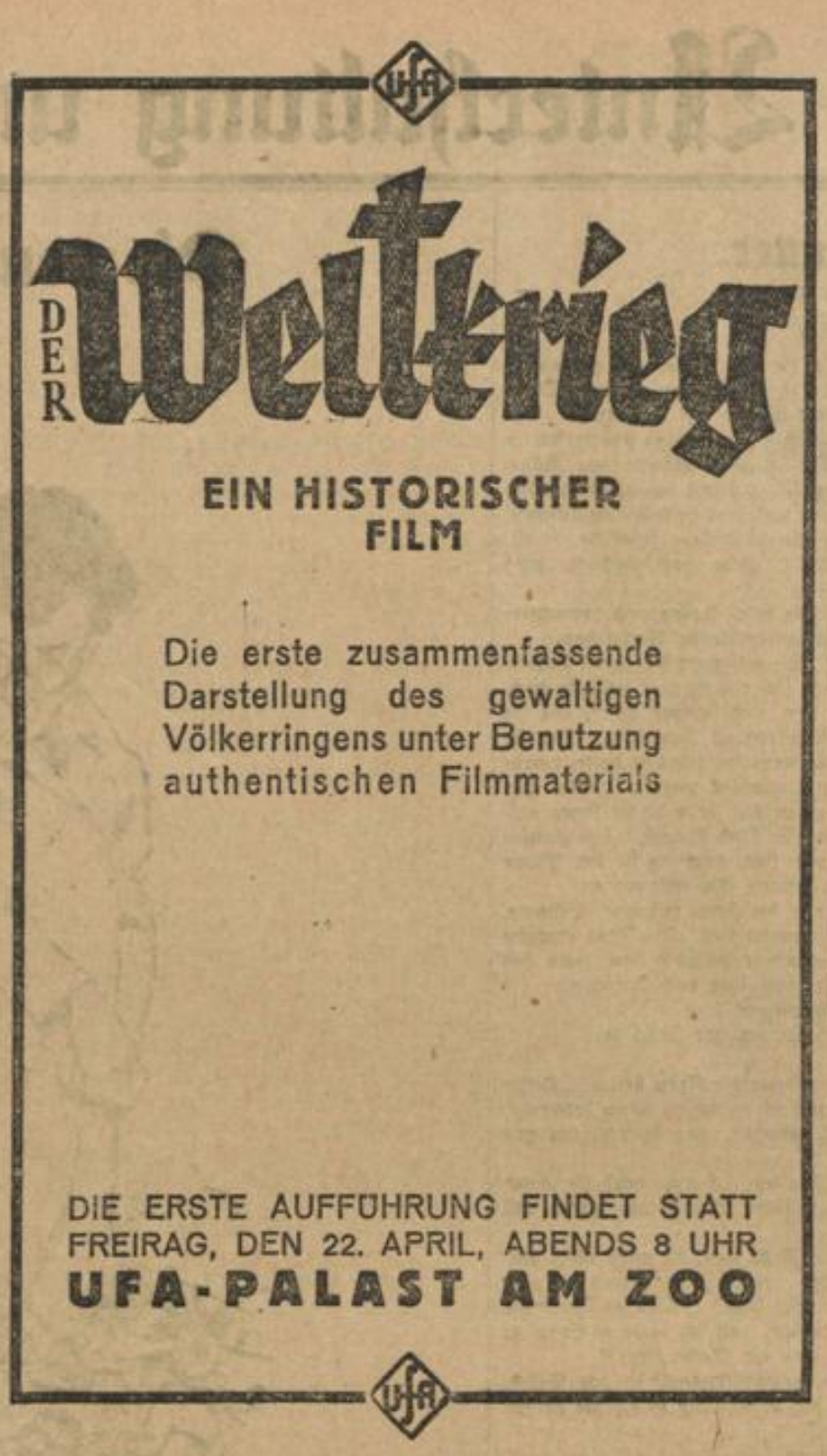
Möbelfabrik „Birke" eingetr. Genossenschaft m. b. H. Berlin O 34
Bilanz per 31. Dezember 1926

Aktiva		Passiva	
Kassenbestand . .	82,70	Warenschulden und Verbindlichkeiten	19 814,62
Bankguthaben . .	4 943,12	10 Anteile der Genossen . 2 000,—	20 000,—
Wechselbestand . .	203,50	Reserve-Konto . .	3 459,79
Warenbestand . .	24 425,93	Reingewinn . . .	108,12
Maschinen u. Werkzeuge . . . 11 569,87			
10% Abschr. 1 156,98	10 412,89		
Außenbestände . .	3 314,39		
	43 382,53		43 382,53

Die Zahl der Genossen betrug 10, ausgeschieden —, hinzugekommen —, bleiben 10.
Das Geschäftsguthaben d. Genossen beträgt . . . . . 2 000,—
Die Haftsumme . . 2 000,—

Die Richtigkeit wird bescheinigt
Berlin den 6. März 1927.
Der Vorstand: Hermann Weise, K. Schmidt. Für den Aufsichtsrat: Heinrich Kutzner.

Achtung! Billiger Fleisch- und Wurstverkauf billig und gut. Thaerstr. 40, Schönhauser Allee 33



Gewinnauszug
1. Klasse 22. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.
Ohne Gewähr. Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 20. April 1927
In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 60 M. gezogen

2 Gewinne zu 3000 M. 233218
2 Gewinne zu 2000 M. 60859
2 Gewinne zu 1000 M. 264229
18 Gewinne zu 800 M. 2731 10684 157304 172454 227780 259231 286483 314419 325921
28 Gewinne zu 500 M. 14786 27314 49795 58302 106608 124237 134132 220069 238185 261120 283727 287240 287404 321755
104 Gewinne zu 200 M. 6950 7522 9920 11617 25447 27199 28764 38197 53982 59886 73852 95432 100186 102591 113095 120390 139402 143977 146173 150622 166026 167841 176741 188809 196194 225656 230640 245134 247636 253068 255937 260850 265266 267890 268480 272017 286529 287082 293454 295144 295436 298686 298907 302795 305569 314296 321335 322634 322923 329127 333877 338591
268 Gewinne zu 120 M. 743 4256 4776 13497 16947 19523 21437 22826 31338 31821 32400 35859 36282 36661 39786 46816 47599 51038 54020 54044 58378 62413 63757 65217 71028 73817 76245 76766 85066 88838 94827 95724 97965 98508 106644 108296 108854 110246 112959 114635 116286 117219 125436 126079 132598 133204 135938 138629 138686 138965 139687 140264 140438 143840 144807 145678 147494 150831 152235 152472 155414 157109 160602 167659 172153 172903 173045 178390 179282 184552 186119 186775 189450 197000 200702 202077 204308 205866 207683 214511 215224 217800 221407 225595 226963 230007 230575 230659 232654 237281 241469 242448 243026 253196 253061 255130 255701 258798 260091 262129 265784 270797 270880 272167 278265 281611 282460 284740 285257 287669 290169 291533 293781 294658 296581 297697 298433 299737 299784 304466 306006 308449 310364 311110 313878 314012 315418 318763 319728 320629 329410 331359 343529 349921

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 60 M. gezogen

2 Gewinne zu 100000 M. 270255
2 Gewinne zu 50000 M. 294410
2 Gewinne zu 5000 M. 340270
4 Gewinne zu 2000 M. 136783 323692
6 Gewinne zu 1000 M. 109457 223404 275992
6 Gewinne zu 800 M. 2809 4691 4732
26 Gewinne zu 500 M. 44583 46967 70826 116152 160550 169988 180976 211558 225519 231814 276594 293311 336349
120 Gewinne zu 200 M. 3258 5286 8376 18638 34045 57628 61927 66792 77602 104146 119115 119975 120030 120106 130963 135790 146857 164125 170283 170356 176410 179239 183271 189074 189094 191942 198271 209367 216129 222366 227128 227555 231411 235207 236828 237949 249628 252126 253661 254734 259180 261980 262402 264868 266758 271006 271553 277039 288786 298800 301885 313321 316651 317475 317630 318074 318651 332958 338785 347579
218 Gewinne zu 120 M. 1034 3088 13020 14330 17836 17999 19207 21315 21831 23161 27315 27838 30227 34281 35525 36835 37149 48920 50263 51097 53858 62154 64194 76660 78022 88465 92155 93386 93952 95782 96842 96457 101013 101557 102419 103148 104293 109134 110021 110701 111186 115304 117015 117144 117921 119601 127931 135240 136437 138782 139649 141941 142487 143323 144131 144469 145081 146111 148481 149502 154875 167251 168811 170892 173177 175510 176109 188458 195532 196198 197708 200120 202057 209520 210133 210248 215591 216503 219593 228665 232184 232561 236746 243519 252427 256321 260209 261710 262622 264707 264765 267358 277837 281711 294415 295894 297838 298299 300621 304980 313127 315807 320068 324855 328527 333258 343262 347263 348739

Verkäufe

Hölzerwagen durch Plattenaufbau auf meine großen prima Leiter- und Kastenwagen selbst leicht herstellbar. Georg Wagner, Köpenickerstraße 71, Hof. Kein Laden, dafür billigere Preise.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gabardinemäntel, Gummimäntel, Cutawan-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstraße 4, erste Etage.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4, Norden 6393.

Getragene Herrengarderobe. Spezialität Bauchfiguren, spottbillig. Rak, Gormannstraße 25/26, früher Mulackstraße.

Staunenerregend! Prachtteppiche! Fünfzehn! Federbetten Stand 23.—! Gardinenlager! Diwandecken! Herrenanzüge! Paletots! Monatsgarderobe! Teilzahlung ohne Abzahlungspreise! (Keine Barzahlung!) Pfandleih-Verkaufshaus, Schönhauser Allee 115 (Nordring).

Wenig getragene hochelegante Herrengarderobe, spottbilliger Verkauf. Gelegenheitskäufe in eleganter neuer Garderobe und Pelzwaren. Keine Lombardware. Leihhaus, Friedrichstraße 2, am Halleschen Tor.

Bettenverkauf! Neue 9,75! 15,—! Prachtvolle 22,50! 27,50! Bettwäsche! Steppdecken! Füllbecken! Inlette! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Möbel

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft. Kein Laden.

Zweiundfünfzig Anrichteküchen, Büfettschränke, Ausziehtische. Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Nußbaum-Möbel, günstige Angebote. Spiegelschränke 135, 170, Kleiderschränke 55, Bettstellen 30, Tische 18, Stühle 7, Ruhebett 42, Umbausofa 135, Hintergarderoben 38. Verkauf im Fabrikgebäude. Möbel-Boebel, Moritzplatz.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), komplette Herrenzimmer nur 285,—, 375,—, 490,—, Anrichteschränke, furniert, dreiteilig, 75,—, 98,—, 140,—, Waschkommode mit Spiegel 69,—, 85,—, 115,—, Nachttische 14,50, 19,50, 24,—, Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), reelle Tischlerarbeit und keine Auktionsware. Versand Groß-Berlin franko. Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von 100 Mark am 5 Mark Autogeld vergütet. Riesenauswahl. Zirka 100 Zimmer und Küchen. Besuch lohnt. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), englische Bettstellen mit Spiralboden und Drell-Auflagen 59,—, 68,—, 85,—, Metallbettstellen, Messingverzierung, 23,—, 29,—, Ausziehtisch 29,—, 36,—, 45,—, Rohrstühle 4,95, 5,75, Hocker 3,—, 98,—, 120,—. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), Diplomat-Schreibtische, echt Eiche, 69,—, Schreibsessel, Kindlederbezug 29,—, Standuhren 95,—, Klubsessel 85,—, Plüschgarderoben, moderne Anrichte-Küchen 119,—, 128,—, 135,—. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), Schlafzimmer, echt Eiche, vollständig komplett mit großem Anrichteschrank, 350,—, 460,—, 500,— usw. Hausnummer achten.

Rehfeld, Badstraße nur 34 (Laden), Speisezimmer: Büfett, Vitrinenaufsatz, volle Türen (innen Mahagoni), schwere Bildhauerarbeit, englische Züge, Kredenz, Ausziehtisch mit abgerundeten Ecken, echte Lederstühle, 395,—, 450,—, 550,—. Hausnummer achten.

Musikinstrumente

Ohne Anzahlung. Pianos in großer Auswahl, neue und gebrauchte, mit herrlicher Tonfülle. Langjähriger Garantieschein, kleine Ratenzahlung. Herz, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, am Rosenthalerplatz.

Einpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 55.

Fahrräder

Fahrräder, Rennmaschinen, Halbrenner, Touren- und Bestellräder, erstklassig, niedrige Anzahlung, kleinste Raten. Baltia-Fahrradwerke, Niederlage Dresdenerstraße Nr. 111.

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahnreste, Silberlochen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christiansen, Köpenickerstraße 89 (Adalbertstraße).

Unterricht

Vormittagsschule, Abendkurse. Einjähriges, Abitur. Direktor Danziger Vorbereitungsanstalt, Alte Jakobstr. 124, Oranienburgerstraße 67.

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister, Berlin, Reanderstraße 5. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Abendlehrkurse, Tageslehrkurse.

Verschiedenes

Gewerkschaftshaus Traumlage, Lautenbergerstraße 23, Logis von 1,25 Mark an. Preiswerte Pension.

Geldverkehr

Einlagegelder sucht Pfandbriefe Lange, Moritzplatz, Aschingerhaus. Gegr. 1890.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Ostpreußen.
14—18jährige Burschen zum Hüten und für leichte landwirtschaftliche Arbeiten gesucht. Meldungen bei den Bezirksarbeitsnachweisen sowie im Landesarbeitsamt Berlin, Niederwallstraße 12, Zimmer 21.

Näherinnen außerm Hause, einfache Kleider, verlangt Heldepriem, Neukölln, Treptowerstraße 15.

Spargelarbeiterinnen für Bezirk Hannover gesucht. Meldungen bei den Bezirksarbeitsnachweisen sowie im Landesarbeitsamt Berlin, Niederwallstraße 12, Zimmer 21.